

WELT

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 1. September 1983 - D ***

Verlag: Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Telefax: 0 20 54 / 10 12
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 12) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflanzblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 203 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 skr, Frankreich 5,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 60 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 25,00 Lit, Niederlande 2,00 fl, Norwegen 7,50 skr, Österreich 12,00 S, Portugal 100 Esc, Spanien 165 Ptas, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Unruhen in Polen: Mit Tränengas gehen polnische Miliz-Soldaten gegen Arbeiter im Krakauer Vorort Nowa Huta vor, die am dritten Jahrestag der Danziger Abkommen zwischen Regime und Gewerkschaft Solidarnosc demonstrieren. Papst Johannes Paul II. fordert Erfüllung der Abkommen. (S. 1)

Westbindung Japans: Außenminister Abe sichert Unterstützung für die US-Position in den Genfer Verhandlungen zu.

Begin-Nachfolge: Oppositionelle Arbeiterpartei erhofft sich Unterstützung von Knesset-Abgeordneten der Regierungskoalition, um selbst ein neues Kabinett zu bilden.

Gefechte in Libanon: In ganz Beirut wird wieder gekämpft. Libanesisches Heer versucht Gegenangriff auf moslemische und Druzen-Milizen. (S. 8)

Flucht im Schlauchboot: Mit einem Schlauchboot flüchten zwei junge Männer aus der DDR über die Ostsee in die Freiheit. Schwedisches Fährschiff nimmt beide an Bord.

Kapitalflucht: Vier arabische Entführer eines französischen Flugzeugs geben in Teheran auf und bitten um politisches Asyl. Die Air-France-Maschine war am Samstag entführt worden.

Zwischenlösung: US-Unterhändler Nitze wird bei den neuen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf am 6. September "neue Vorschläge" an die Sowjets unterbreiten. Die vom Krenl geforderte Einbeziehung britischer und französischer Systeme wird nach wie vor abgelehnt. (S. 1)

Schneider zu Grünen: Das Verhalten einzelner Grünen erinnere an Neofaschisten, erklärt der Bundesminister. Die Grünen seien "keine demokratische Partei".

Mahnung an Schmidt: FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer fordert den Altkanzler auf, sich jetzt ebenso zum NATO-Doppelbeschluss zu bekennen, wie in seiner Amtszeit. S. 4

Genscher optimistisch: Der FDP-Chef sieht Konsolidierung seiner Partei, die laut Infas jetzt 7,5 Prozent Wählerstimmen bekäme.

Breit bei Kohl: Nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler stellt der DGB-Vorsitzende "Bewegung" der Regierung in Sachen Arbeitszeitverkürzung fest. 35-Stunden-Woche "Nahziel" für Gewerkschaften.

Heute: Traditioneller Antikriegstag des DGB: - Anhänger der "Friedensbewegung" wollen US-Kasernen in Murlingen blockieren.

Miliz geht gegen Arbeiter vor. Zahlreiche Festnahmen in Polen

Papst fordert: Danziger Abkommen anwenden, Dialog wiederaufnehmen

DW, Warschau
Schwere Zusammenstöße zwischen demonstrierenden Arbeitern und Angehörigen der Sondermiliz Zomo in Nowa Huta, der Arbeitervorstadt Krakaus, kennzeichneten gestern den dritten Jahrestag der Danziger Abkommen vom 31. August 1980. Papst Johannes Paul II. stellte sich am selben Tag ausdrücklich hinter diese Vereinbarungen, mit denen die Warschauer Führung die Tätigkeit der inzwischen verbotenen unabhängigen Gewerkschaft "Solidarnosc" anerkannt hatte.

Die Situation in Nowa Huta wurde gestern nachmittags mit einer regelrechten Straßenschlacht verglichen. Augenzeugen berichteten, es hätten sich rund 10 000 Demonstranten und Angehörige der berüchtigten Zomo-Miliz gegenübergestellt. Die Miliz-Soldaten gingen massiv mit Tränengas gegen die Arbeiter vor, konnten die Menge, die lautstark den Namen der "Solidarnosc" skandierten, jedoch nicht zerstreuen. Die Zahl der demonstrierenden Arbeiter nahm zum Schichtende in den Lenin-Stahlwerken ständig zu. Im Stadtzentrum wurden Spruchbänder mit dem "Solidarnosc"-Aufdruck entfalteter. Die Miliz nahm zahlreiche Menschen fest.

Mit einer Demonstration der Stärke in Panitz hatten die Behörden versucht, Demonstrationen zu verhindern. Die Leninwerft war praktisch ariegelt worden. Etwa 5000 Menschen folgten aber am Nachmittag Arbeiterführer Lech Walesa, als er das Waggelände durch das Haupttor gegenüber dem Denkmal für die Opfer von Unruhen von 1970 verließ, um eine Kranz niederzulegen. Kolonnen von Polizeifahrzeugen, gepanzerte Mannschaftswagen, Wasserwerfer und Polizeistreifen waren in den Straßen der Hafenstadt aufgeföhren. Am Jahrtag vor der Werft hatten bereits am Vormittag offizielle Abordnungen der Betriebe, der Stadtverwaltung und der regimenahe Patriarchalen Bewegung für nationale Wiedergeburt (Pron), an einer Gedenkfeier teilgenommen.

Papst Johannes Paul II. unterstützte mit seinem Appell, die Abkommen von Danzig aus dem Jahre 1980 anzuwenden und den Dialog zwischen der Warschauer Führung und den gesellschaftlichen Kräften wiederaufzunehmen, die Position der polnischen Bischöfe Konferenz. Die Bischöfe hatten in der vergangenen Woche geäußert, daß das polnische Regime beim Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche die Chance, zu einer nationalen Übereinkunft zu kommen, nicht genutzt habe.

Offensichtlich wollte Johannes Paul II. mit seinen Äußerungen vor Pilgern am Petersplatz in Rom unmissverständlich zum Ausdruck bringen, daß der polnische Episkopat in dieser Frage auch die Autorität des Papstes in Anspruch nehmen könne. Er nannte die vor drei Jahren unterzeichneten Abkommen zwischen der polnischen Regierung und den Arbeitern als ein in der jüngsten Geschichte Polens "besonders wichtiges Ereignis".

Am Dienstagabend hatte der Untergrund der "Solidarnosc" die Danziger Bevölkerung aufgefordert, dem Aufruf zu Demonstrationen für die Verwirklichung der Vereinbarungen zu folgen. In der Sendung sprach der im Untergrund lebende Gewerkschafter Bogdan Lis, der die Abkommen 1980 mit unterzeichnet hatte. Lis: "So wie die Dinge liegen, wird uns nichts gewährt, wenn wir es nicht mit Macht durchsetzen."

Rasante Zunahme der Weltbevölkerung

Jetzt bei 4,7 Milliarden / In fünf Ländern lebt die Hälfte der Menschheit

DW/AP, Washington
Die Weltbevölkerung hat sich innerhalb eines Jahres um 82 Millionen auf 4 721 881 000 Milliarden Menschen vermehrt und damit den bisher größten jährlichen Zuwachs erreicht. Das geht aus einem jetzt veröffentlichten Bericht des US-Amtes für Statistik für den Zeitraum Juni 1982 bis Juni 1983 hervor. Danach leben heute rund eine Milliarde Menschen mehr auf der Erde als 1970.

Nach Zuwachsraten von rund 2,2 Prozent Mitte der sechziger und 1,9 Prozent Mitte der siebziger Jahre stagniert die Zuwachsrate jetzt bei etwa ein Prozent. Da sie aber auf eine jährlich größer werdende Bevölkerungsbasis umgerechnet werden muß, nimmt die absolute Zahl der Menschen weiterhin in großen Sprüngen zu.

Wegen der besseren medizinischen Versorgung liegt gleichzeitig die Sterberate in vielen Ländern, wie die Beauftragte des "Büro für Bevölkerung" in Washington, Jean van der Tak, erklärte. Diese Entwicklung habe bereits in den sechziger Jahren eingesetzt, so daß es jetzt immer mehr Frauen im gebärfähigen Alter gibt. Obwohl die Zahl der Geburten

pro Frau abnimmt, erhöht sich aber die Gesamtzahl der Neugeborenen nach Ermitungen der unabhängigen Studiengruppe. Außerdem, so Frau van der Tak, hätten verbesserte Zählmethoden ergeben, daß der Rückgang des Bevölkerungswachstums in China und Indonesien keineswegs so stark war wie ursprünglich angenommen.

Den indischen Bemühungen um eine Geburtenbeschränkung war kaum Erfolg beschieden. In China ist mit einem weiteren Geburtenanstieg zu rechnen, weil sich nun die "Baby-schwemme" der sechziger Jahre auswirkt.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in den fünf größten Ländern der Erde leben. Das sind China (1 059 802 000 Menschen), Indien (830 372 000), die Sowjetunion (272 348 000), die Vereinigten Staaten (234 393 000) und Indonesien (180 992 000).

Indien hat China bereits mit einer jährlichen Zunahme von 15,5 Millionen Menschen überholt. China steht jetzt auf Platz zwei mit einer Bevölkerungszunahme von 15 Millionen Menschen. Es folgen Indonesien mit 3,3

Millionen, Brasilien mit drei Millionen und Bangladesch mit 2,9 Millionen. Die Bevölkerung der USA nahm um 2,1 Millionen und die der Sowjetunion um 2,3 Millionen Menschen zu.

Nur wenige Länder konnten in dem Berichtsjahr einen Rückgang ihrer Bevölkerung verzeichnen. Die Gründe reichen - wie im Fall Afghanistans wegen der sowjetischen Invasion - von Fluchtbewegungen bis zu erfolgreichen Kampagnen für Geburtenkontrolle. Zu den Ländern, in denen außer Afghanistan ein Rückgang der Geburten verzeichnet wurde, gehören unter anderem Dänemark, die DDR, Ungarn, Libanon, Malta und die Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesrepublik belegt in der Liste der 25 bevölkerungsreichsten Länder der Erde mit 61 548 000 Menschen den zwölften Platz. Die Zahl ihrer Bewohner ging im Berichtszeitraum um 95 000 zurück.

Der jetzt erscheinende Bericht ist die Vorarbeit zu einer umfassenden Studie, die noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll und Angaben über die Zahl der Leber- und Schreikindern, der Kindersterblichkeit und der Bevölkerungsentwicklungen enthält.

Washington: Neue Initiative für Genf

Die Vereinigten Staaten wollen Vorschlag für eine modifizierte Zwischenlösung vorlegen

TH. KIELINGER, Washington
Die amerikanischen Bemühungen, doch noch Fortschritte bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen zu erzielen, sehen nicht den Verzicht auf die Pershing 2 vor.

Im Vorfeld der am 6. September beginnenden sechsten Verhandlungsrunde über die Reduktion der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa finden auf westlicher Seite zur Zeit intensive Konsultationen statt. Während deutsche Abrüstungsexperten Anfang der Woche zu Gesprächen in Washington trafen, steht schon die nächste Tagung der NATO-Sonderberatungsgruppe (Special Consultative Group) in Brüssel an. Dieses mit der Abrüstung befaßte Gremium tagt seit längerem im Turmus von 14 Tagen, um zusammen mit den Amerikanern die Marschroute für Genf minutös abzusprechen.

Am 4. und 5. September wird dann noch einmal US-Chefunterhändler Paul Nitze in Bonn erwartet. In seinem Gepäck werden so etwas wie "neue Vorschläge" für Genf enthalten sein, die aber lediglich eine Version der seit langem den Sowjets unterbreiteten "Zwischenlösung" darstellen. Diese Zwischenlösung besagt, daß eine Reduktion des Mittelstreckenarsenals auf alle möglichen Zahlenstufen denkbar ist. Die Amerikaner haben dem Vernehmen nach vor, diese allgemeine Vorgabe diesmal mit konkreten neuen Zahlenvorschlüssen anzureichern, in der Hoffnung, die festgefahrenen Verhandlungen damit vielleicht doch noch von der Stelle bewegen zu können.

Dabei hat sich jedoch, im Gegensatz zum berühmten gewordenen "Waldspaziergang" vom Juli 1982, in Washington wie auch in den anderen Bündnisstaaten die Ansicht durchgesetzt, daß bei einer Zwischenlösung, wie auch immer ihre Zahlen aussehen mögen, auf keinen Fall auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet werden könne.

Ebenso eindeutig lehnt das Bündnis die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in die INF-Verhandlungen ab. Sie sind nach einhelliger westlicher Auffassung kein Instrument der Bündnisstrategie. Experten haben im übrigen auf eine bisher wenig beachtete sowjetische Verhandlungsposition aus den Jahren der Nonproliferationsdebatte hingewiesen, aus denen hervorgeht, daß auch Moskau diese Sicht des Westens teilt. Die nichtatomaren Bündnisstaaten wurden bei den Verhandlungen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen von Moskau immer darauf hingewiesen, daß sie ja den Schutz des amerikanischen nuklearen Schirms besäßen. Dieser Schutz kann mithin nicht durch die Waffen von Drittländern ausgetilgt werden.

Angeboten haben die Amerikaner in Genf ihrem sowjetischen Gegenüber die Bildung von vier Arbeitsgruppen, die einen endgültigen Vertragsabschluß über die INF-Verhandlungen vorbereiten helfen sollen. Es sind Arbeitsgruppen zum Datenvergleich, zu den Details der Vertragssprache, zur Verifikation und zu vertrauensbildenden Maßnahmen.

Frankreich will in den nächsten Tagen sein Truppenkontingent in Tschad verstärken. Wie gestern am Standort der betreffenden Fallschirmjäger-Einheit in Tarbes mitgeteilt wurde, werden weitere 100 Soldaten im Laufe der nächsten Woche ankommen. Insgesamt befinden sich bislang mehr als 2500 französische Soldaten in Tschad.

Der tschadische Präsident Hissène Habré hat in N'Djamena direkte Verhandlungen mit Libyen zur Beilegung des Konflikts nicht ausgeschlossen und Libyen einen "gegenseitigen Nichtangriffsvertrag" angeboten. Vorbedingung dafür sei aber der vollständige Rückzug Libyens. Der von Mitterrand angeregte Vorschlag einer Föderation in Tschad lehnte Habré ab.

Aquino: Millionen bei Beisetzung

AFP, Manila
Nahezu drei Millionen Menschen haben gestern an der Beisetzung des zehn Tage zuvor ermordeten philippinischen Oppositionsführers Benigno Aquino in Manila teilgenommen. Die Trauerkundgebung wurde zur bisher größten regierungsfeindlichen Demonstration gegen das Regime von Präsident Ferdinand Marcos.

Zu Hunderttausenden drängten sich die Trauernden vor der Santo Domingo-Kathedrale, wo der Erzbischof Jaime Kardinal Sin während seiner Predigt zugleich das Marcos-Regime kritisierte. In dem Land herrsche "ein Klima von Tyrannei und Unterdrückung", sagte der Primas. Die massierten Sicherheitskräfte gingen gegen regierungsfeindliche Parolen und Transparente aus der Menge nicht vor.

Paris verstärkt Truppe in Tschad

dpa, Paris
Frankreich will in den nächsten Tagen sein Truppenkontingent in Tschad verstärken. Wie gestern am Standort der betreffenden Fallschirmjäger-Einheit in Tarbes mitgeteilt wurde, werden weitere 100 Soldaten im Laufe der nächsten Woche ankommen. Insgesamt befinden sich bislang mehr als 2500 französische Soldaten in Tschad.

Der tschadische Präsident Hissène Habré hat in N'Djamena direkte Verhandlungen mit Libyen zur Beilegung des Konflikts nicht ausgeschlossen und Libyen einen "gegenseitigen Nichtangriffsvertrag" angeboten. Vorbedingung dafür sei aber der vollständige Rückzug Libyens. Der von Mitterrand angeregte Vorschlag einer Föderation in Tschad lehnte Habré ab.

Flucht über die Ostsee geüglkt

DW, Bad Bramstedt
In einem Schlauchboot ist zwei jungen Leuten aus der DDR die Flucht über die Ostsee geüglkt. Wie der Bundesgrenzschutz in Bad Bramstedt gestern mitteilte, handelt es sich bei den beiden Flüchtlingen um einen 16jährigen Schüler und einen 19jährigen Musiker.

Sie waren im Ostseehafen Sahnitz auf Rügen in einem kleinen Plastikboot losgerudert und wollten direkt in die Bundesrepublik. Nach 15stündiger Irrfahrt waren sie am Dienstag nachmittag auf hoher See von der Besatzung des schwedischen Fährschiffes "Trelleborg" entdeckt und an Bord geholt worden. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Schweden trafen sie gestern mit der Fähr "Peter Pan" in der Bundesrepublik ein.

DER KOMMENTAR

4 721 881 000

HERBERT KREMP

4 721 881 000 ist eine Zahl und ein abstraktes Monstrum und gleich. Es ist die Zahl der Menschen, die heute auf Erden leben. Als die Fünfzigjährigen zur Schule gingen, lernten sie noch, daß die Erdbevölkerung zwei Milliarden betrage. Das schien faßbar. Jetzt stehen wir vor dem Unfaßbaren. Der Gedanke an Explosion, an Lawine und Überflutung stellt sich ein. Jeden Monat kommen 6,9 Millionen Menschen hinzu. Jeden Monat einmal die Schweiz.

Aber sie leben nicht wie in der Schweiz. Dort beträgt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen rund 12 400 Dollar. In Bangladesh hingegen, dessen Bevölkerung im Jahr um 2,9 Millionen zunimmt, 90 Dollar. Das Elend, das dort wächst, beruht auf großen zivilisatorischen Fortschritten: Auf der besseren medizinischen Versorgung, dem Rückgang der Kindersterblichkeit, der höheren Lebenserwartung. Große Kriege bleiben aus. Auch menschenfressende Bürgerkriege wie die Taiping-Revolution von 1850-1864 in China, die mehr als 50 Millionen Leben kostete. Und die große Seuche schläft.

Pro Frau mehr Kinder in den unbemittelten Ländern. Maßnahmen der Geburtenbeschränkung greifen in Staaten wie Indien, Bangladesh und Indonesien nicht. Die Mentalität, die Religionen leisten Wider-

stand. Wo es kein System sozialer Sicherungen gibt, gelten die Kinder als die Ernährer der Alten. Es müssen viele hier, damit es für später reicht. Die strenge Organisation der leninistischen Partei in China kämpft heute nicht mehr für die Ideologie, sondern gegen das Kind. Die Ein-Kind-Politik verändert die Seele und vergrößert die Sitten. Das Mädchen wird zu Tode gebracht, damit Platz bleibt für den Sohn.

Die reißende Zunahme an Menschen löst pessimistische und revolutionäre Ideen aus. Inmitten der Masse wird es mit der Ebenbildlichkeit Gottes schwieriger, fühlen die Europäer in der Wohlstandzone die Wachstumsrate am niedrigsten. In beiden Teilen Deutschlands geht die Bevölkerung zurück. Es gibt einen Pillenknick, viel Vergnügen und noch mehr Melancholie. In den Wohnkolossen Hongkongs sind die Menschen fröhlicher als im Märkischen Viertel. Die gleichförmig-riesigen Fassaden sind mit Wäsche geflaggt. Da kriegen die Langnasen Platzangst.

Die große Menschenszahl ist ein Zeichen großer Vitalität. Ihr Glück weniger eine Sache der Weltverteilung als der Leistung und ortstypischen Entwicklung. Angstigen müssen sich nur die Theoretiker des ökonomischen Null-Wachstums.

Um Begins Nachfolge wird noch gerungen

RS, Bonn/Jerusalem
Beim Kampf um die Nachfolge des zum Rücktritt entschlossenen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin zeichnete sich gestern immer deutlicher die Möglichkeit ab, daß die oppositionelle Arbeiterpartei mit Unterstützung von Abgeordneten der gegenwärtigen Regierungskoalition eine neue Regierung zu bilden versucht.

In Begins eigener Herut-Partei blockieren sich vorläufig die aussichtsreichsten Kandidaten um seine Nachfolge, Außenminister Itzhak Shamir und Wohnungsbauminister David Levy. Der 68jährige Shamir, der ebenso wie Begin aus Polen stammt, kann dabei auf die Mehrheit der Likud-Fraktion, die die Herut und die Liberalen vereint, rechnen. Dagegen dürfte der aus Marokko stammende 46jährige David Levy die Mehrheit im über tausendköpfigen Zentralkomitee der Herut besitzen. Darüber hinaus ist Levy bei der orientalischen Mehrheit Israels überaus populär. Shamir und Levy versuchen nun, die Entscheidung über die Nachfolge Begins jeweils in das Gremium zu verlegen, in dem sie die Mehrheit besitzen.

Dagegen versucht Oppositionsführer Shimon Peres, nach einer Meldung des israelischen Rundfunks, mit Hilfe der ethnisch-religiösen Agami-Partei und einiger liberaler Abgeordneter des Likud eine neue Koalition zu bilden. Es ist bekannt, daß mehrere liberale Likud-Abgeordnete befeuert, ihre Partei werde nach dem Weggang Begins von der Herut dominiert werden.

Auch Bulgarien kämpft gegen die Korruption

Hotelmanager, Ärzte und Buchhalter werden überprüft

DW/APF, Sofia
In Bulgarien ist ähnlich wie in der Sowjetunion eine breit angelegte Kampagne gegen Korruption, Unterschlagung von Staatsgeldern, Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz und Verantwortungslosigkeit der Kader im Gange. Die staatlichen Medien berichten praktisch täglich von solchen Fällen. In den vergangenen Monaten wurden nach einer Meldung der Gewerkschaftszeitung 1300 Personen dazu verurteilt, dem Staat Entschädigungszahlungen im Wert von umgerechnet zwanzig Millionen Mark zu leisten.

An vorderster Front stehen Einrichtungen, die sich mit Tourismus beschäftigen oder anderweitig mit dem Ausland zu tun haben. Hervorgehoben wurde vom Miliz-Organ "Anten" der Fall des Direktors des großen Hotels "Sofia" in der Hauptstadt. Constantin Batolov wurde kürzlich wegen Geldunterschlagung zu 18 Jahren Zuchthaus und anschließenden 20 Jahren Verbannung aus Sofia sowie mit einem Arbeitsverbot verurteilt. Ähnlich lautstark wurde über Betrugsfälle in der staat-

Genscher hatte Bedenken gegen Auslieferung

hey/DW, Bonn/Ankara
Dem Türken Kemal Altun, der in Berlin Selbstmord begangen hat, drohte nicht die unmittelbare Auslieferung. Wie Bundesaußenminister Genscher gestern in Bonn mitteilte, habe er von vornherein schwerwiegende Bedenken gegen die Auslieferung des Mannes gehabt und "keinen Zweifel daran gelassen", daß eine Entscheidung erst nach Abschluß des Verfahrens vor der Europäischen Menschenrechtskommission getroffen würde. Dem 23jährigen Altun wird in der Türkei vorgeworfen, an einem Mordanschlag auf einen ehemaligen Minister beteiligt gewesen zu sein.

Genscher sagte, wenn es politische Hintergründe gebe, würden Asylbewerber auch in Zukunft nicht ausgewiesen. Gerade die Bundesrepublik trage bei der Wahrung des Asylrechts hohe moralische Verantwortung. Zu Forderungen, jegliche Auslieferung an die Türkei zu unterlassen, wird in Regierungskreisen darauf verwiesen, daß seit der Machübernahme durch die Militärs im September 1980 insgesamt 25 Straftäter - 18 unter der alten und sieben unter der neuen Bonner Regierung - überstellt worden waren. Proteste dagegen hatte es lediglich im Fall von Sami Nemes gegeben, der am 12. August ausgeliefert worden war.

Die türkischen Zeitungen berichteten in großer Aufmerksamkeit über den Selbstmord Altuns. Die liberale Tageszeitung "Hürriyet" überschrieb ihren Bericht: "Der verrückte Terrorist stürzte sich in den Tod." Die Boulevardzeitung "Güneş" sprach vom "Tod eines Terroristen".

ZITAT DES TAGES



"Weder Regierung noch Präsident regieren in Frankreich, sondern die KP und die CGT... Die Kommunisten leisten - aus ihrer Sicht - hervorragende Arbeit. Sie unterwandern die Struktur der französischen Gesellschaft."

Paul Marshall, Generalsekretär der französischen Generalistengewerkschaft (CGC), in "Le Figaro" über die kommunistische Partei und die von ihr beeinflusste Gewerkschaft CGT. FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Technologie: Postminister Schwarz-Schilling warnt bei Abschluß der Testphase vor Bildschirmtext in Berlin vor Fortschrittsfeindlichkeit; sie habe dazu geführt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Kommunikationsbereich ihre Pionierfunktion verloren habe.

Werften: Auch Auftragsbilanzen der Bundesregierung können den bedrängten deutschen Werften keine Kapazitätsauslastung bringen, erklärt Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Steuervorschläge: Mehrheit der US-Bevölkerung würde bei einer Steueranhebung höhere Verbrauchsteuern vorziehen.

Bund erhöht Rendite: Ab heute 8,15 Prozent für fünfjährige Bundesobligation, Ausgabekurs 99,4 Prozent.

Opec-Konkurrenz: Die in den Öl-export-Ländern entstehenden Industrien können zur Konkurrenz der Industriestaaten werden (RWI-Studie).

Luftkassens aufwärts: Positive Halbjahresbilanz zeigt Plus von 17 Prozent bei Frachten und 2,3 Prozent im Passagierverkehr.

Sowjetflotte: Handelsschiffen der UdSSR wächst seit Ende 1975 um 23,5 Prozent auf 16,3 Millionen BRT; Welthandelsflotte plus 20 Prozent.

Börse: An den Aktienmärkten kam es nach schwächerer Eröffnung im Verlauf auf einigen Marktgebieten zu höheren Kursen. Der Rentenmarkt war leicht. WELT-Aktienindex 135,6 (135,6). Dollarmittelkurs 2,7068 (2,6871) Mark. Goldpreis pro Feinunze 414,25 (418,10) Dollar.

KULTUR

Festwochen: Berliner Festwochen vom Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker eröffnet. Schwerpunktthema: Kunstentwicklung in Rußland vor der Oktoberrevolution.

Borges: Spanischer Verdienorden für den argentinischen Schriftsteller.

Biennale: Eröffnung in Venedig mit Geissendörfer-Film.

SPORT

Tennis: John McEnroe mußte in Flushing Meadow 1800 Dollar Strafe zahlen. Er hatte einen Ball auf die Tribüne geschleudert, weil dort ein Zuschauer seine Fehler beklatschte.

Fußball: Das Arbeitsgericht Frankfurt verurteilte den Spieler eines Kreisliga-Vereins zur Rückzahlung von 5000 Mark. Es ist die Hälfte des Handelsgeldes, das dem Amateur nicht zusteht.

AUS ALLER WELT

Herstatt-Urteil: Kölner Landgericht verurteilt ehemalige Mitarbeiter der 1974 zusammengebrochenen Herstatt-Bank zu jeweils zwei Jahren und fünf Monaten sowie 45 000 Mark Geldstrafe wegen Beihilfe zum Bankrott und Untreue. (S. 18)

Satellit angesetzt: Besatzung der US-Raumfähre Challenger setzt tonnenschweren indischen Satelliten aus.

Wetter: Im Norden zunächst sonnig, von Süden wolkiger und Schauer; bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Horrorpaläste - Von Peter Gillies. Wie Straß mit der Entfernung wächst S. 2

Bundeswehr-Marsch: In drei Tagen kroch der Löwewurm an die Elbe S. 3

Funkausstellung Berlin: Bei den neuen Medien hat die Zukunft längst begonnen S. 4

Spanien: Auch die Basken kommen ohne Madrid nicht aus; die Grenzen der Autonomie S. 5

Formen: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Ruders: Ein Leck ist im Achter. Gründe für das Versagen des deutschen Paradebootes S. 7

CSSR: Kardinal Tomasek widerlegt ein Dementi der Prager Regierung S. 8

Fernsehen: Eine Münchner Liebesgeschichte. Die ZDF-Serie "Unsere schönsten Jahre" S. 16

Anthony Burgess: Über den Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen S. 17

Spielbanken-Affäre: Rechtsanwalt beschuldigt Casinos der Manipulation S. 18

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zögern mit Blut bezahlt

Von Jürgen Liminski

In Beirut fließt fremdes Blut. Amerikanische und französische Soldaten der internationalen Friedenstruppe sind gefallen. Die Zahl der Opfer unter den Zivilisten erinnert an die schlimmsten Tage des Bürgerkriegs von 1975/76.

Auch die Berichterstattung aus dem feuererprobten Beirut erinnert an frühere Tage, da die westlichen Korrespondenten unter dem Druck der Palästinenser - heute der Syrer - Gräueltaten über die libanesischen Christen und die israelische Armee verbreiteten. Heute wird die libanesischen Armee mit schwerbewaffneten Staatsfeinden gleichgestellt.

Diese Armee aber, die anfangs von der Gewalt der syrischen Angreifer überrumpelt worden war, nimmt jetzt nur ihre Aufgabe wahr, so gut sie eben kann: Sie geht als legales Instrument der Staatsgewalt gegen Rebellen vor, die, von Damaskus gedeckt, unter dem interessierten Blick der Sowjets das provokative Staatsgefüge zerstören und Libanon in das Lager der Gegner eines Friedens mit Israel zerren wollen.

Die Reaktion kommt spät. Die Befehle aus Baada, dem Präsidentenpalais, ließen auf sich warten. Gewiß ist dem libanesischen Präsidenten Gemayel einiges an der Entwicklung vorzuerzählen. Sein Hauptfehler war aber zweifellos, daß er seit seiner Wahl vor knapp einem Jahr seine Politik ausschließlich auf das diplomatische Geschick der Amerikaner gründete. Washington jedoch fehlte das klare Konzept und der realistische Blick zur Lösung dieser Krise. In der syrischen Wüste kann man keine Rosen pflücken. Gemayel hat die Kräfteverhältnisse in der Region dementsprechend falsch eingeschätzt und nur zögerlich gehandelt. Dafür zahlt Beirut heute die Zehne.

Israel hat kein Interesse mehr daran, den Beiruter Dschungel zu entleeren. So ruht die Wahrnehmung der westlichen Interessen in dem strategisch und wirtschaftlich wichtigen Levante-Staat vorwiegend auf den Schultern der kleinen libanesischen Armee sowie der französischen Paras und amerikanischen Marines. Daß dabei Blut fließt, ist der Preis, den der Westen heute für die Freiheit eines Landes entrichten muß, für das er zu lange nur Worte und Illusionen übrig hatte.

Besuch eines alten Herrn

Von Astaf Domberg

Seltene Dinge geschehen im sowjetisch beherrschten Osteuropa: Da erhält Jiri Hajek, der ehemalige tschechoslowakische Außenminister und jetzige prominente Bürgerrechtskämpfer der „Charta 77“, über die Budapest Akademie der Wissenschaften - also eine immerhin amtliche Institution der ungarischen Volksrepublik - die Einladung, an einem internationalen Kongreß über Friedensforschung in der ungarischen Stadt Győr teilzunehmen. Hajek will der Einladung der ungarischen Volksdemokraten Folge leisten, wird aber von der tschechoslowakischen Volksdemokratie an der Reise gehindert. Auch Versuche Hajeks, Kongreßteilnehmern, die über Prag nach Győr reisen, schriftliche Stellungnahmen mitzugeben, werden von der tschechoslowakischen Polizei vereitelt.

Erst vor wenigen Tagen erreichte eine Meldung großes Aufsehen, wonach Alexander Dubcek, der Parteichef des „Prager Frühlings“ - er lebt jetzt als Pensionist in der Slowakei - einen Brief an Jurij Andropow geschrieben haben soll. Es heißt sogar, der sowjetische Parteichef habe ihm geantwortet und den Erhalt des Briefes ausdrücklich bestätigt.

Festzuhalten bleibt: Keine offizielle Institution der ungarischen Volksrepublik hätte Jiri Hajek eingeladen, wenn es dafür nicht gewisse Rückendeckung gebe. Die Ungarn wissen genau, wer Hajek ist und was die „Charta 77“ bedeutet. Bisher war es immer noch so, daß die offizielle Budapest sich aller Kontakte zu solchen „Dissidenten“, dazu noch in einem „sozialistischen Bruderland“, zu enthalten pflegte.

Die Einladung an Hajek, einem Kongreß in einem Nachbarland, ja in einem Bruderland des „realen Sozialismus“ teilzunehmen, könnte bedeuten, daß es gewisse Kräfte gibt, die diesen Mann - der 1968 in der UNO gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag protestierte - nicht mehr als „Unperson“ betrachten. Ein Versuchsballon? Ein Versuch Andropows, seine Gesprächsbasis in Osteuropa zu erweitern? Oder nur ein Zufall und Versehen? Auf letzteres kann man sich immer noch hinausreden, aber glaubhaft wäre es nicht.

Objekt-Schützen

Von Enno v. Loewenstern

Sollen Schützenziele und Schützenhals die Kirchen schützen: sollen sie stumm, doch Armbrust oder Stutzen vielsagend in der Hand, eine Kette um die Gotteshäuser bilden, um Besetzer zu entmuthen? Der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Willi Weiskirch - er hat daran erinnert, daß Schutz der Kirchen die Aufgabe war, die sich die Schützenvereine bei ihrer Gründung stellten - hat eine Panik im Lager des Fortschritts ausgelöst. „Unverantwortlich“ - „Volksverhetzung“ - „Schindluder mit dem Gewaltmonopol des Staates“ zehrt ein SPD-nahes Blatt. „Weiskirch tut so, als müsse der brave Bürger mit dem Gewehr in der Hand seine Gotteshäuser vor wildgewordenen Chaoten schützen.“

Man reißt sich die Augen. Gewiß ist Weiskirchs Vorschlag nicht ernst zu nehmen und hoffentlich auch nicht ernst gemeint. Wo der Pfarrer die Kirche zum Gottesdienst und nicht zum Andropow-Dienst verwendet sehen will, genügt ein Anruf bei der Polizei. Wo der Pfarrer - nicht umsonst ging beim Dresdner Kirchentag ganz offen das Schlagwort um: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ - mit dem Gewalttäter Hand in Hand arbeitet, bleiben die demokratisch gesonnenen Bürger ohnehin daheim und suchen Zwiesprache mit ihrem Gott ohne Einschaltung derart unappetitlicher Instanzen.

Kurios ist aber die Selbstverständlichkeit, mit der hier ignoriert wird, daß Weiskirch den Demonstranten sozusagen einen Tropfen ihrer eigenen Medizin anbietet. Gewaltfreie Blockaden - seit wann haben die gewaltfreien Blockierer was dagegen? Seit wann ist bei ihnen das Gewaltmonopol des Staates wieder so hoch im Kurs? Eben noch wurden wir belehrt, daß es nur ein Gewaltmonopol gibt, nämlich das der Linken.

In der Tat, Gott, den so viele Pfarrer links liegen lassen, Gott bewahre uns davor, daß eines Tages auch in dieser Republik der ruh'ge Bürger greift zur Wehr, daß womöglich Links und Rechts Straßenschlachten austragen wie in Weimar. Letztlich davor bewahren aber kann uns nur das Gewaltmonopol des Staates, ohne Wenn und Aber vorgetäuscht. Verzeihung! Falls Weiskirchs Gedankenspiel etwas von dieser Einsicht in geistliche und weltliche Gehirne zurückgerufen haben sollte, wäre es - insofern - nützlich.



... und sagte fast kein einziges Wort

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Horrorspirale

Von Peter Gillies

Der Mensch, der deutsche zumal, neigt zu kollektivem Trübsinn. Das erstaunt, denn ausweislich eigener Bekundung fühlt er sich persönlich zufrieden, gar glücklich. Wie passen gesellschaftliche Düsternis und privates Wohlbefinden zusammen - ist eine Neurose mit stetiger Verschlimmerung nicht die unausweichliche Folge?

Der Befund von privater Zufriedenheit und kollektiver Verdrossenheit ist demoskopisch belegt. Das Allensbacher Institut für Demoskopie veröffentlichte vor wenigen Tagen das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage über Streß, Zufriedenheit und Arbeitsbedingungen.

Auf die Frage: „Haben Sie eigentlich den Eindruck, daß die meisten Leute in der Bundesrepublik zur Zeit unter Streß leiden oder nicht?“ antwortete eine satte Mehrheit von 61 Prozent mit Ja. Nur 19 Prozent vermochten Streß nicht zu erkennen. Allgemein herrscht also der Eindruck, als ersticke die Nation in eisiger, schädlicher Anspannung.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man den einzelnen nach dem Streß befragt. Persönlich, so bekundeten sie, litten sie keineswegs unter Streß. Die Zahl der Gestreßten lag bei mageren 31 Prozent, 62 Prozent bekundeten ausdrücklich, sich nicht unter Streß zu fühlen.

Ähnlich zwiespältige Befunde werden über die Zufriedenheit geäußert. Nur 47 Prozent glauben, daß die Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind. Persönlich befragt, bezeichnen sich jedoch erstaunliche 79 Prozent als zufriedene. Auch bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen das gleiche Phänomen: Die Befragten finden zu zwei Dritteln ihre Arbeitsbedingungen „gut“ bis „sehr gut“, halten aber das Arbeitsklima in der Bundesrepublik für weit düsterer.

Seit längerem bekannt ist diese Erkenntnis auch in Wohnungsfragen. Ein sehr hoher Prozentsatz beurteilt seine persönlichen Wohnverhältnisse positiv, glaubt aber gleichzeitig, daß kollektiv eine „neue Wohnungsnot“ herangebrochen sei.

Es scheint, so meinen die Demoskopiker, eine atmosphärische Verstärkung für Negativwahrnehmungen zu geben. Frau Professor Noelle-Neumann hat das Phänomen der „Schweigspirale“ entdeckt - jene sich verstärkende Zu-

rückhaltung, wenn man sich in der Minorität weiß. Das ergänzende Gegenstück ist offenbar die Horrorspirale: Man hört so viel Schreckliches in Abendsendungen, „kleinen Fernsehspielen“, kritisch hinterfragender Zeitfilm und berufssorgenvoll Berufspsychiker und Berufsberatungselemente, daß man nicht wagt, daß man es gar für unangenehm hält, von eigener Zufriedenheit auf eine allgemeine zu schließen.

Gewiß: Daß am letzten Donnerstag 32 Millionen Deutsche sich unfallfrei über die deutschen Straßen bewegt haben, bewegt kein Medium so sehr wieder gräßliche Unfalltote einer Familie am Autobahnkreuz Köln-West. So gewinnt die Faszination des „normalen, der Überbreitung, des über den Bildschirm flimmernden Elends, des organisierten Mißvergnügens offenbar die Glaubwürdigkeit für sich. Denn anders wäre der Zwiespalt einer Nation nicht zu erklären. Aber das eigene, das wirkliche Leben ist anders.

Gewiß gibt es auf Erden kein Paradies; im Schweife keines Anzuges sollst du dein Brot verdienen - oder auch deine Unterstützung abholen. Aber in diesem Lande sind noch nicht alle Arbeitsplätze, selbst wenn der Bildschirm entsprechend flimmert. Auch die Obdachlosigkeit hat hunderte Prozent noch nicht erreicht, die Kürzung des Mutterschaftsgeldes ist noch kein vorrevolutionärer Vorgang.

Eine einfache Erklärung wäre, daß das private Wohlbefinden um so lustvoller gewonnen wird, je düsterer sich das allgemeine Elend als Kontrastprogramm ausnimmt. Aber in Wahrheit ist das natürlich nicht so. Kein Mensch, wie wohlversorgt er sich auch weiß, kann glücklich sein in einem unglücklichen Land.

In seinem letzten Interview mit dieser Zeitung hatte Ludwig Erhard kurz vor seinem Tode gesagt: Es gibt eine Art bedauernden und bewundernswerten Naivität zugleich - die Weigerung, Sachverhalte eingehender selbst zu prüfen, wohl aber jeden auf den ersten Blick verwertbaren Gedanken an die Öffentlichkeit zu tragen. Der Mehrheit, die man manchmal die Schweigen nennt, ist diese Naivität nicht eigen. Die der öffentlichen Gedankenverwerter jedoch lastet auf ihr.



Streß? Ich nicht, aber die anderen FOTO: SVEN SIMON

Wie Hamburg einsam in den Sozialismus zieht

Dohnanyis Kampf um ein Profil gegen die Wende / Von Uwe Bahnen

In der Hamburger SPD, insbesondere rings um ihren Spitzenmann Klaus von Dohnanyi, entwickelt sich so etwas wie eine sozialdemokratische Diaspora-Gesinnung - das Gefühl, zur progressiven Linken in einem Meer konservativer Rückständigkeit zu werden. Der Blick nach Hessen, wo Holger Börner um die Macht bangen muß, gewährt den Genossen an der Elbe insoweit wenig Trost; und der Stadtstaat Bremen vermag Zuversicht schon gar nicht zu erzeugen, denn an der Weser regiert - nach dem kühlen Urteil eines prominenten hessensocialistischen Sozialdemokraten mit langer Senats Erfahrung - eine „im Grunde marode Partei“. Hans Koschnick kaum noch verstohlenen Buhlen um die bremische CDU, die in Bonn für gut Wetter sorgen soll, ist in Hamburg Rathaus natürlich nicht verborgen geblieben.

Dem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi soll so etwas nicht passieren. Ihn treibt ein mittlerweile hochgepanzertes sozialdemokratisches Sendungsbewußtsein, unlösbar verbunden mit einer elitären Einschätzung der eigenen Person. Er möchte an der Elbe modellhaft das entwickeln, was er am liebsten der gesamten Bundesrepublik als Remedium verschreiben würde: Nur der Staat, so lautet vereinfacht formuliert sein politisches Credo, könne den unumgänglichen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft so steuern und abfedern, daß die Ergebnisse akzeptabel bleiben.

Wer sich solcherart als Pfadfinder seiner Partei bundesweit zu profilieren wünscht, braucht ein Kontrastprogramm vor allem zur Politik der Bonner Koalition. So stellt denn Klaus von Dohnanyi unentwegt gemeinsam mit seinen Senatoren öffentlich jene politischen Feldzeichen auf, die seine Positionen für Freund und Feind markieren sollen: Der im übrigen sachliche und bedächtige Finanzsenator Jörg König attestiert der Bundesregierung und ihrem Finanzminister lautstark ihre „sozialen“ Haushaltsentscheidungen verteilten die Lasten von oben nach unten, zum kleinen Mann,

und im übrigen zu den Kommunen um. Der Umweltsenator Curilla, der die Hansestadt am liebsten mit einem zentralisierten Schreibergement zur Fertigung von Katastern überziehen würde, haut vor allem dem Bundesinnenminister um die Ohren, Bonn tue zu wenig, und das auch noch zu spät für eine Verbesserung der Luft. Die Heizwerke auf Kohlebasis, die der Hamburger Senat zu errichten gedankt, stören ihn bei diesen Behauptungen nicht im geringsten.

Der Schulsenator Professor Joist große verkauft das als BAföG-Ersatz konzipierte Hamburger Schülergeld mit der Feststellung, dies sei jedenfalls ein kleiner, bescheidener Beitrag Hamburgs, um jene Not der Bedürftigen zu lindern, die absichtlich durch die Bonner Streichbeschlüsse erzeugt werde; im übrigen gebe es ein „schreiendes Mißverhältnis“ zwischen dem Versprechen der Bundesregierung, für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen, und dem, was Bonn in dieser Hinsicht wirklich leiste - nämlich weniger als vorher, jedenfalls in

IM GESPRÄCH KLAUS FRANKE

Bausenator ahoi

Von Hans-Rüdiger Karutz

Heute betritt ein Fregattenkapitän der Bundesmarine in Reserve die Kommandobrücke von Berlins problematischer Verwaltung: Klaus Franke (CDU), der neue Senator für Bau- und Wohnungswesen, erfüllt sich mit sechzig Jahren einen jahrelangen Wunschtraum.

Anders als viele andere, die sich in diesen verwirrenden Zeitläuften nicht nach politischer Verantwortung drängen, freut sich der CDU-Politiker ohne jeden Vorbehalt auf sein Amt. „Ich mache das gern. Zumal da es eine Herausforderung für mich ist, in meiner Geburts- und Heimatstadt diesen Auftrag zu übernehmen.“

Denn neben Professor Rupert Scholz ist Ex-U-Boot-Leutnant Franke der einzige gebürtige Spre-Athener im Kabinett. Für die Wahl von Klaus Franke, dessen Handfestigkeit und bisweilen ungeschütztes „Gerauhe“ bei Richard von Weizsäcker nicht unbedingt gelitten ist, sprach am Ende die sichere Verankerung in der Berliner Union. In der SPD-CDU gehört der wortgewandte und pointiert formulierende Parlamentarier zu sogenannten „Beton-Fraktion“. So nennen die in den letzten Jahren ebenfalls zu Amt und Würden gekommenen „Reformer“ der Partei die Mittelgruppe, die seit Beginn der siebziger Jahre beharrlich auf die Übernahme der Senatsverwaltung durch die CDU in Berlin hinarbeitet.

Klaus Franke kennt als Direktor einer Senats-Wohnbaugruppe das politische Umfeld, die Gefahren und die Chancen einer in bestimmten Verhaltensweisen gewiß nicht feinen Branche „aus dem Effek“, wie die Berliner sagen. Er leitete jahrelang den parlamentarischen Bauausschuß und deckte zu Zeiten der absoluten SPD-Mehrheit so manchen Genossen-Klügel auf. Über Berlin hinaus geriet sein Name in die Gazetten, als er 1976/77 den Untersuchungsausschuß leitete, der die sogenannte KPM-Af-



Meinungsverschiedenheiten sind dazu da, daß man sie austrägt: Franke FOTO: DPA

färe (Vorgänge in der staatlichen Porzellanmanufaktur) analysierte. Die Ermittlungsergebnisse läuteten den Abgang von Klaus Schütz und den Anfang vom Ende der SPD-Regierung in Berlin ein.

Innerhalb der Berliner Union blieb Franke in fast zwanzig Parlamentarierjahren seiner Devise treu: „Politische Meinungsverschiedenheiten sind dazu da, daß man sie austrägt - und nicht dazu, daß man sie verschleierte!“ Wankelmüt vor Königs- thronen ist dem Protestanten Franke fremd. Mit ihm nimmt mit Sicherheit kein „bequemer“ Senator am grünen Tisch im Rathaus Schöneberg Platz.

Doch er ist ebenso wie alle anderen Stadtväter in die finanziellen und wirtschaftlichen Zwänge dieses Gemeinwesens eingebunden: Franke wird mit Sicherheit nicht nach dem für Berlin häufig so typischen Motto, zwar kein Geld, aber bisweilen durchaus die Mühe zu schauen, verfahren. Bis zu den Wahlen Ende Mai 1985 muß er jede Amtsstunde nutzen, um der Stadt durch die internationale Bauausstellung und eine weltweit vorzeigbare Präsentation zum 750. Geburtstag in vier Jahren einige „high lights“ aufzusetzen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Begleitend berichtet bewußt viele Meinungen

JERUSALEM POST

Es wäre von größerer Bedeutung gewesen, hätte Begin, der für so viele Jahre den Kampf gegen die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik geführt hat, Kohl in Jerusalem begrüßt und dies nicht seinem Nachfolger überlassen. Das derzeitige, ungewöhnlich dichte Netz von Beziehungen, das Israel mit der Bundesrepublik verknüpft, ist auf unvermeidbare Weise von den Schrecken des Holocausts überschattet, die Begin in diesem Zusammenhang selten unerwähnt gelassen hat. Doch auch unangenehm bleibt die jüdische Tragödie in den deutsch-israelischen Beziehungen stets gegenwärtig, und dies verpflichtet die Bundesrepublik zu einer ganz spezifischen Verhaltensweise gegenüber diesem Land. Das bedeutet nicht, daß Israel von der Bundesrepublik verlangen kann, zu allen politischen Entscheidungen Israels „Amen“ zu sagen. Dagegen hat sich auch Kohl wehrt. Doch wenn es um Dinge geht, die Israels vitale Sicherheitsinteressen betreffen, dann kann es nur richtig sein, daß die Bundesrepublik ihre Interessen denen Israels unterordnet.

Die Presse Verfolgt man die vorsehenslosen Abschiedskommentare des Auslands nach angekündigten (endgültigen) Rücktritt Menachem Begin, dann könnte man meinen, einzig die Person des intransigenten Politikers hätte bis dato verhindert, daß es a) einen Palästinaerstaß, b) Frieden in Nahost, c) eine gesunde israelische Wirtschaft und d) einen ordentlichen, friedfertigen Judenstaat nach den

Vorstellungen der Sozialistischen Internationale gibt. Das ist nicht so, und Bruno Kreisky apodiktischem Ausspruch, Begin „Politik sei geschleitet“ - er wollte primär die Person treffen - fehlen die Beweise. Der „König von Israel“ verliert die politische Bühne. Er war der Premierminister eines demokratischen, aber keines europäischen Staates. Er war ein Israeli der ersten Stunde, ein Mann aus dem Ghetto, wie gesagt. Von dort hat er Patriotismus, Härte und Träume mitgebracht. Drei Eigenschaften, die die Verständigung mit ihm sehr schwierig, oft unmöglich machten. Und die Kritik an ihm so oft nicht ungerecht, aber falsch.

SALZBURGER NACHRICHTEN

Selbst viele seiner politischen Gegner bezeichneten ihn als „aufrichtigen, fanatischen Menschen“. Begin ließ nie auch nur den Schimmer eines Zweifels an seinen wahren Absichten aufkommen, er war nie bereit, sich in lebenswichtigen Fragen auf Kompromisse einzulassen, die er als faul beurteilte.

FINANCIAL TIMES

Man kann unmöglich bestreiten, daß Begin sein Land in einer stärkeren strategischen Position zurückließ als er es vorgefunden hat. Die Militärmaschinerie ist sehr viel beeindruckender. Die Unmöglichkeit der Feinde ist sehr viel offensichtlicher. Über die zukünftige Stellung des Westens ist, de facto, sehr viel schwieriger zu verhandeln. Er hat der Außenpolitik seines Landes ein hartes und klares Sendungsbebewußtsein aufgezwungen, welches, wie auch immer ihm nachfolgen möge, schwer auszulöschen sein wird. (London)

In drei Tagen kroch der Lindwurm an die Elbe

100 Kilometer Fußmarsch in drei Tagen - von Munster bis zur Elbe - hatte der Kommandeur seinen Soldaten befohlen. Im Zeitalter der motorisierten Armeen schon fast eine Selbstenheit. Es gab Blasen und Blessuren, aber 90 Prozent der Soldaten erreichten ihr Ziel.

Von DETLEV AHLERS

Das Bataillon rückte zugewisse in den Bivakraum am Lopau-See ein. Viele humpelten, die Rücken der Anzüge waren bis in den Rucksack hinein verschwitzt, die Kleidung dreckig und unordentlich. Bald kamen Kinder auf Fahrrädern, um sich das Spektakel anzuschauen: Soldaten! Sie hatten 88 Kilometer Marsch hinter sich an diesem Freitagabend. Sie breiteten ihre Schlafsäcke aus, tippelten barfuß auf Zehenspitzen, um die Blasen an den Fersen zu schonen, tranken Suppe und ein Bier und warfen sich in den Schlaf.

Sie wollten Kraft sammeln, denn zwei Etappen hatten sie noch vor sich. Der Kommandeur des Bataillons 173 und der unterstellten 3. Kompanie 171 hatte entschieden, die 100 Kilometer vom Truppenübungsplatz bei Munster bis zum Grenzfluß der Garnison Hamburg, der Elbe, zu Fuß zurückzulegen: „Lindwurm“ nannte er den Marsch. Und an der Elbe bei Geesthacht mußte der Tausendfüßler, inzwischen mit 20 Meter Heftpflaster von Sanitätern verklebt, im Laufschrift Sturmboote bestiegen, übersetzen und antreten. Dann gab es Sonderurlaub.

Von 444 Soldaten, die in Munster losmarschierten, kamen immerhin 405 zu Fuß bis zur Elbe. Zwei wurden



Kameradschaft wurde auf dem Marsch groß geschrieben. Wer müde war, wurde gestützt, und wer kräftig war, trug auch mal zwei Gewehre.

Samstag nacht mitten auf einem Stoppelfeld von einem betrunkenen Autofahrer in ihren Schlafsäcken überrollt, zum Glück aber nur leicht verletzt. Einer von den beiden, ein Fähnrich, marschierte mit einer Schulterprellung weiter.

Nicht alle waren so dienstteifrig. Eine Handvoll führten gar einen Teil des Weges auch mal Taxi. Vielen, so ein Soldat, „stank“ der Marsch gewaltig. Aber es gab ein Trostpflaster: Wer zu Fuß ging, konnte nach zwei Wochen Truppenübungsplatz in Staub und Hitze bereits Sonntag nachmittags zum Urlaub bei der Familie oder bei der Freundin sein. Die Kranken mußten noch bis Montagabend in Munster „die Fahrzeuge bewachen“. So fehlten nur 69 beim Marsch - Kranke, Wache und Versorgungstruppe.

Der erste Tag, so zog ein Stabsarzt Bilanz, war der Tag der Hitzepflege. Auf den Panzerstraßen rund um den Übungsplatz, wo der rollende Kantinier die Cola-Preise als Monopolist auf eine Mark erhöhte, wurde ein scharfes Anfangstempo angeschlagen. Auf der zweiten Etappe, am Samstagmorgen 25 Kilometer, waren

es die Blasen, in Rot und Weiß, die einige auf den Sanitätskarren kippen ließen. Während der dritten Etappe, in der Nacht zum Sonntag in der Marsch, traten Schmerzen in Gliedern und Gelenken auf.

An Gepäck hatte jeder zu tragen: Stahlhelm, Poncho, Kochgeschirr, Feldflasche, Messer, Munitionstaschen, Waffen und die klobige ABC-Ausrüstung - insgesamt etwa 13 bis 18 Kilo; wobei die Gewehrträger gegenüber den Maschinenpistolen- und Pistolenträgern im Nachteil waren.

Auch der Kommandeur mußte nur eine Pistole tragen; aber es gab viele bis hinauf zu den Kompaniechefs, die ihm gern eine schwere Panzerfaust aufgedrückt hätten. Freundschaft plauderte, Vitalität demonstrierend, rannte er bald diesem Rekruten, bald jenem Feldwebel davon - und wie er aufrecht mit festem Tritt den Kompanien im Rastraum an der Elbe erschien, deutete ein Speiß auf die Gestalt auf dem Elbdeich wie auf den Schimmelreiter. „Er kommt.“

Weshalb hatte er diesen Marsch befohlen? Bei dieser Frage wurde gern nach Falkland gedeutet - das gab in der Hitze der Heide etwas Frische ins Gespräch. In der Tat waren beim fast rein infanteristischen Kampf der Briten im Inselmorsat viele Verluste auf die Folgen körperlicher Erschöpfung zurückzuführen, auch auf die mit ihr verbundene Unaufmerksamkeit. Vor allem der Versorgungstroß, die Küche, Geräte und Monteurtuppen waren nach jahrelangem Kasernen dienst den Anforderungen nicht gewachsen. Das ließ die Bundeswehr aufhorchen, denn ihre Rekruten sind eigentlich ganz gut zu Fuß - wann aber marschierten schon mal die vielen Stabs-Unteroffiziere mit?

Doch ein Offizier spottete, es komme darauf an, welche Erfahrungen man aus anderer Länder Kriegen zöge. So wollte man auch viel von den Israelis lernen, dennoch sei noch niemand auf den Gedanken gekommen, in Deutschland wie in der Wüste den Soldaten Bische zur Tarnung aufzubinden. Ihm zumindest schien der Marsch absurd - ein abgesessenes Panzergranadier-Bataillon bei einem Drei-Tage-Gewaltmarsch zu Kriegzeiten? Nur weil im Krieg alles möglich ist, wollte er daran einen Gedanken verschwenden.

Es waren auch wohl eher die inneren Vorgänge in seinem Bataillon, die den Kommandeur marschieren ließen. Das zweiwöchige enge und dauernde Beisammensein auf dem Truppenübungsplatz hatte Bindungen geschaffen, die unter Druck verschleißt werden sollten. Dieser Druck war der Marsch.

Man marschiert nicht in einem Zug, so waren am Freitag, auf der ersten Etappe, die Züge und Gruppen bald auseinandergezogen. Fast marschiert jeder für sich. Ab und zu hörte man noch das Flären eines Radios. Es gab auch die europäischen Wettermeldungen durch: ... Moskau 5 Grad - „Rechts schwenkt!“ befahl daraufhin ein Witzbold. Iph bald waren die Radios als unnützer Ballast auf die Versorgungsfahrzeuge gepackt. Und einige Züge sammelten sich, gingen an zu singen. Auch das Lied vom „Westerwald“. Bald hatte sich die rheinische Mentalität der meisten Wehrpflichtigen durchgesetzt, kurz vor Halbringhausen hörten die Heidschmucken: „Wir lassen die Dom in Kölle!“ und andere Jeckereien völlig unkriegerischer Art. Allein zur Ablenkung von der Mühe sangen sie, denn es ging sich wirklich leichter mit Lied.

Obwohl die Zugführer das Gepäck nicht beckenreiner kontrolliert hatten - waren die Munitionstaschen wirklich an jedem Mann? - wurde einigen das Gepäck schwer. Kameraden halfen für ein paar Kilometer weiter. Ab Spätnachmittag hatten sich viele Dreiergruppen gebildet, zwei außen, einer humpelnd in der Mitte, der mitgeschleppt wurde.

Das Gefühl mit dem anderen Gefreiten zusammen zu marschieren, mit dem Unteroffizier zusammen und wegen desselben Leidens vor dem Sanitätsgefreiten zu sitzen, mit dem Hauptmann zusammen auf den Wasserwagen hinter der nächsten Ecke zu hoffen - das schafft das Zusammengehörigkeitsgefühl, das für den Ernstfall so wichtig ist.

Doch diese Gruppenbindung sorgte auch für absurde Umstände. So liefen die durstigen Soldaten einer Kompanie mit den Augen starr geradeaus an Wasserstand einer anderen vorbei - weil ihr Speiß noch besser für sie sorgte, das war doch klar. So hatte ihr Feldwebel bereits im Bivakraum einen Waschplatz aufgebaut, von dem Soldaten der anderen Kompanien wegkomplimentiert wurden.

Zudem eignete sich der Marsch vorzüglich, die Führer und Unterführer des Bataillons unter die Lupe zu nehmen. Wer nicht ankam, hat schlechte Karten bei der Vergabe der wenigen Beförderungsstellen. So erreichten alle losmarschierten 15 Offiziere und 92 Unteroffiziere die Elbe. Ein Hauptmann humpelte zwei Tage lang mit einer Schleimbeutelentzündung. Er ist übrigens 31 Jahre alt, seit 12 Jahren Soldat, verantwortlich für 100 Mann und Millionen Mark teures Gerät und wird nach A 11 bezahlt. Zum Vergleich: Eine Hamburger Grundschullehrerin wird mit etwa 26 und PH-Studium mit A 13 eingestellt.

Genau 100 Kilometer sollten alle marschieren, doch wer weiß, wie viele mehr gelaufen sind? Viele, die zu Hause in Erzählungen noch zehn Prozent draufpacken, mögen recht haben. Vor allem auf der letzten Etappe, in der Nacht zum Sonntag, waren die Karten überholt, und die Konzentration schwand. Es gebe zuwenig Karten, war eine häufige Klage, die jedoch an militärischen Gegebenheiten vorbeiging. Es darf pro Trupp nur einen Kartenleser geben, und der muß eher zwei Kilometer Umweg machen, wenn er merkt, daß er sich verlaufen hat, als 500 Meter zurückgehen. Denn das Wissen der Mannschaften um eine unsichere Führung schadet auf einem Marsch mehr als die zusätzlichen Schritte.

Fast hätten auch britische Soldaten für zusätzliche Wege gesorgt. Sie haben zwischen Soltau und Lüneburg einen für sie reservierten Übungsplatz und ein General der Königin hatte dem Kommandeur gedroht, wenn ein deutscher Soldat ihn betrete, würde England für keinen Pfennig Manöver Schaden dort mehr aufnehmen. Der Kommandeur ließ trotzdem durchmarschieren. Wenn schon Friedendemonstrationen ungestraft meine Kasernen blockieren dürfen, dachte er, komme er dafür auch ungeschoren davon.

Mehr als die Hälfte des Bataillons sei für die nächsten zwei Wochen inwendigstkrank, manche Gelenkerkrankung sei verschlimmert worden, meinte ein Stabsarzt auf dem Elbdeich gegenüber von Geesthacht. Die Truppe war müde, war nach 100 Kilometern hängesunken und schlief tief bis zum Übersetzen. Wie immer bei solchen Märschen hatte es bis zum Schluß humpelnde Witzbolde gegeben, die mit einer Bemerkung einen Stimmungsumschwung bewirken konnten und unersetzlich für die Moral waren. Es verließ Kraft, wenn sie einen Kameraden, der nur noch mit dem Ballen auftreten konnte, „Nurejew“ nannten; wenn sie dem Strümpfe wechselnden Leutnant auflaufen ließen, er zöge neue Slicks auf; wenn sie ausrechneten, daß der Rosenmontagszug genauso lang, doch kurzweiliger sei. „Na ja, verkleidet haben wir uns wenigstens auch.“

Neben einiger Motzerei kam nur einmal während des Marsches Zorn auf, als sich das Versprechen des Kommandeurs nicht erfüllen ließ, im Lopau-See zu baden. Es sei verantwortlich, diese Füße aufweichen zu lassen, außerdem sei es mit den Sicherheitsbestimmungen nicht zu vereinbaren, erläuterten die Feldwebel. Fröhlich plantschten nur die vom Treiben erstaunten Urlauber.

WIE WAR DAS? Als der Papst die Jesuiten tadelte

Von F. MEICHSNER

Am Anfang September wird die Generalkongregation der Jesuiten in Rom den neuen „Preposito Generale“, das Oberhaupt des zugleich renommiertesten und umstrittensten Ordens der katholischen Kirche, wählen. Der „General“, auch „schwarzer Papst“ genannt, tritt an die Spitze eines 27 000-Mann-Heeres, von dessen „Soldaten“ nicht wenige schon seit vielen Jahren beim Vatikan im Verdacht des Ungehorsams stehen.

Es war an einem Novembertag des Jahres 1968, als sich diese drückende Verdachtsatmosphäre in einem Gewitter über 230 in der Sixtinischen Kapelle versammelte Jesuiten-Delegierte unter ihrem spanischen Ordensgeneral Pedro Arrupe entlud, als Paul VI. unter Michelangelos Deckengemälden des Jüngsten Gerichts das Wort ergriff.

„Welche seltsamen und verhängnisvollen Einflüsterungen“, so fragte der erzürnte Papst, „haben um alles in der Welt in einigen Winkeln einer verbitterten Gesellschaft den Zweifel genährt, ob der Orden weiterhin den von seinem heiligen Gründer (Ignatius von Loyola) aufgestellten weisen und festen Normen folgen solle?“ Im Orden habe sich „absoluter Historizismus“ breitgemacht, der „das Charnisma der permanenten Wahrheiten im Katholizismus“ zu verdrängen drobe. Manche Jesuiten neigten zu „Aktivismus und individuellem Verantwortungsbewußtsein“, worunter die Bereitschaft zum absoluten Gehorsam leide.

Für den päpstlichen Tadel gab es mehr als einen konkreten Anlaß. Jesuiten hatten besonders in den Vereinigten Staaten und in den Niederlanden in aller Öffentlichkeit die Lehraussagen Pauls VI. zur Geburtenregelung (Enzyklika „Humanae vitae“) und zum Priesterzölibat in Frage gestellt. Sie hatten sich für die Zulassung von Frauen zum Priesteramt und für andere von Rom abgelehnte „progressistische“ Öffnungen eingesetzt. Andere Jesuiten hatten entgegen päpstlichen Warnungen aktiv an den revolutionären Bewegungen und sogar an sogenannten Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, vor al-

lem in Lateinamerika, teilgenommen.

Dem scharfen Ordnungsruf folgten andere - sowohl von Paul VI. als auch von dessen Nachfolgern Johannes Paul I. und Johannes Paul II. Sie hatten offenbar nicht die gewünschte Wirkung. Denn als der - nach Ansicht konservativer Vatikaniker viel zu „liberale“ - Ordensgeneral Arrupe im August 1981 einen Schlaganfall erlitt und gemäß Ordensstatuten sofort einen seiner Generalassistenten zum Vikar bestellte, entschloß sich Papst Wojtyla zum direkten Eingriff, zu einer Aktion, die in der 400jährigen Ordensgeschichte beispiellos ist: Er annullierte Arrupes Entscheidung, indem er den konservativen Pater Dezza als seinen persönlichen Delegierten interimistisch mit der Leitung des Ordens betraute. Zu Dezzas Koadjutor ernannte er den für besonders energiegelassen geltenden sardischen Pater Pittau. Die von Arrupe gewünschte Generalerneuerung wurde damit zunächst unterbunden. Auf einer von Dezza einberufenen außerordentlichen Versammlung der Provinzialoberen, Assistenten und Generalräte sollte die aus Reih und Glied geratene Elitetruppe des Papstes erst einmal auf Vordermann gebracht werden.

Den Versammlungsteilnehmern wurden die dezidierten „Wünsche“ des Papstes für die künftige Ausrichtung des Ordens übermitteln. Johannes Paul II. selbst verfügte bei einer Audienz: „Für Abweichungen ist kein Raum mehr!“ Er verurteilte alles „psycho-soziologische“ Theoretisieren. Der Dienst der Jesuiten sei essentiell geistlicher Art, „nicht der des Arztes, des Sozialheifers, des Politikers oder der Gewerkschafters“.

Welche Früchte diese Ermahnungen getragen haben, muß sich bei der jetzt endlich zugelassenen Neuwahl des Ordensoberen zeigen. Als Kandidat des Papstes gilt Pater Pittau. Da aber offizielle Kandidaturen nicht zulässig sind und der „rebellische“ Geist im Orden keineswegs ganz unterdrückt zu sein scheint, ist das Ergebnis der geheimen Wahl alles andere als sicher. In Ordenskreisen werden noch andere Namen genannt, darunter der des Direktors von Radio Vatikan, Pater Tucci.



Reich an Spannungen: Pedro Arrupe vor Papst Paul VI.

FOTO: DPA

Was wir für die Leistungsfähigkeit der Börse tun, kommt Ihnen als Anleger zugute.

Die zunehmende Attraktivität der deutschen Börse für in- und ausländische Anleger hat ihre guten Gründe.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in jüngster Zeit Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

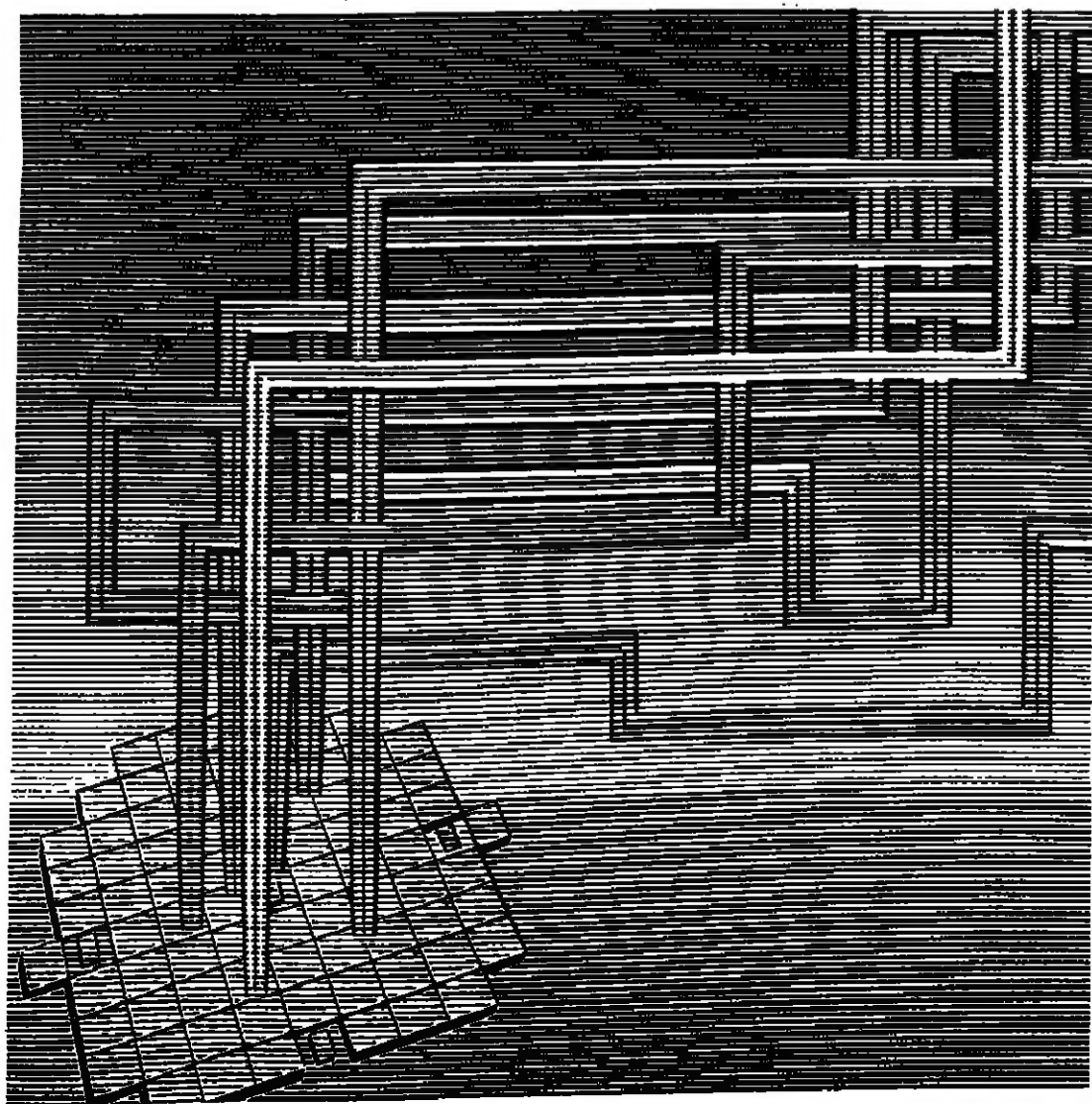
Als verantwortungsbewußter Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

Für beide Seiten. Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Nutzen Sie das erweiterte Anlagespektrum der Börse, und sprechen Sie mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Blockade mit Böll, Grass und Kindern

KING-HU KUO, Stuttgart

In aller Frühe wird heute der sogenannte „heiße Herbst“ eröffnet: Um 5.45 Uhr treffen sich in Mutlangen (bei Schwäbisch Gmünd) Prominenten der „Friedensbewegung“ zum Beginn ihrer bundesweit angelegten Aktionen gegen die mögliche Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland. Datum und Uhrzeit sollen daran erinnern, daß am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg begonnen hatte. Der Ort Mutlangen wurde für diesen Auftakt ausgewählt, weil dort das Hauptquartier der 56. US-Feldartillerie-Brigade beheimatet ist, die angeblich mit Pershing-2-Raketen bestückt werden soll.

Für den Beginn dieses sogenannten heißen Herbstes hat die „Friedensbewegung“ so ziemlich alles aufgeboten, was im In- und Ausland an linker Prominenz aufzutreiben war. Erwartet werden für die dreitägige Blockade des US-Hauptquartiers in Mutlangen neben 5000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet rund 150 „Promis“, wie die namhaften Gäste im Camp-Jargon heißen. Von der SPD und den Grünen werden u. a. Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Gerd Bastian, die ehemaligen Berliner und Hamburger Bürgermeister Pfarrer Heinrich Alberts und Hans-Ulrich Klose kommen. Schriftsteller und andere Künstler wollen sich ebenfalls an der dreitägigen Blockade beteiligen: Die Palette reicht von Günter Grass, Heinrich Böll, Robert Jungk bis zur Schauspielerin Barbara Rütting.

Viel versprechen sich die Veranstalter auch vom Erscheinen zahlreicher Pfarrer, Richter und Staatsanwälte in Dienstkleidung. Eine besondere Wirkung soll durch die Teilnahme von zahlreichen Kindern an der Blockade erzielt werden.

Bis Ende Oktober ist bundesweit eine ganze Reihe ähnlicher Aktionen geplant, vor allem gegen amerikanische Einrichtungen: „Sternmärsche“ zum amerikanischen Waffendepot in Bitburg (Eifel), „Die-Ins“ (Massensterben), beispielsweise in München, einen Frauenmarsch von Berlin nach Genf.

Abschließender Höhepunkt in Baden-Württemberg: am 22. Oktober eine 100 Kilometer lange „Menschenkette“ von Stuttgart bis Neu-Ulm.

Bei den Neuen Medien hat die Zukunft längst begonnen

Die 7. Internationale Funkausstellung in Berlin zeigt, wohin die Fahrt geht

Von JÜRGEN HÖFLE

Was auf dem Gebiet der Neuen Medien in diesem Jahr auf der 7. Internationalen Funkausstellung in Berlin gezeigt wird, ist keine Zukunftsmusik mehr. Die neuen Medien sind da. In Einzelfällen kann man sagen, sie stehen „ante portas“.

● Satelliten strahlen durch Werbung finanzierte TV-Programme aus – auch in Europa.

● Über Kabel empfangen viele Hunderttausende von Familien zusätzliche Fernsehprogramme – auch in Europa.

● Videorecorder und Video-Filme erweitern das Fernsehangebot – auch in Europa.

● Bildschirmtext hat Bundespostminister Schwarz-Schilling am 31. August das Startsignal gegeben.

● Videotext ist dabei, bundesweite Verbreitung zu erreichen.

● Eine bierdeckelgroße, silberglänzende Scheibe, Compact Disk (CD) genannt, ist dabei, eine Revolution im HiFi-Bereich herbeizuführen.

● Verlagsriesen wie der Konzern Bertelsmann schicken sich an, in das Fernsehgeschäft einzusteigen. Das Unternehmen hat beim rheinland-pfälzischen Justizministerium einen Erlaubnis Antrag gestellt, sich am Kabelprojekt Ludwigshafen als Programmveranstalter zu beteiligen. Dabei denke das Gütersloher Unternehmen daran, Kooperationspartner in seine Pläne einzubeziehen.

Was tut sich da? Wie ist diese Medienszene so in Bewegung geraten? Wohin geht die Fahrt? Am Anfang war der Chip. Anders gesagt: Die rasant fortschreitende Technik, besonders aber die Mikroelektronik, hat diese Entwicklung erst möglich gemacht.

Gerhard Naether schreibt in seinem Buch „Stirbt das gedruckte Wort?“, „Das Vordringen von Mikroprozessoren, die millionenfach Daten speichern und mit logischer Intelligenz verarbeiten können, wird das tägliche Leben der Zukunft stärker prägen, als dies der technische Fortschritt in der Vergangenheit vermochte.“

Wann man die verschiedenen Bereiche der neuen Medien betrachtet, ergibt sich folgender Stand:

Satellitenfernsehen: Die „European Space Agency“ (ESA) startete 1978 einen „Orbital Test Satellite“ (OTS), um damit Telekommunikationsversuche durchzuführen. Als diese Tests abgeschlossen waren, gab die „Eutelsat“, die Gemeinschaft aller europäischen Postverwaltungen, der englischen Firma „Satellite Television“ die Genehmigung für ein englischsprachiges kommerzielles Fernsehprogramm. Dieses Programm wird seit dem 26. April 1982 ausgestrahlt und kann mit Parabolantennen, die einen Durchmesser von 3 m haben, überall in Europa empfangen werden, soweit dies der jeweilige Gesetzgeber erlaubt.

Im Frühsommer 1984 wird ein sog. „ECS-Satellite“ (European Communications Satellite) betriebsfertig sein. Auf dessen neun Kanälen werden Deutsche, Engländer, Franzosen, Schweizer und Holländer auch kommerzielle Programme senden. Ein eigener deutscher Rundfunk-Satellit wird im Sommer 1985 betriebsfertig sein. Mit diesem Satelliten werden ARD und ZDF arbeiten, während die privaten Programmveranstalter wahrscheinlich über einen Kanal des ECS-Satelliten ihre Programme ausstrahlen werden. Auf einen derartigen Kompromiß werden sich wahrscheinlich die Ministerpräsidenten der Länder im Oktober einigen.

Kabelfernsehen: Zum Jahreswechsel 1982/83 waren rund 350 000 Haushalte in der Bundesrepublik verkabelt. Die Bundespost investiert in diesem Jahr eine Milliarde Mark, um überall in der Bundesrepublik die Kabelnetze zu erweitern. In vier Pilotprojekten (Ludwigshafen, Berlin, München, Dortmund), die viele Millionen Mark kosten, soll getestet werden, wie der Bürger auf dieses neue Angebot reagiert. Nur in Ludwigshafen werden private Programmveranstalter zugelassen.

Video: Videorecorder sind unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Ende 1982 verfügten rund 10 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik über einen Video-Recorder. Der Umsatz mit Programm-Cassetten, der fast ausschließlich vom Verleihgeschäft getragen wird, lag Ende 1982 bei 450 Mill. DM. Bis 1985 wird vor-

ausschließlich jeder dritte Haushalt einen Video-Recorder besitzen. Die Bildplatte kann sich im Wettbewerb mit dem Video-Recorder kaum durchsetzen. Ihr Nachteil liegt vor allem darin, daß die Aufzeichnung und das Löschen von Programmen nicht möglich sind.

Bildschirmtext: Btx eröffnet für jedermann den Zugriff auf Datenbanken der verschiedensten Art, wobei das herkömmliche Fernlesegerät zum Bildschirmtext-Terminal erweitert und das vorhandene Telefonnetz als Übertragungsnetz eingesetzt wird. Der Teilnehmer kann Btx rund um die Uhr nutzen. Er kann aktuelle Meldungen, Sportergebnisse, Verbraucherinformationen, Devisen- und Sortenkurse abrufen. Den Fernsehschauer wird zum „Fernleser“. Dieser kann aber auch über das Fernsehgerät einkaufen, sein Bankkonto führen, Rechnungen bezahlen, Spiele spielen, Hotelreservierungen vornehmen und schließlich mit jedem Teilnehmer individuelle Mitteilungen austauschen, die nur Buchtelle von Sekunden unterwegs sind.

Videotext: Videotext bietet, ähnlich wie Btx, Textinformationen auf dem Bildschirm. Der Nachteil: Die Seiten benötigen eine gewisse Zeit, um auf dem Schirm aufzutreten (Zugriffszeit). Sie sind bei Antennenstörungen oft unleserlich, weil Videotext im Gegensatz zu Btx gesendet wird. Trotzdem verbreitet sich auch dieses Medium langsam, aber sicher. Vorteil: Noch ist es kostenlos, während bei Btx gewisse Telefongebühren anfallen.

Compact Disk: Ein mit Laserstrahl arbeitender Digital-Plattenspieler zaubert aus den kleinen bierdeckelgroßen Scheiben Klänge von bisher ungehörter Klarheit. Alle Fachleute sind sich einig: Hier bahnt sich eine Revolution des HiFi-Bereichs an. Bis zu 70 000 Platten-Spieler (Preis ca. DM 2000) und rund 200 000 Platten zum Preis von DM 35 bis DM 40 sollen in diesem Jahr in Deutschland verkauft werden. Branchenkenner sagen voraus, daß es in zehn Jahren keine herkömmlichen Schallplatten mehr, sondern nur noch Compact Disks geben wird.

Seite 9: Europäische Konzentration

„Höchste Zeit, daß Schmidt ein klares Wort spricht“

WELT-Interview mit der FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer zur Nachrüstungsdebatte

DW, Bonn

Die FDP-Generalsekretärin Irmingard Adam-Schwaetzer hat den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgefordert, sich jetzt öffentlich genauso zum NATO-Doppelbeschluß zu bekennen wie in seiner Zeit als Regierungschef. In einem WELT-Interview warf sie den Sozialdemokraten vor, sich in dieser Frage „mit einer Mischung aus Selbstverleugnung und Unredlichkeit“ von ihrer bisherigen Sicherheitspolitik zu verabschieden. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Im Herbst will sich der Bundestag erneut mit dem NATO-Doppelbeschluß befassen. Sehen Sie angesichts des Streits zwischen Regierung und Opposition noch die Möglichkeit zu einer Rückkehr auf die vor dem Bonner Bündniswechsel vom gesamten Parlament gemeinsam vertretene Linie?

Adam-Schwaetzer: Die Koalition hält an dem damals gemeinsam beschlossenen eindeutig fest. Die SPD aber verabschiedet sich mehr und mehr von ihrer bisherigen Sicherheitspolitik. Beim Doppelbeschluß macht sie das mit einer Mischung aus Selbstverleugnung und Unredlichkeit. Mit der Bekämpfung einer von ihr selbst noch vor Jahresfrist verfochtenen Politik versucht sie sich bei den Grünen und Alternativen gerade auch mit Blick auf die Landtagswahlen anzubiedern. Das ist in meinen Augen das Verhalten einer alternativen Diva, die jede Rolle anzunehmen bereit ist, wenn sie dadurch nur im Geschäft bleiben kann.

WELT: Aber nun gibt es ja unter anderem den ehemaligen Kanzler Helmut Schmidt, der wesentlich am Zustandekommen des NATO-Doppelbeschusses mitgewirkt hat...

Adam-Schwaetzer: Es ist höchste Zeit, daß endlich gerade er ein klares Wort spricht und sich als Bundestagsabgeordneter der SPD öffentlich zu dem bekundet, was er als Kanzler vertreten hat. Aber derzeit ist es wohl eher so, daß die Sozialdemokraten um ihn eine Mauer des Schweigens errichten. Es ist schon ein aufsehenerregender Vorgang, daß seine Genossen laut Presseberichten sogar versuchen, sein letztes, Monate zurückliegendes Eintreten vor der SPD-Fraktion für beide Teile des Doppelbeschusses einfach totzuschweigen.

WELT: Halten Sie es nicht doch noch für möglich, daß sich bei ei-

ner Abstimmung im Bundestag SPD-Politiker an den von ihnen früher vertretenen Kurs erinnern?

Adam-Schwaetzer: Erst einmal: Jetzt geben in der Sicherheitspolitik in der SPD die Lafontaine, Bahr und Klose den Ton an. Unterstützung und Rückendeckung erhalten die dabei von ihrem Parteivorsitzenden Willy Brandt und von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, der vor dem linken Flügel wohl schon kapituliert hat. Trotzdem: Ich hoffe noch, daß trotz dieses Drucks zumindest einige SPD-Abgeordnete zu ihren früheren Entscheidungen stehen und bei einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen die dann unumgängliche Nachrüstung mittragen werden.

WELT: Wie aber wollen Sie eine denkbare Aufstellung neuer Raketen für die Bürger einsehbar machen? Das auch vor dem Hintergrund jüngerer Umfrageergebnisse?

Adam-Schwaetzer: Vielleicht haben wir alle die starke Emotionalisierung dieser Frage nicht rechtzeitig genug erkannt und zu spät darauf reagiert. Wichtig ist jetzt, daß wir die Bürger sachlich und nüchtern darüber informieren und aufklären, was zum Erhalt der Sicherheit Europas und des Friedens unerlässlich ist. Auch wenn dies eine eher mittel- und langfristige Aufgabe ist, so sind aber nicht nur wir Politiker, sondern auch Medien, Kirchen und alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert.

WELT: Wie aber wollen Sie eine denkbare Aufstellung neuer Raketen für die Bürger einsehbar machen? Das auch vor dem Hintergrund jüngerer Umfrageergebnisse?

Adam-Schwaetzer: Vielleicht haben wir alle die starke Emotionalisierung dieser Frage nicht rechtzeitig genug erkannt und zu spät darauf reagiert. Wichtig ist jetzt, daß wir die Bürger sachlich und nüchtern darüber informieren und aufklären, was zum Erhalt der Sicherheit Europas und des Friedens unerlässlich ist. Auch wenn dies eine eher mittel- und langfristige Aufgabe ist, so sind aber nicht nur wir Politiker, sondern auch Medien, Kirchen und alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert.

WELT: Halten Sie es nicht doch noch für möglich, daß sich bei ei-



FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer

In den Domänen der SPD sucht Wallmann die Entscheidung

Von D. GURATZSCH

Vier Wochen vor der Hessenwahl ist die CDU unter ihrem neuen Landesvorsitzenden, dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, mit Großkundgebungen in die „heiße Phase“ des Wahlkampfes eingetreten. Alles ist anders an diesem Start als vor einem Jahr, als der Versuch von Alfred Dreger zum vierten Mal scheiterte, der SPD die Macht, die sie seit 1951 ununterbrochen innehat, zu entreißen.

Wallmann hat seine Großkundgebungen mitten in die Domänen der SPD, in die industriellen Ballungsgebiete, gelegt – Dreger hatte noch die Aufstufungskundgebung mit gewaltigem Publikumsandrang in Frankfurt, auf dem Römerberg, abgehalten. Damals wie heute mußten die Politiker gegen pfeifende, johlende, transparentschwingende Politroker anreden. Aber während es damals allein in Frankfurt 17 Verletzte und vier Schwerverletzte bei Prügeleien gab, ist es bei den Kundgebungen dieses Jahr noch zu keinen Rupturen mit Verletzungsfolgen gekommen. Während damals die Wahlplakate der Parteien demoliert, überklebt und zertrümmert wurden, haben sie in diesem Jahr den Wahlkampf bis jetzt nahezu unbeschädigt überstanden – ein Novum in der Nachkriegsgeschichte seit 1968.

Aber es ist nicht auszuschließen, daß das veränderte Klima des Wahlkampfes auch ein Symptom mangelnden Interesses ist. Meinungsumfragen der SPD zum Trotz, die erfahrungsgemäß in Hessen die besten Ergebnisse bei hoher Wahlbeteiligung erzielt, scheint sich die Begeisterung des Publikums für den dritten Wahlkampf, den dieses Land innerhalb dieses Jahres erlebt, in Grenzen zu halten. Noch keine einzige Veranstaltung konnte

überfüllte Säle oder gar Marktplätze melden. Selbst bei den Rockfesten der Grünen unter dem suggestiven Titel „Der Löwe ist los“ wählten sich die Hallen nicht recht füllen.

Zugpferd der CDU beim Auftakt in Wetzlar sollte der Bundeskanzler sein. Aber der abschüssige Marktplatz in der Altstadt, der an guten Tagen bis zu 10 000 Menschen fassen kann, sah an diesem sonnigen Montagabend nur knapp 3000. Waren auch die Arbeiter der „industriellen Ballungsregion“, die Kohl und Wallmann hier ansprechen wollten?

Es ist das Konzept Walter Wallmanns, der vor Ort gehen und mit Argumenten vom Vertrauen werben möchte. Zu diesem Konzept gehören „Gespräche mit der Jugend“, wie sie Wallmann schon in Runkel bei Limburg geführt hat, Auftritte in Bürgerhäusern und eben auch in Industriezentren, wo sich die Wahl entscheiden wird; denn ohne Stimmen aus dem SPD-Reservoir kann die CDU die Wahl auch diesmal nicht gewinnen. Mit offenem Visier zu kämpfen, nichts zu versprechen, was nicht gehalten werden kann, sich den Bürgern zu stellen, sich von ihnen in die Pflicht nehmen zu lassen – das ist das immer wiederholte Angebot Wallmanns. In Frankfurt hat er damit Erfolg gehabt, ob es in der Provinz Anklang findet, muß sich erst noch erweisen.

Dem Bundeskanzler, so scheint es in Wetzlar, ist dieses Konzept wie auf den Leib geschneitten. Braungebrannt, im hellgrauen Anzug, gelangt ihm mit Appellen an die gemeinsame Verantwortung, an das Verständnis für die Jugend ein fast volkstümlicher Auftritt. Die „Türschuhgeneration“ sei eine „ganz prima Generation“, der „Schatz der Bundesrepublik“ sei

der hohe Ausbildungsstand, seien aber auch Fleiß und Ideenreichtum ihrer Bürger, „rücken wir zusammen – wir schaffen das“, solche Sätze sind den Leuten wie aus dem Herzen gesprochen. Als Kohl zum Schluß in das Pfaffkonzert der 200 Demonstranten hineinruft, „Und so führen wir auch den Wahlkampf in Hessen – nicht, indem wir versuchen, andere niederzubrechen, sondern indem wir versuchen, sie zu überzeugen“, rührt das Publikum auch in den hintersten Ecken des Platzes die Hände.

Am Abend, gerade in Runkelheim, sind die Demonstranten mit denselben Plakaten und denselben gelben und roten Trillerpfeifen erneut zur Stelle und begleiten die Reden von Walter Wallmann und Bundesfamilienminister Heiner Geißler mit ohrenbetäubendem Lärm. Dismal kommen auch Knallkörper, drei Tomaten und ein Apfel geflogen, zerplatzen am Rand des Podiums und zwischen den Sitzreihen der Senioren. Und dennoch ist diese Veranstaltung auf dem Marktplatz fast eine Sensation. In diesem Zentrum der Startbahn-Bewegung hat schon lange kein Spitzenpolitiker mehr einen Auftritt unter freiem Himmel riskieren wollen.

Vor den 1000 Zuhörern stellt Walter Wallmann sofort die Maßstäbe seiner Politik klar: „Die SPD ist nicht unser Hauptgegner – unsere Feinde sind die Extremisten aller Schattierungen.“ Da übertrifft der Beifall zum erstenmal laut und lange die Pfeifen und Sprechchöre. Heiner Geißler beschwört die christlichen Tugenden Nächstenliebe, Toleranz, Einsatzbereitschaft für den anderen und verurteilt die „faschistische Gesinnung“ der Demonstranten. Als wollten sie ihm recht geben, grüßen sie mit dem Hitlergruß.

Im Fall des MAD-Chefs Schmähling gibt es noch viele ungeklärte Fragen

Minister entscheidet über Disziplinarverfahren / Hat der Admiral Unwahrheit gesagt?

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Nachricht der WELT über die bevorstehende Ablösung des Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Admiral Elmar Schmähling, hat bei den Angehörigen des Nachrichtendienstes und bei den anderen Sicherheitsbehörden beträchtliche Aufmerksamkeit gefunden. Das Bundesverteidigungsministerium, das seit mehreren Wochen informelle Ermittlungen gegen den 46-jährigen Admiral führt, ist darum bemüht, keine Einzelheiten der gegen Schmähling erhobenen Vorwürfe nach außen dringen zu lassen.

Die Überprüfung der zum „Fall Schmähling“ eingegangenen Informationen liegt in der Hand des stellvertretenden Generalinspektors, General Walter Windisch. Er hat, wie inzwischen bekannt geworden ist, mehrere Gespräche mit Admiral Schmähling geführt. Dabei soll es in erster Linie um Beziehungen des Admirals zu einer Mitarbeiterin an der Schule für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Ems gegangen sein. Dabei sollen auch Notizen, die darüber angefertigt worden sind und

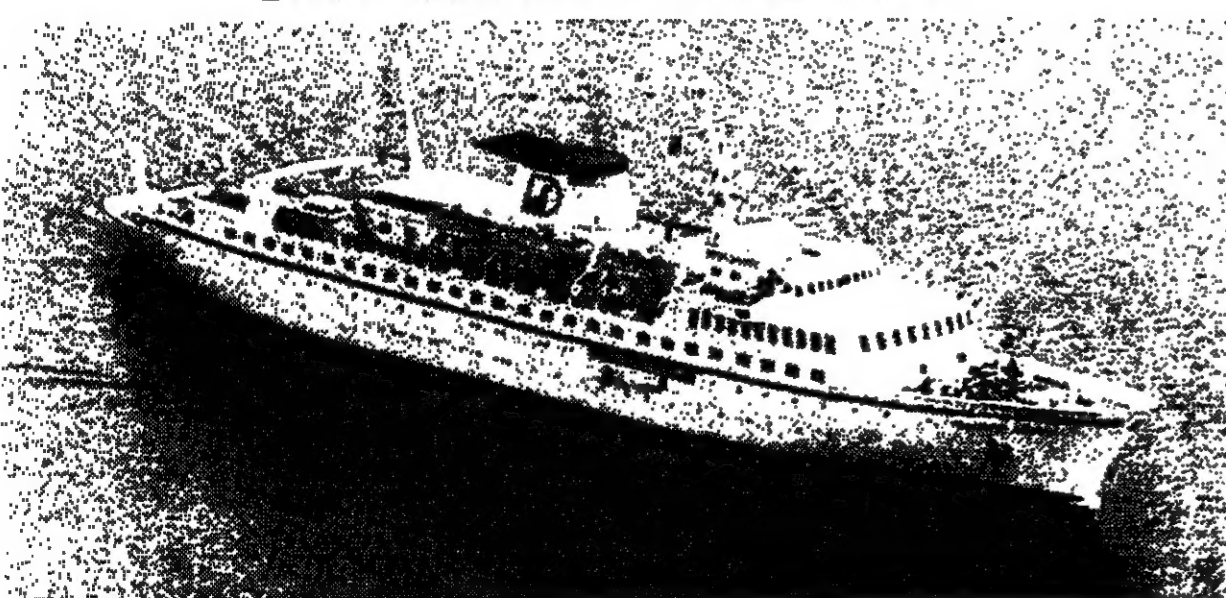
von denen das Bundesverteidigungsministerium Kenntnis erlangt hat, eine Rolle spielen. Windisch, dem – neben einem Schulkommandeur – diese Schule in Bad Ems unterstellt ist, hat dem Admiral deshalb Vorhaltungen gemacht. Dabei habe Schmähling Angaben und Rechtfertigungen unterbreitet, die bei näherer Nachprüfung General Windisch Ge wisheit gegeben hätten, sie seien nicht wahrheitsgemäß gewesen.

In einem zweiten Gespräch habe General Windisch diese auch dem MAD-Chef gesagt. In anderen Fällen, die ebenfalls überprüft werden, soll es um Alkoholmißbrauch gehen. Um im Interesse des MAD und der Bundeswehr diese Vorgänge möglichst nicht in die breite Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wurde mit Admiral Schmähling vereinbart, daß er seinen Jahresurlaub antritt. Er selbst meldete sich allerdings krank. In einem kurzen Fernschreiben vom 17. August, das an alle MAD-Kommandeure gegangen ist, heißt es lediglich: „Bin erkrankt. Voraussichtliche Wiederaufnahme des Dienstes Anfang September.“

Dazu wird es, wie es aussieht, allerdings nicht kommen. Die Entscheidung liegt bei Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, der heute aus dem Urlaub nach Bonn zurückkehrt.

Zu diesen Entscheidungen gehört auch, ob gegen Admiral Schmähling ein Disziplinarverfahren mit der möglichen Folge eines truppendienstgerichtlichen Verfahrens eingeleitet wird. Da der Admiral erst 46 Jahre alt ist, wird nicht an eine vorzeitige Pensionierung gedacht. Admiral Schmähling war durch die starke Fürsprache von SPD-Politikern im Februar 1982 mit der Leitung des MAD beauftragt worden. Für seine Nachfolge an der MAD-Spitze gibt es mehrere Namen. Ob sich Minister Wörner dabei für einen Offizier des MAD oder einen Außenstehenden entscheidet, ist ungewiß. Allerdings, das zeigen die Erfahrungen, war die Auswahl von Außenstehenden Offizieren – Schmähling und den früheren MAD-Chef Scherer kann man dazu zählen – nicht die richtige Entscheidung.

Deutsche Kreuzfahrttradition MS REGINA MARIS



Auf Sonnenkurs ins Mittelmeer ab DM 980,-*
Termine: 27.8./3.9. / 7 oder 14 Tage
via Rouen, Jersey, Concarneau, La Coruña, Vigo, Lissabon, Tanger, Ibiza, Valencia, Barcelona, St. Tropez

Die schönsten Städte im westl. Mittelmeer ab DM 980,-*
Termine: 10.9./17.9./24.9. / 7 oder 14 Tage
via Genua/Genua, Civitavecchia, Lipari, Stromboli, La Valetta, Tunis, Cagliari, Ajaccio, St. Tropez, Mahon, Ibiza, Valencia, Barcelona, Nizza

Höhepunkte des östl. Mittelmeeres ab DM 1765,-*
Termine: 1.10./15.10. / 14 Tage
via Genua/Genua, La Valetta, Alexandria, Ashdod (Jerusalem), Limassol, Rhodos, Heraklion, Tunis

Teilnehmerpreise pro Person (alle Kabinen mit Dusche/WC, Radio, Telefon)
Auf Sonnenkurs: 7 Tage 2-Bett, innen ab DM 1280,- / 2-Bett, außen ab DM 1575,-
14 Tage 2-Bett, innen ab DM 2305,- / 2-Bett, außen ab DM 2835,-
Schönste Städte: 7 Tage 2-Bett, innen ab DM 1410,- / 2-Bett, außen ab DM 1735,-
14 Tage 2-Bett, innen ab DM 2540,- / 2-Bett, außen ab DM 3125,-
Höhepunkte: 14 Tage 2-Bett, innen ab DM 2540,- / 2-Bett, außen ab DM 3125,-
* 3-Bett, innen

Ausführliche Programme, Auskünfte und Buchungen in Ihrem Reisebüro.

PETER DEILMANN - REEDEREI

Am Hafensteig 19 - 2430 Neustadt/H.
Telefon 0 45 61 / 60 41 - Telex 261225

Handwritten note: "Karte von der Insel"

Kohl für faire Diskussion über Albrecht-Thesen

dpa, Bonn
Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat an die Union appelliert, die Diskussion über das Thesen-Papier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zur Wirtschaftspolitik fair und in wechselseitigem persönlichen Respekt zu führen. Kohl: Albrechts Thesen enthielten sowohl Vorschläge, denen er zustimme, als auch solche, die er ablehne. Abgelehnt würden von ihm beispielsweise Albrechts Ausführungen zur geltenden Mitbestimmungsregelung. „Die Mitbestimmung wird nicht angekratzt“, sagte Kohl, der im übrigen auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien des CDU-Grundsatzens und die Aussagen seiner Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik verwies.

Albrechts Thesen hatten innerhalb der Union gegensätzliche Äußerungen ausgelöst. Die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm geführten Sozialausschüsse lehnten die Vorschläge ab, während die CSU und auch die FDP sie als Schritt in die richtige Richtung bewerteten.

Albrecht plädiert unter anderem für eine Senkung der Unternehmensbesteuerung um 20 Prozent und hält zum Ausgleich eine Mehrwertsteuererhöhung für denkbar. Er vertritt die Ansicht, die bisher eingeleiteten Maßnahmen allein reichten nicht aus, einen nachhaltigen Wirtschaftsschwung herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Kohl machte in seiner Stellungnahme klar, daß Albrecht die Thesen auf seine Bitte hin als Lagebeurteilung in einem Diskussionspapier für das CDU-Präsidium vorgelegt habe. Für eine große Volkspartei sei es wichtig, auch schwierige Themen offen und sachlich diskutieren zu können, erklärte der Bundeskanzler.

Polnischer Diplomat bittet um Asyl

JGG, Kopenhagen
Der erste Sekretär der polnischen Botschaft in Kopenhagen, Zygmunt Idracowski, hat gemeinsam mit seiner Frau, seiner Tochter und Ehefrau sowie deren Kind die dänischen Behörden um politisches Asyl gebeten. Wie polnische Kreise aus Dänemark berichteten, wurden alle fünf Polen sofort unter Polizeischutz gestellt, bis das dänische Justizministerium eine Entscheidung treffen wird.

Moskau: Hungerstreik für Abrüstung

AFP, Moskau
Der erste auf Grund seines Engagements für die nukleare Abrüstung verurteilte Sowjetbürger, Alexander Schatrawka, ist aus Protest gegen das Verbot, Briefe zu schreiben, in den Hungerstreik getreten. Die Ehefrau Schatrawkas, der wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, teilte in Moskau mit, sein Hungerstreik habe am 19. August begonnen und werde bis zum 7. September dauern. An diesem Tage sollen in Madrid die Außenminister der Signatarstaaten der KSZE-Schlussakte zur Abschlusssitzung der Folgekonferenz zusammenkommen.

DIE WELT (usps 590-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$35.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Auch die Basken kommen ohne Madrid nicht aus

Die Naturkatastrophe zeigte die Grenzen der Autonomie

HEINZ BARTH, Bonn
Langsam arbeitet sich das Baskenland aus dem Schlammbau der Überschwemmungskatastrophe des vergangenen Wochenendes, die 40 Menschenleben gekostet hat. Es wird noch bis Mitte September dauern, bevor sich der volle Umfang der Schäden ermitteln läßt, die Madrid zwang, das Gebiet zu einer Desaster-Zone zu erklären, womit automatisch eine finanzielle Hilfsaktion der Zentralregierung verbunden ist. Das wäre an sich nichts Ungewöhnliches, denn Spanien wird mit einiger Regelmäßigkeit von solchen entsetzten Naturereignissen heimgesucht. Noch vor weniger als einem Jahr wurde die Levanteküste von einer ähnlichen Katastrophe betroffen, die sich fortgesetzt wiederholte, weil es dem Land an einer Regulierung seines hydraulischen Systems fehlt.

Doch die Überschwemmung der Altstadt von Bilbao, die von dem Unglück am härtesten betroffen wurde, wirft neben den Problemen der Vorbeugung und Infrastruktur auch Fragen auf, die das gespannte Verhältnis der Basken zur spanischen Regierung unmittelbar berühren.

Dieses Verhältnis ist nicht viel besser geworden, seit Madrid ihnen die Autonomie gewährte und der baskischen Identität Zugeständnisse machte, die weit über das hinausgehen, was der Selbstständigkeit anderer spanischer Regionen, mit Ausnahme Kataloniens, zugestanden wurde.

Eigentlich müßten die Forderungen von Bilbao den überhitzten Nationalismus der Basken zur Besinnung gebracht haben. Es waren die Hubschrauber der von den ETA-Terroristen verfolgten Guardia Civil, die der Bevölkerung zur Hilfe kamen und die Opfer der Überschwemmung von

den Dächern ihrer Häuser holten. Es waren auch die Lastauto-Kolonnen und die Tankwagen des spanischen Heeres, die Lebensmittel und Wasser heranbrachten.

König Juan Carlos, der bei seinem ersten offiziellen Besuch der Region von den radikalen Separatisten des Basken-Parlaments wie ein fremdes Staatsoberhaupt behandelt worden war, besuchte die Desaster-Zone ebenso wie Ministerpräsident Felipe Gonzalez - eine nicht mißzuverstehende Geste der Verbundenheit mit Spaniens widerspenstigster Provinz. Ein Hinweis auch für die Basken, daß sie sich mit ihrem Streben nach Unabhängigkeit und ihrem oft herausfordernden Auftreten gegen die Zentralgewalt vielleicht doch übermäßig haben. Für Carlos Garaikoetxea, den überaus selbstbewußten auftretenden „Lendakari“ (Präsidenten) der Basken-Regierung, war bisher nichts genug, was Madrid an Autonomie konzediert hatte. Die Autonomie, so behauptet er, sei auf halbem Weg stehen geblieben. Was er von der Monarchie verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Aufteilung Spaniens in einen Staatenbund, der den Basken mehr Selbstständigkeit einräumt als der Mehrheit der anderen Autonomien, die nicht die gleichen nationalen Besonderheiten aufweisen.

Doch wenn es ernst wird, wie bei dem Desaster von Bilbao, zeigt sich jedesmal, daß es ohne die zentrale Autorität eben doch nicht geht. Die baskische Industrie könnte ohne das übrige Spanien, das ihr natürliches Absatzgebiet ist, in der jetzigen Wirtschaftskrise nicht überleben - nicht zu reden von den Problemen, die der spanische Beitritt zur EG schaffen würde.

Funk-Ideen aus Moskau

Tass und Sowjetradio richten sich in der Karibik ein

HERMANN JÄGER, Worms
In den Funkhäusern der sonnenüberstrahlten Karibik herrscht Euphorie über die eigene Rundfunk-Union, die „Caribbean Broadcasting Union“ (CBU). Was war geschehen? Mit Datum vom 21. März 1983 erhielten diese Rundfunk-Union angeschlossenen Sender - sozusagen auf dem Amtsweg - ein Schreiben des Sekretariats der „CBU“ mit Sitz in Bridgetown (Barbados), in dem die Bitte ausgesprochen wurde, „aus dem beiliegenden Dokument doch das eine oder andere in die eigenen Programme einfließen zu lassen“.

Das beiliegende „Dokument“ trägt die Überschrift „Sowjetische Radioprogramme für Kinder“. Das so weitergereichte „Dokument“ stammt aus der „Küche“ der Rundfunk-Organisation der Ostblockstaaten, der „OIRT“, mit Sitz in Prag. Es empfiehlt den Sendern der Karibik, die jungen Bürger zu überzeugten Patrioten und Internationalisten zu erziehen.

Der Manager des größten kommerziellen Senders der freien Welt in der Karibik, „Radio Antilles“ (Montserrat), K. Knaack, kommentierte der WELT gegenüber die Aktion seiner Rundfunkunion so: „... unsere eigene Rundfunk-Organisation fordert uns auf, die Ideen des Sowjetradios in unsere eigenen Programme einfließen zu lassen.“

Doch auch auf anderen Wegen drängt Moskau in die Karibik: Tass richtet zur Zeit ein Büro in Grenada ein, der marxistischen Karibik-Insel. Allgemein wird in der Inselwelt erwartet, daß Tass schon bald einen englischen Dienst zu Dumping-Preisen anbieten wird, den viele kleine Radiostationen in der Karibik, schon aus Kostengründen, abonnieren dürften.

Es gibt zwar eine eigene Nachrichtenagentur in der Karibik, die „CAN“, doch ist deren Dienst (der als gut und ausgeglichen gilt) den kleineren Sendern zu teuer. Für Moskau rechtfertigt das politische Interesse den Dumping-Preis.

Ein Lichtblick: Über die Unesco finanziert die Bundesrepublik mit 600 000 Dollar ein Vorhaben, das Tass und Sowjetradio das Geschäft verderben könnte. Denn mit diesen Mitteln baut „CAN“ einen „Summary-Dienst“ auf, der kostengünstig per Luftpost oder Kurier bezogen werden kann. Dazu erhält die „CAN“ ein eigenes Gebäude mit Studio in Barbados. Für 1984 ist zusätzlich ein „Voice-cast-Dienst“ für Radiostationen in der Karibik geplant.

Kommentar aus der Karibik zu diesen Bonnen Geldern via Unesco: „... ein sinnvoller Beitrag für eine gut funktionierende Dritte-Welt-Nachrichtenagentur.“

Frankreichs Kommunisten dringen in Verwaltung und Wirtschaft vor

Der Kampf um Schlüsselpositionen / Regierung Mitterrand „Geisel der KPF“?

H. WEISSENBERGER, Paris
Das Ende der traditionellen Ferienpause fällt in diesem Jahr zusammen mit einem neuen kommunistischen Offensive, die von der Verwaltung und den verstaatlichten Betrieben übergreift auf die Privatwirtschaft. Stoßkraft dabei ist die kommunistische Gewerkschaft CGT, trotz rapiden Mitgliederschwunds in den letzten zwei Jahren mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern immer noch die stärkste der französischen Gewerkschaften.

Der an allen Fronten geführte kommunistische Vorstoß veranlaßte den Chef der angestelltergewerkschaft CGC (Confédération Générale des Cadres), Paul Marchelli, in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Figaro“ zu dem Alarmruf: „Zur Zeit regieren wir die Regierung noch Staatspräsident Mitterrand Frankreich, sondern die Kommunistische Partei und die CGT.“

In der Tat ist die Anwesenheit von vier kommunistischen Ministern im Kabinett die Achillesferse des Regimes von Präsident Mitterrand, dem die gaullistische Opposition vorwirft, zur „Geisel“ der KPF geworden zu sein.

Dies wurde deutlich klar bei den Kommunalwahlen im Frühjahr, bei denen sich die Sozialisten gegenwärtig sehen, fast überall „Einheitskandidaten“ zusammen mit der KPF aufzustellen, um angesichts der wachsenden Opposition gegen die linke Koalition zu retten, was zu retten war.

Der gaullistische Parteichef Jacques Chirac und andere Oppositionsführer haben in letzter Zeit mehrfach die Entfernung der kommunistischen Minister aus der Regierung gefordert. Sie weisen darauf hin, daß die kommunistischen Kabinetts-

mitglieder eine „Belastung“ für die Glaubwürdigkeit der Regierung im Ausland seien: Sowohl hinsichtlich Polens wie Afghanistans wie in der Frage der Euro-Raketen wie der Haltung gegenüber der NATO oder auch des Eingreifens in Tschad und der Austeritätspolitik stehen die Kommunisten in offener Opposition zu Mitterrand und seinem sozialistischen Ministerpräsidenten Pierre Mauroy.

Daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten die KPF die Regierungskoalition nicht aufkündigt, erläuterte der KP-Minister Anicet Le Pors vielsagend: „Die KP ist eine Partei, die ihre eigene Meinungsbildung und die Zugehörigkeit zu der Koalition auf dialektische Weise in Übereinklang bringt.“

Dieser dialektische Kunstgriff sieht in der Praxis so aus: Unter dem kommunistischen Transportminister Charles Fiterman wurde staatlichen Betrieben wie Air France, der Eisenbahn, dem Kohlebergbau und den Verkehrsbetrieben des Pariser Großraums zur Auflage gemacht, soundsoviel Personal neu einzustellen. Man braucht nicht dreimal zu raten, welches Parteibuch die von Amts wegen angeheuerten Kameraden haben.

Der „starke Gewerkschaftsarm der KPF“, die CGT, weitet die Wahlarbeit in diesem Herbst noch aus. Im Zuge des neu in Kraft tretenden Gesetzes „zur Demokratisierung des öffentlichen Sektors“ kommen Gewerkschaftsvertreter in die Verwaltungsräte der öffentlichen Betriebe, und im Rahmen der neuen Arbeitsgesetzgebung des sozialistischen Arbeitsministers Jean Auroux, den viele „fünftun kommunistischen Minister im Kabinett Mauroy“ nennen, bekommen die Gewerkschaften weit-

gehende Befugnisse in Privatbetrieben.

Selbstverständlich profitiert davon in erster Linie die CGT. Sie marschiert in diesen neuen Kampf um Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit populären Schlagworten wie „Wiedereroberung des einheimischen Marktes“ und „Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze“. Die staatliche Autofirma Renault bekam die neue Taktik bereits zu spüren: Die CGT ritt eine scharfe Attacke gegen die Direktion, die in den USA investieren wollte. „Verrat am sozialistischen Experiment in Frankreich“, tönte die CGT.

Nur noch französisch soll demnächst auch das Papier sein. Die CGT bestätigte jetzt, daß sie in einer „Aktionswoche“ vom 19. bis 23. September nur Zeitungen drucken lassen wird, die auf französischem Papier gedruckt werden.

Die CGT demonstrierte auch vor dem Industrieministerium des Sozialisten Laurent Fabius, weil dieser die Genehmigung zum Verkauf der Zeitungspapierfabrik Chapelle-Darblay an einen holländischen Konzern genehmigte. Der Automobilfirma Peugeot-Citroën-Talbot will die CGT vorschreiben, den berühmten „Deux Chevaux“ weiter in Poissy bei Paris zu bauen, statt die Produktion in das kostengünstigere Spanien zu verlegen.

Am verblüfftesten jedoch war wohl der erst vor einem Jahr neu ernannte Chefredakteur der der sozialistischen kommunistischen Regierung nahe stehenden Tageszeitung „Le Monde“, André Laurens, als er in seiner eigenen Zeitung ein ihm bis dahin unbekanntes Kommuniqué der CGT las, in der eine neue Chefredaktion gefordert wurde. (SAD)

Salvador: Neuer Dialog mit der Guerrilla

AFP, San José/Bogotá
Als „großen Erfolg“ haben Vertreter der salvadorianischen Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) ihre zweite Begegnung mit dem US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Richard Stone, bezeichnet. Das Treffen in der costaricanischen Hauptstadt San José zwischen Stone und Vertretern der salvadorianischen Guerrilla war auf Vermittlung des Staatspräsidenten von Costa Rica, Luis Alberto Monge, zustande gekommen. Monge bezeichnete das Klima der Gespräche als „offen“ und von „gegenseitiger Achtung“ geprägt.

Während sich Stone, der von drei amerikanischen Beratern begleitet wurde, nach dem Gespräch kommentarlos zurückzog, betonten die beiden FDR-Führer Guillermo Ungo und Ruben Zamora, daß eine Verhandlungslösung des Konflikts in El Salvador am vernünftigsten wäre. Zamora erklärte, die USA hielten den Schlüssel zu einer politischen Lösung in ihren Händen. Die Guerrilla hoffe, daß die direkten Kontakte mit der amerikanischen Regierung eine „wirkliche und nicht nur taktische Änderung“ bedeuteten.

Werner Titzrath gestorben

DW, Berlin
Werner Titzrath, Chefredakteur der Zeitung „Hamburger Abendblatt“, ist nach längerer schwerer Krankheit im 56. Lebensjahr gestorben.

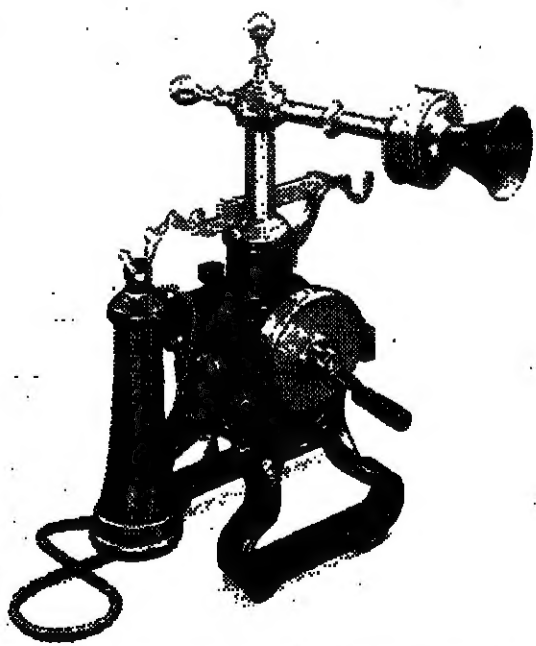
Werner Titzrath, geboren in Essen, gehörte dem Verlagshaus Axel Springer seit 30 Jahren an und leitete die Redaktion des „Hamburger Abendblatt“ seit dem 1. August 1969. Seine journalistischen Spuren verdiente sich Titzrath nach Ausbildung und dreijähriger Tätigkeit bei der Industrie- und Handelskammer in Essen, in der Redaktion der Kölner Zeitung „Die Welt von morgen“. Als Korrespondent ging er 1952 nach Bonn, wo er für das „Hamburger Abendblatt“ und andere bedeutende Zeitungen arbeitete. 1958 wurde er Leiter des Bonner Büros des „Hamburger Abendblatt“. Er wechselte am 1.



September 1963 zur „Bild“-Zeitung nach Hamburg, wo er zum stellvertretenden Chefredakteur berufen wurde. Von Februar 1968 bis Dezember 1968 leitete er das Ressort Innenpolitik der WELT bis zur Berufung zum stellvertretenden Chefredakteur des „Hamburger Abendblatt“ im Jahre 1969. Wenige Monate später wurde er Chefredakteur.

Werner Titzrath, erfahrener und besonnener Journalist, hat die vom Verleger Axel Springer begründete Konzeption des „Hamburger Abendblatt“, eine der erfolgreichsten Tageszeitungen der Bundesrepublik, weiterentwickelt. Sein Ziel war es, in klarer Erkenntnis herauszufinden Gefahren, Hamburgs größte Tageszeitung gegen die Konkurrenz der elektronischen Medien zu sichern - insbesondere durch eine umfassende Berichterstattung im lokalen und regionalen Bereich.

Mit Blaupunkt startet eine neue Ära. Heute 13.00 Uhr.



1877. Als 2. Staat der Erde gründet Deutschland eine Telefon-Gesellschaft.

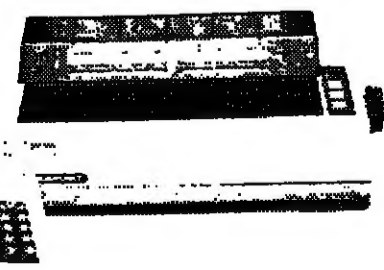
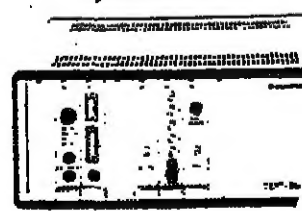
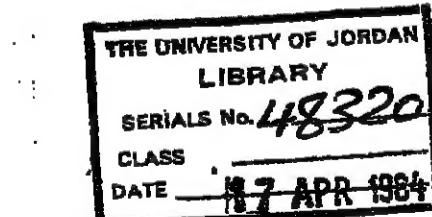
Heute, 13.00 Uhr, startet Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling in Berlin den CEPT-Bildschirmtext für Deutschland. Einen entscheidenden Beitrag dafür lieferte Blaupunkt: Die Blaupunkt CEPT-Decoder C 1. Heute, 13.30 Uhr, startet der Generaldirektor der Schweizer Bundespost, Trachsel, die öffentliche CEPT-Bildschirmtext-Standortbestimmung in Basel. Mit Blaupunkt CEPT-Decoder C 1.

Blaupunkt ist beim Bildschirmtext von Anfang an dabei und hat mit der Entwicklung von Geräten und Anwendungs-

möglichkeiten Btx in die Praxis umgesetzt. Technik. Hand in Hand mit Bedienungsfreundlichkeit und Zuverlässigkeit.

Blaupunkt und Btx.

1978 fing es an. Mit dem ersten Blaupunkt Btx-Empfänger. 1980 ist Blaupunkt maßgeblicher Partner für die Feldversuche in Düsseldorf und Berlin. Zunächst bei den Btx-Teilnehmergeräten, anschließend auch für Anbieter mit den rechnerunterstützten Editiersystemen Btx II/III. 1982 wird der erste Auftrag für CEPT-Decoder von der Deutschen Bundespost an Blaupunkt vergeben.



1983. Als 1. Staat der Welt hat Deutschland überregional CEPT-Bildschirmtext. Mit Decodern von Blaupunkt.

Der Blaupunkt CEPT-Decoder.

1982 beschließen die europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen die Richtlinien des internationalen CEPT-Standards für Bildschirmtext. Dafür brauchen sie eine gegenüber dem früheren Standard veränderte, neue Technik.

Mehr Zeichen, Sonderzeichen, Grafikelemente und Farbkombinationen als bis dato möglich. Also einen neuen Decoder. 1982 erfolgte die erste Lieferung der Blaupunkt Decoder an die Deutsche Bundespost. CEPT kann starten.

Blaupunkt. Einer der führenden Anbieter in der Kommunikationstechnik rund um den Bildschirm.

Sollten Sie noch Fragen haben, helfen wir Ihnen gern. Blaupunkt-Werke GmbH, Abt. PTE 2 Robert-Bosch-Str. 200, 3200 Hildesheim. Telex: 9 27 151-50. Btx: *3964*

Blaupunkt: Zukunft eingebaut.

BLAUPUNKT

BOSCH Gruppe

„Die Polen schätzen ihre Situation sehr viel realistischer ein als der Westen“

Erkenntnisse einer Polen-Reise / WELT-Gespräch mit dem österreichischen ÖVP-Politiker Erhard Busek

CARL GUSTAF STRÖM. Wien. Welche Zukunft hat Polen? Welche Möglichkeiten gibt es für eine Lösung der polnischen Krise? Diese Fragen haben einen der führenden christlich-demokratischen Politiker Österreichs, den Wiener Vize-Bürgermeister und ÖVP-Landesvorsitzenden Erhard Busek, auf eine Reise nach Warschau und Danzig geführt. Busek ist ein eigenwilliger politischer Kopf, ein Mann, der weit über kommunal- oder innenpolitische Dimensionen hinaus denkt. In ihm steckt sicher auch ein Stück Wiener und österreichische Fähigkeit, mit den Nachbarn im Osten umzugehen und zu erkennen, was dort hinter den Fassaden vor sich geht.

So ist es nicht verwunderlich, daß Busek getan hat, wozu mancher andere westliche Polen-Reisende den jüngsten Zeit sich nicht entschließen konnte: Der österreichische christliche Demokrat sprach nicht nur mit Vertretern des Jaruzelski-Regimes, sondern besuchte auch den Arbeiterführer Lech Wałęsa.

In einem Gespräch mit der WELT berichtet Busek, Wałęsa sei eine „charismatische, kompakte Persönlichkeit“. Busek hat offenbar nicht den Eindruck, daß Wałęsa „ausgespielt“ habe, wie manchmal im Westen vermutet wird. Der „Solidaritäts“-Vorsitzende sei vielmehr von seiner Rolle und von der Aufgabe, die er zu erfüllen habe, „völlig überzeugt“. Busek: „Wałęsa steuert nicht irgendein kurzfristiges Ziel an, sondern will in einer langfristigen Auseinandersetzung eine bessere wirtschaftliche Situation und mehr persönliche Freiheit für polnische Menschen erreichen. Er betrachtet seine Person eigentlich als ein Zeichen oder Symbol des Widerstandes, ferner als Ärgernis für die Regierung, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Probleme nicht gelöst sind.“

Wałęsa – eine Symbolfigur

Wałęsa wolle überdies mit seinem Verhalten den Menschen in seinem Lande Hoffnung geben. „Stark an ihm ist die ausgeprägte ethische Überzeugung“, berichtet Busek. Diese sei gar nicht von außen in ihn eingepflanzt worden, sie stecke vielmehr in dem Mann selber. Wałęsa könne diese Überzeugung „mit den natürlichen Worten eines Arbeiters“

formulieren. Schon durch den Druck, dem er ständig ausgesetzt sei, und durch die Art, wie er sich dabei dennoch seine innere Freiheit erhalte, sei Wałęsa für viele Polen zu einer Symbolfigur geworden.

Über eine Möglichkeit, daß die Gewerkschaft „Solidarität“ kurzfristig wieder zugelassen werde, oder daß sich in Polen in nächster Zeit etwas ändern könne, mache sich der Arbeiterführer keine Illusionen. Nur bei sehr großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes sieht Wałęsa eine Chance, daß die Machthaber ihn als Gesprächspartner akzeptieren. Dennoch sei Wałęsa der Ansicht, „daß es weitergehen muß“ und daß er dafür zu sorgen habe, „daß es weitergeht“.

Wałęsa sei, so berichtet Busek ferner, aufgrund der geopolitischen Situation Polens der Meinung, daß es für sein Land keine Chance gebe, außerhalb des Warschauer Pakts zu stehen. Er sehe aber zugleich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen – nicht in Richtung Marktwirtschaft, sondern im Blick auf die Wirtschaftsstruktur Polens und der anderen Ostblockländer, die er in hohem Maße für veraltet halte.

Auf die Frage, was denn die Vertreter des Jaruzelski-Regimes, mit denen Busek in Warschau gesprochen hat, zum Thema Wałęsa zu sagen hatten, antwortet der ÖVP-Politiker: „Spätestens im dritten Satz betonen sie, daß Wałęsa eine Privatperson ist – um dann ausführlich zu erklären, welche Irrtümer diese Privatperson begeht und welche falschen Eindrücke der Westen von dieser Privatperson hat, so daß man am Schluß genau weiß: Lech Wałęsa ist alles andere als eine Privatperson.“ Außerdem berichten die Regierungsrundfunk und das staatliche Fernsehen andauernd, was Wałęsa mache und sage, um dann seinen Erklärungen entgegenzutreten.

Busek glaubt, daß die Entwicklung in Polen anders verlaufen wird als in Ungarn unter Kadar nach 1956 oder auch als in der Tschechoslowakei unter Husak nach 1968. Die Polen würden für ihre eigene Situation eine eigene Lösung finden – nur wüßten nicht einmal die Polen selber, wie diese Lösung aussehen wird.

„Wir im Westen gehen mit falschen Kategorien an die polnische Situation heran“, resümiert Busek. „Ein

Land wie Polen, das in der Geschichte so viel durchgemacht hat, das Teilungen überlebte – ein solches Land hat seine eigene alogische Art, sich selbst zu erhalten und seine eigene Perspektive zu gewinnen. Diese Perspektive liegt in der nationalen Identität, ferner im geistigen Leben, das ungemein stark mit dem Westen verbunden ist. Die Polen begreifen sich als ein westliches Land, daß durch die, wie sie sagen, „unglücklichen Beschlüsse von Jalta“ in den Osten geraten ist.

Der Westen müsse sich zunächst darüber im klaren sein, daß das Kriegrecht in Polen nicht aufgehört habe, sondern daß die neuen Gesetze – so Busek – „die Fortsetzung des Kriegszustandes mit anderen rechtlichen Mitteln darstellen“. Busek weist im Gespräch darauf, daß es keine wirkliche Amnestie gegeben habe, daß viele Menschen noch in den Gefängnissen auf ihren Prozeß warten, daß in Polen auch kein gesellschaftlicher Pluralismus existiere. Wörtlich: „Die Auflösung des Schriftstellerverbandes und die Änderung des PEN-Club-Vorstandes signalisieren sehr deutlich, welcher Methoden man sich da bedient.“

Mit den Menschen reden

Busek ist der Meinung, daß der Westen sich von seiner eigenen, westlichen Logik „verabschieden“ müsse, wenn er den Zustand in Polen richtig beurteilen wolle: „Wir im Westen leben auf die Ereignisse zu – aber die Polen leben von ihrer jetzigen Situation weg. Alles, was sie von der jetzigen Situation wegbirgt, ist für sie besser als der gegenwärtige Zustand. Da ist die Frage des Zieles nicht so relevant.“

„Der Westen“, so fährt Busek fort, „träumt davon, daß die Polen für ihn besorgen sollen, was er eigentlich selber tun müßte. Nämlich daß die Polen sich in einem Sprung der Qualität plötzlich in Freiheit befinden, daß die Polen aus dem Warschauer Pakt ausstreten oder ihre Regierung erschießen. Das aber findet nicht statt, weil die Polen ihre Situation viel realistischer einschätzen als der Westen. Trotzdem haben die Polen mehr Hoffnung. Sie resignieren nicht so rasch wie der Westen.“

Der Westen solle nach Buseks Meinung über Polen „eine Art Friedenspolitik“ betreiben: Friedenspolitik

„nicht so sehr auf der Ebene der Regierungen, sondern auf der Ebene des Privaten und Persönlichen“. Busek formuliert das so: „Ich bin dafür, nach Polen zu fahren und dort zu reden – ein bißchen mit der Regierung und viel mit den Menschen, die zu solchen Gesprächen äußerst bereit und geradezu dankbar sind, wenn man diese Kontakte hält. Friedliche Friedensmarche nach Polen sind viel sinnvoller als Demonstrationen hier im Westen.“

Die katholische Kirche Polens ist, wie Busek sagt, „die polnische Identität“. Sie bilde eine Art Ersatz-Staat, betreue Behinderte, organisiere Umstellungskurse für Arbeiter, sei sie für die Menschen eine „politische Klammer“ und sie besäße die gleiche die Regierung. Die Kirche sei durch den Papst-Besuch noch stärker geworden. Interessanterweise sei aber auch Jaruzelski durch den Besuch gestärkt worden, weil er – nachdem er den Besuch gut überstanden und meisterte – im Ostblock mehr Spielraum gewonnen habe. Die Kirche sei nun auf der Suche nach einer „gesellschaftlichen Kraft“ – denn die Kirche wolle zwischen der Regierung und dieser gesellschaftlichen Kraft vermitteln, wolle aber nicht selber Dialogpartner sein. „Dies halte ich für ein sehr kluges Konzept.“

Polen sei gegenwärtig von seinen kommunistischen Nachbarn hermetisch isoliert. Die hermetischste Grenze, die es gegenwärtig gebe, sei die Grenze zwischen Polen und der DDR. Nicht viel anders sehe es an der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei aus – und die polnisch-sowjetische Grenze sei schon immer „abgeriegelt“ gewesen. Im Osten spielen, nach Buseks Auffassung, nationale Ressentiments noch immer eine große Rolle: Man sei dort mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs weniger fertig geworden als im Westen.

„Eines muß ich allerdings erwähnen“, sagt Busek am Ende seines politisch-philosophischen Gesprächs über Polen, „neben dem Dank für die Hilfe aus Österreich, hat die breite Hilfe aus der Bundesrepublik dazu geführt, daß die polnischen Ressentiments gegenüber den Deutschen ungeheuer reduziert wurden. Hier hat sich, ausgelöst durch die politische Situation in Polen, ein sehr wichtiger historischer Prozeß vollzogen.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einseitige Schuldzuweisung

Israel-Erklärung des Weltkirchenrates in Venedig; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Redaktion, diese einseitige und unausgewogene Anti-Israel-Erklärung wird für alle Betroffenen – Christen, Mohammedaner, Juden – unheilvolle Folgen haben und sich zu einem Verhängnis auswirken. Sie dient nicht der Überwindung verkrusteter Positionen, sondern wird im Gegenteil die Gegensätze verhärtet. Der Weltkirchenrat hat mit dieser pauschalen Kritik an Israel der Sache, im Nahen Osten ausgleichend zu wirken und Frieden zu stiften, einen schlechten Dienst erwiesen, der nicht einmal den eigenen kirchlichen Interessen zum Vorteil gereichen wird.

Diese Erklärung weckt bei mir und gewiß ebenso bei vielen anderen Juden das alte Mißtrauen, daß die Kirche in entscheidenden Situationen Judentum und Judenheit im Stich läßt. In Erinnerung an die jüngste Geschichte, in der das Versagen der Kirche angesichts der Verfolgungen der Juden ein düsteres Kapitel ausmacht, wird diese Kirche ethisch und moralisch ungläubwürdig, wenn sie jetzt gegenüber den überkonfessionellen Problemen im Nahen Osten von einer möglichen „kritiklosen Unterstützung Israels“ spricht und „das Schuldgefühl der Christen wegen des Schicksals der Juden“ relativiert.

Ich weiß nicht, welche deutschen Bischöfe dieser Erklärung zugestimmt haben, aber ihr Plakat wird als ein Schandmal in die Kirchengeschichte eingehen. Denn mit dieser Erklärung wurde eine von der Kirche aus selbstkritischer Einsicht prob-

mierte „Theologie nach Auschwitz“ desavouiert, die sich zur Aufgabe stellte, das am Judentum und an der Judenheit begangene Unrecht und den durch Christentum und Christenheit verursachten und geduldeten Holocaust durch eine faire Haltung im Geiste einer Vergangenheitsbewältigung gerecht zu werden.

Wer sich für die Grundrechte des palästinensischen Volkes einsetzt – dem uneingeschränkt zuzustimmen ist! – muß sich ebenso ausdrücklich für die Existenz und Grundrechte des von der arabischen Umwelt bedrohten israelischen Staates als *Conditio sine qua non* aussprechen. Dabei geht es nicht um „kritiklose Unterstützung Israels“, sondern um die Einsicht und Verantwortung angesichts politischer und überkonfessioneller Gegebenheiten und Zusammenhänge.

Die Frage stellt sich auch, warum der Weltkirchenrat schweigend zu der Zeit, als Ost-Jerusalem in arabischen Händen war, die Synagogen der Altstadt zerstört oder geschändet, den Juden der Zugang zu ihrem höchsten Heiligtum, der Klagemauer, verweigert und der uralte jüdische Friedhof auf dem Ölberg verwüstet wurde? Mit diesem Hinweis soll nicht Verdrängtes aufgerechnet werden, sondern allein zum Ausdruck kommen, daß mit einseitiger Schuldzuweisung in den hier anstehenden Problemen der Frieden und der Gerechtigkeit für alle Betroffenen nicht gedient ist.

Es grüßt Sie

Arie Goral
Hamburg 60

Zerstörtes Bildungsniveau

Die Wende der Bildungsniveaus hat nicht statt; WELT vom 28. August

Der bayerische Ministerpräsident vermag zu erwähnen, daß auf dem Bildungsbereich eine Wende noch nicht einmal in Ansätzen zu erkennen ist. Die anglistische Zerstörung der deutschen Bildungslandschaft durch die Einflußnahmen der Neuen Linken in der Pädagogik hatte ja als strategisches Ziel die Herstellung von Hunderttausenden von brotlosen „Akademikern“, um das revolutionäre Potential der Straße zur schleichenden Demontage des Staates dienstbar zu machen.

Parallel dazu lief die ungeheure volkswirtschaftliche Verschwendung von Steuergeldern für das mehrheitlich studienunfähige Abiturientenproletariat der reformierten Oberstufe der Gymnasien in Schule und Universität.

Wie sähe eine echte Wende aus? Nach der Wiederherstellung des fortschrittlichen Klassensystems wird in den Schulen knallhart auf Leistung geblinzt. 60 Prozent der verschleierten Realschüler an den Gymnasien werden wieder in die Realschulen geschickt, 80 Prozent der verschleierten Hauptschüler in den Realschulen werden wieder in die Hauptschulen geschickt. Diese Hauptschüler lernen wieder Rechnen, Lesen, Schreiben und Erzählen als Fundamente eines handwerklichen Berufsprofils. Dann können sie auch wieder die Arbeiten verrichten, zu denen sie sich heute zu fein sind und die man den ausländischen Arbeitnehmern überläßt. Die Kassen der öffentlichen Hände würden um erkleckliche Milliardenbeträge entlastet.

An den Gymnasien wird eine allgemeine Studienberechtigung als Abitur erteilt, eine fachbezogene Studienberechtigung als Matura den Schülern ermöglicht. So kann er mit der 11. Klasse die Fächer abwählen und ihnen fernbleiben, die er später

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Benachteiligung

Sehr geehrte Redaktion, die Kontroverse in den Regierungsparteien über die Kürzung des Mutterschaftsgeldes zeigt, daß man sich in Bonn doch noch mehr zusammenschließen muß. Hoffentlich dauert dies nicht zu lange, weil uns sonst nach der nächsten Wahl wohl wieder eine neue Regierung ins Haus stehen wird.

Befremdet hat mich in diesem Zusammenhang die Ablehnung des Vorschlages von Ministerpräsident Späth, wonach das Mutterschaftsgeld bei höheren Einkommen nicht mehr gezahlt werden soll, um es den Familien mit geringerem Einkommen in voller Höhe und während der ganzen Zeit zu belassen.

Sollten nicht überhaupt Leistungen des Staates, also Steuergelder, mehr an diejenigen gegeben werden, die diese wirklich benötigen, als eine Verteilung per Gießkanne vorzunehmen. Ein Beispiel mag hier das Kindergeld für das erste Kind in Höhe von DM 50,- monatlich sein, welches bei jedem Einkommen ausbezahlt wird. Mir ist bekannt, daß viele besser Verdienende gegen die Streichung dieser Leistung nichts einzuwenden hätten.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Pfau
Hamburg 65

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Dipl.-Ing. Max Gesch, Ehrenpräsident des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI), ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Damit werden nicht nur die Verdienste des früheren VBI-Präsidenten geehrt, sondern auch seine Tätigkeit für den Umweltschutz. Gesch ist seit 31 Jahren der einzige Sachverständige für Industrie-Schornsteinbau in Nordrhein-Westfalen.

Der österreichische Autor Gerhard Roth ist der diesjährige Empfänger des mit 15 000 Mark dotierten Alfred-Döblin-Preises. Roth erhält die 1979 von Günter Grass gestiftete Auszeichnung für sein Buch „Landläufiger Tod“.

VERÄNDERUNGEN

Marco Colombo, Botschafter an der italienischen Botschaft, zuständig für Politik und Presse, verläßt nach viereinhalbjähriger Tätigkeit Bonn. Am Empfang zur offiziellen Verabschiedung durch Botschafter

Luigi Vittorio Ferraris – Colombo geht als Gesandter nach Belgrad – nahmen Staatsminister Philipp Jenninger und Staatssekretär Lothar Roehl teil.

Dr. Günther Letschert, Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekbank, übergab wegen seines bevorstehenden Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute an Klaus Flachmann, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekbank.

GEBURTSTAG

Der Präses des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine, Günther Glatz, wird heute 60 Jahre alt. Glatz, der aus Breslau stammt, ist Leiter einer Sonderschule. Lange vor dem Aufkommen der Ökologie-Bewegung galt sein Interesse der Umweltpolitik. So war Glatz von 1970 bis 1978 als FDP-Bürgerschafts-abgeordneter Vorsitzender des Umweltausschusses im Hamburger

Würdigster Platz

Madonna von Stalingrad, eine Mahnung zum Frieden; WELT vom 27. August

Sehr geehrte Damen und Herren, Dank dem Verleger, Herrn Axel Springer, dem Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand, und der Gattin des WELT-Journalisten, Herrn Manfred R. Beer, für die Gestaltung der Feierstunde zur Übergabe der Kohlezeichnung der Madonna von Stalingrad in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.

Hier hat Dr. Reubers Werk den würdigsten Platz gefunden, und ich freue mich heute schon darauf, im Oktober mit mehreren Kameraden im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. die Originalzeichnung der Madonna von Stalingrad sehen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Joseph Plenge
Marsberg-Westheim

Idealer Kandidat

Sehr geehrte Redaktion, die Union sollte Richard von Weizsäcker als Regierenden Bürgermeister in Berlin lassen, wo er höchstnötig ist, und für den Bundespräsidenten endlich – was überfällig wäre – einen Mann aus der Schweserpartei vorschlagen. Wäre nicht Richard Stücklen, der ein hervorragender Bundesstaatspräsident war, ein würdiger Kandidat für das höchste Staatsamt, der zudem viele und große Sympathien aus der Bevölkerung auf sich vereinigt?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Binding,
Berlin

Spät kommt ihr

Die Wende der Bildungsniveaus hat nicht statt; WELT vom 28. August

In Ihrer Ausgabe vom 22. August bringen Sie eine Meldung darüber, daß Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) sich entschieden dafür eingesetzt habe, daß noch in dieser Bundestagsperiode die Steuerlast um mindestens 12-14 Milliarden Mark gesenkt werden müsse. Man muß hier sagen: „Spät kommt ihr, aber ihr kommt.“ Daß die Steuerlast so drückend geworden ist, ist mit ein wesentliches Verschulden der FDP, die mit der SPD in der sozial-liberalen Koalition die enormen Ausgaben und die Schulden beschlossen hat, die die Einkommen im Mutterleib noch verschulden.

Es wäre angebracht, daß Herr Lambsdorff sich nicht so sehr um das Ressort eines anderen Ministers kümmert, sondern um sein eigenes.

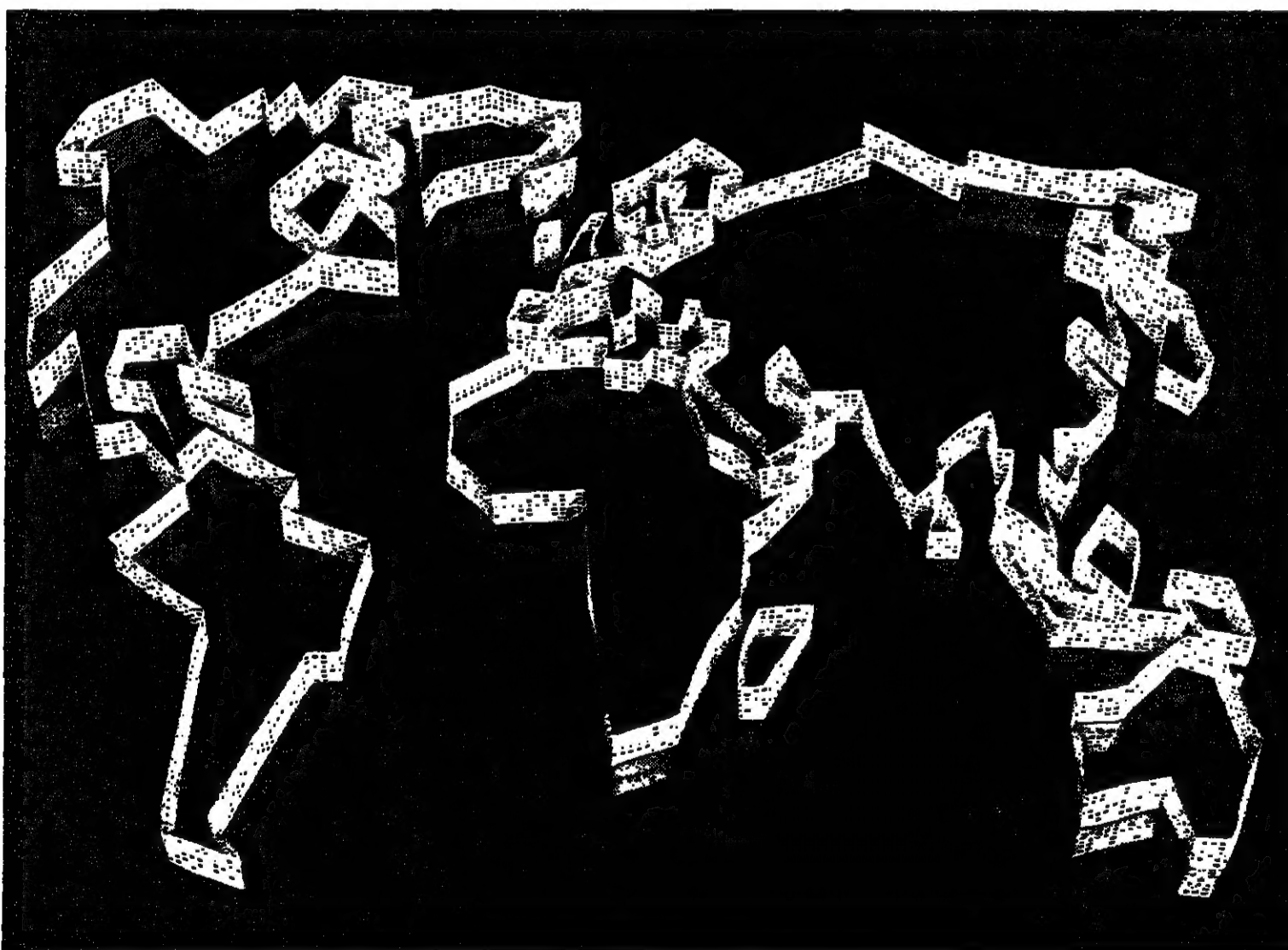
Mit freundlichen Grüßen

Anton Ott,
Augsburg

Wort des Tages

„Es ist eine Regel, daß diejenigen, die sich an das Wesentliche halten, ihren Zeitgenossen oft als unzeitgemäß und begeisterungsfähig erscheinen. Später wird dann allerdings die Rangordnung eine andere: Jene, die in allen Zwangsvorstellungen des Zeitalters aufgehen, gehören nun zu den Rhetoren, deren Rede verklungen ist, und einige Außenseiter, von wenigen bei Lebzeiten erkannt, sind nun die wirklich Lebendigen, nämlich jene, die auf das Dauernde gerichtet waren, die diesem Strom von Sucht und Wahn widerstanden.“

Carl Jacob Burckhardt, schweiz. Diplomat und Historiker (1861-1914)



107/AS 2 425

Weltweit.

Ihr 1-Minuten-Telex im Selbstwähldienst kostet rechnerisch:

in unserem Netz	
zum Nachtarif von 18-8 Uhr	13,33 Pf
tagsüber von 8-18 Uhr	
im Zentralvermittlungsbereich	40 Pf
im Weitverkehrsbereich	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern	80 Pf
zu den übrigen europäischen Ländern und Nordafrika	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien	3,30 DM
zu den anderen überseeischen Ländern	6,60 und 7,80 DM

Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Telexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Rundschreiben, Gebührenschriften, Kernwahl, Direktur usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post – Partner für Telekommunikation

Post

Telex – das ist blitzschneller Text-Dialog rund um den Erdball. Mit zur Zeit mehr als 1,4 Millionen Telexteilnehmern in aller Welt. Telex – das heißt auch: Deutliche Kostenersparnis gegenüber der herkömmlichen Korrespondenz. Untersuchungen besagen, daß bereits bei 3 abgehenden Fernschreibern pro Tag Kostenvorteile erreicht werden können.

Moderne Fernschreiber sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschinen. Sie arbeiten genauso leise und sollten zur Beschleunigung der Korrespondenz möglichst nahe beim Arbeitsplatz stehen. Und auch das ist gut zu wissen:

FUSSBALL

Konietzka dämpft jede Euphorie

DW. Krefeld
Grund zur Freude hätte er genug, aber der Mann, Neuling im Trainerge-
webe der Fußball-Bundesliga, bleibt
ernst bis zur Verbissenheit. Ich bin
nicht zum Lachen nach Uerdingen
gekommen. Ich bin nicht hier, um
den Clown abzugeben. So redet Ti-
mo Konietzka auch nach dem vierten
Spiel ohne Niederlage. Seine Mann-
schaft, Aufsteiger Bayer Uerdingen,
hat auch den 1. FC Kaiserslautern
besiegt (3:1).

Nach Udo Klug (Nürnberg), Bran-
ko Zebec (Frankfurt) und Ernst Hap-
pel (HSV) macht nun schon der vierte
Trainer vor dem Kollegen Konietzka
seine verbale Verbeugung. Dietrich
Weiser: „Dieser Neuling ist grandios.
7:1 Punkte sind ebenso sensationell
wie 14:7 Tore. Vor allem kämpferisch
hat uns Uerdingen in die Schranken
gewiesen. Die Verbissenheit im
Zweikampf gab den Ausschlag - da
können wir noch viel lernen.“

Konietzka ist so viel Lob fast schon
peinlich, er zwingt sich weiter zur
kühlen Reaktion und hofft, seine
Spieler würden ihn dabei zum Vor-
bild nehmen. Der Trainer jedenfalls
ist weit davon entfernt, die frühen
Siege zu genießen. Er sagt: „Ich muß
hart arbeiten. Ich betreue junge Män-
ner, die mit dem ganzen Drum und
Dran in ihrer Umgebung schnell aus-
flippen. Die muß ich auf dem Teppich
halten. Denn was sie gut ge-
macht haben, wissen sie sowieso, dar-
um muß ich ihnen sofort die Fehler
unter die Nase halten.“ Erst im Win-
ter, so Konietzka, „werden wir wis-
sen, wo wir wirklich stehen.“

So wird beim überraschend star-
ken Aufsteiger gesprochen, im Hin-
tergrund steht das Wissen darum,
was Friedhelm Funkel zum Ausdruck
bringt - so kann es ja nicht weiterge-
hen. Bei einem Anwärter auf den
Titel verfällt der Vereinspräsident ins
andere Extrem. Der 1. FC Köln liegt
nach der 0:1-Niederlage in Bremen
am Tabellenende, aber Peter Weiland
wirft sich in die Brust: „Ich bin stolz.
Wir kämpfen wieder.“

Da scheinen die Maßstäbe nicht
mehr ganz zu stimmen. Die Leistung
der Kölner war schwach, nur der
überwiegende Schmachter verhinderte
eine höhere Niederlage. Hannes
Löh, nach dem Abgang von Rinus
Michels Trainer und Manager gleich-
zeitig, blieb auch gar nichts anderes
übrig, als Durchhalteparolen zu ver-
breiten: „Wir müssen in Ruhe weiter-
arbeiten. Immerhin hat sich unsere
Abwehr als stabil erwiesen.“ Ein
schwacher Trost, der es rechtfertigt,
stolz zu sein?

ZWEITE LIGA

SCC Berlin - Hannover	2:0 (0:0)
Kassel - Schalke 04	0:2 (0:1)
Saarbrücken - Ulm 46	2:0 (1:0)
Wattenscheid - Darmstadt	1:1 (1:1)
Köln - Freiburg	3:1 (1:0)
Essen - Duisburg	0:0
Lüttichhausen - Osnabrück	0:0

1. Karlsruhe	63	30	14	5	93
2. Schalke	63	30	11	4	93
3. Kassel	64	30	14	7	94
4. Ulm	63	12	11	7	93
5. Duisburg	63	11	7	4	93
6. Freiburg	63	11	8	7	93
7. Aachen	63	11	5	4	93
8. Solingen	63	14	0	7	84
9. Osnabrück	63	11	4	5	84
10. Essen	62	2	2	8	66
11. Köln	62	23	14	15	68
12. Saarbrücken	62	23	7	9	66
13. Darmstadt	62	23	7	10	66
14. Charlottenburg	62	13	17	8	77
15. Hertha	62	12	11	10	66
16. Wattenscheid	60	4	2	5	43
17. Oberhausen	51	13	10	11	37
18. Stuttgart	50	3	2	4	37
19. Hannover	50	3	3	4	33
20. Lüttichhausen	50	3	3	2	28



Flucht im Würzburger Boot. Und dennoch sagt Bundestrainer Peter Schmidt: „Keine Gegenwehr, kaum Kampf.“ FOTO: AP

RUDERN / Weltmeisterschaft in Duisburg - Gründe für das Versagen des Paradebootes

Ein Leck ist im Achter - Schlimmes Debakel nach langem Streit der Trainer und Funktionäre

MARCUS BERG, Duisburg
„Was mich sprachlos macht, ist
nicht die Tatsache, daß wir ausge-
schieden sind, sondern wie wir ge-
scheitert sind. Keine Gegenwehr,
kaum Kampf.“ Peter Schmidt, gemein-
sam mit Rainer Kleinschmidt verant-
wortlich für den deutschen
Verbandsachter, war fassungslos.
Fassungslos, weil die Ruderer aus
Kassel, Hannover, Karlsruhe, Essen,
Dortmund, Barmen und Berlin im
Hoffnungslauf der Weltmeisterschaft
mit vier Längen Rückstand auf
die Sieger aus Neuseeland ins Ziel
gekommen waren und damit das Fi-
nale verpaßt hatten.

Woran lag es? In der „Sport-Il-
lustrierten“ schrieb Moritz von Grod-
deck, 1960 Olympiasieger im Achter:
„Der Deutsche Ruder-Verband pro-
duziert mit Sicherheit die größte An-
zahl guter Ruderer in der Welt. Aber
das Zusammenspiel der Kräfte ohne
Alleingänge, Scheingänge, Rivalität,
wie es der Schriftsteller Rudolf
Hagelstange einmal nannte, wird
hierzulande nicht mehr auf den Ach-
ter gelenkt. Auf niedrigem Niveau
kultivieren Pseudo-Starttrainer mit
Pseudo-Starrern ihre Pseudo-
Spitzenstellung. Ohne die Besessen-
heit, die auch heute noch im Sport
Berger versetzen kann.“

Matthias Schuhmann, Weltmeister
1978 im „DDR“-Achter und nach sei-

ner Flucht im Würzburger Boot ru-
dernd, stellte in Duisburg fest: „Wäh-
rend wir uns untereinander aufgerie-
ben haben, haben die anderen Län-
der sich auf die Weltmeisterschaft
konzentriert. Dort hat man sich über
unser Theater wohl totgelacht.“

Das Theater: Weil die Ruderer aus
Würzburg („Bayern-Express“) und
aus Osnabrück die Zusammenarbeit
mit Kleinschmidt und Schmidt ver-
weigerten, mußte ein anderer Ver-
bandsachter gebastelt werden. Das
geschah in diesem Frühjahr. Vor sie-
ben Wochen in Luzern schlug dieses
Boot die Würzburger und fuhr sogar
in Tüchtigkeit zum „DDR“-Achter.
Peter Schmidt, ein Schüler des ver-
storbenen Karl Adams und mittlere-
weile einer der besten Achter-Trainer
der Welt, schien wieder einmal gute
Arbeit geleistet zu haben. Doch Peter
Schmidt, der die deutschen Nach-
wuchs-Achter schon dreimal zu Ju-
nioren-Weltmeistertiteln führte,
konnte unter der Leitung des frühe-
ren Jura-Studenten Rainer Klein-
schmidt nicht immer so arbeiten wie
er wollte. Schmidt, nach einer andau-
ernden persönlichen Krise im vori-
gen Jahr psychisch angeknackst,
stand im Schatten Kleinschmidts,
dessen Führungsqualitäten im Ver-
band umstritten sind.

Dafür dieses Beispiel: Vor vier Wo-
chen fuhr man ins Höhenlager nach

St. Moritz. Da stellte Kleinschmidt
auf einmal fest, daß ihm jemand jene
aufbauenden Elektrolyte-Getränke
gestohlen hatte, die er an die Ruderer
verabreichen wollte. Anstatt die Ath-
leten zur Red- zu stellen, besorgte
sich der leitende Bundestrainer
Kleinschmidt einen Nachschlüssel
und durchsuchte heimlich die Hotel-
zimmer der Ruderer. Als das heraus-
kam, war das ohnehin gespannte Ver-
hältnis zwischen Trainer und Athle-
ten gestört.

Es wurde noch mehr gestört, als
Kleinschmidt sechs Tage vor Beginn
der Weltmeisterschaft den einge-
spielten Schlagmann Holger Piontek
durch den Essener Georg Bauer er-
setzte. Pionteks Leistungen waren
urplötzlich abgefallen - nun sollen
die Ärzte herausfinden, woran es lag.

Rund 100 000 Mark wurde für die
Achter-Vorbereitung bisher in dieser
Saison ausgegeben - eine Fehl-in-
vestition. Vielleicht so argumentieren
Kritiker der Personalpolitik des Ver-
bandes sarkastisch, klappt es mit den
Bundestrainern nach deren Besuch
eines Fortbildungslehrganges im Ok-
tober in Prag künftig besser. Denn im
Höhenlagerlager von St. Moritz
wurde beobachtet, daß der nun ge-
scheiterte Achter allenfalls die Hälfte
des einstigen Trainingsprogramms
von Karl Adams absolvierte. Geschah
das, weil die Athleten ohnehin nicht

höher belastbar sind? Oder geschah
es, weil die Trainer sich nicht durch-
setzen konnten?

Von Medaillen und vom olympi-
schen Finale im nächsten Jahr in Los
Angeles haben sie aber alle trotzdem
schon geträumt. Ihre Berufe wollten
sie aufgeben, sich als Studenten ein-
schreiben lassen, um möglichst oft
rudern zu können. Die Sporthilfe
würde es ihnen finanziell schon rich-
ten, schließlich befänden sie sich
längst im Kielwasser der einst so
erfolgreichen deutschen Achter, die
zwischen 1959 und 1968 unter Karl
Adams Leitung neun Goldmedaillen
gewannen. John F. Kennedy lud da-
mals die deutschen Ruderer ins Wei-
ße Haus ein. Der Präsident sagte:
„Ich wollte die Männer kennenlernen,
die den Achter meiner Universi-
tät Harvard bei den Weltmeis-
terschaften bezwungen haben.“

Das war vor 21 Jahren. Inzwischen
ist aus der einstigen deutschen Ach-
ter-Herrlichkeit ein sinkendes Boot
geworden. Den Ruderern ist dabei
noch nicht einmal ein allzu großer
Vorwurf zu machen, wohl aber der
Verbandsleitung, die ihre Personal-
politik nicht in den Griff bekommt.
Nun soll endlich mal alles wieder
anders werden. Von Zusammen-
arbeit mit den Klubtrainern wurde
nach der verheerenden Niederlage in
Duisburg gesprochen.

STANDPUNKT

Gericht und Amateure

Was Spatzen von den Dächern
pfeifen, weiß jeder brave Sport-
funktionär - er hört nur nicht hin,
wenn der lästige Gesang an seiner
heilen Welt kratzt. Die drei Affen -
nichts hören, nichts sehen, nichts sa-
gen - sind oft genug Wappentiere von
Verbänden, bei denen ehrenwerte
Statuten aus abgelegter Zeit nicht
mehr der Wirklichkeit entsprechen.
Nur das verhindert eben nicht, daß
dann andere Instanzen noch genauer
hineinschauen, zuhören - und dann Ur-
teile sprechen.

Die fünfte Kammer des Arbeitsge-
richtes Frankfurt hat es jetzt getan.
Sie verurteilte den Spieler Armin
Klara zur Rückerstattung von 5000
Mark. Das ist die Hälfte eines Hand-
geldes, das ihm drei Mäzene gezahlt
haben, damit er für den Kreisliga-
verein (I) SV Schmitt-Hattstein
(Hochtaunuskreis) künftig gegen den
Ball tritt.

10 000 Mark Handgeld für einen
Kreisliga-Spieler: Der Verein weiß,
daß er das nach den Statuten nicht
bezahlen darf. Amateur Klara, der
schon bei Wacker Innsbruck und
beim US-Profilklub Houston Hurri-
cans Geld verdiente, weiß, daß er das
gar nicht annehmen darf. Nur die
Geldgeber, Geschäftsleute, die Wer-
bung betreiben oder ihr persönliches
Ansehen in der Gemeinde mit Hilfe
des Fußballs heben wollen, begriffen
hier nicht, daß ein Geschäft im Ama-
teursport nur einseitiges Bezahlen
bedeuten soll. Sie klagten, weil Klara
während eines Spiels ohne ersichtli-
chen Grund den Platz verlassen und
erst zwei Tage später ein Attest über
eine Knieverletzung vorgelegt hatte.
Das Arbeitsgericht gab ihnen recht
und bemerkte in seiner Urteilsbe-
gründung, der Spieler habe das Ver-
trauen der Sponsoren enttäuscht.

Was nun? Der Hessische Fußball-
Verband will jetzt den Verein bestra-
fen. Geschäftsführer Helmut Walter
sagt: „Wir dürfen nicht die Augen
verschließen, wenn solche Dinge be-
kannt werden.“ Scheinheilige Empö-
rung, mehr nicht. Sie wissen ja alle,
das für Geld gespielt wird. Nur, wel-
cher Funktionär hört schon darauf,
was Spatzen von den Dächern pfei-
fen ...

NACHRICHTEN

Neuer Ehrenpreis des IOC

Düsseldorf (sid) - Der Präsident des
Internationalen Olympischen Komitees
(IOC), Juan Antonio Samaranch,
hat einen sportwissenschaftlichen
Preis gestiftet, der alle zwei Jahre
verliehen werden soll. Er ist mit 5000
Dollar dotiert.

Tennis: Hanika nur schwach

New York (dpa) - Silvia Hanika
(Berlin) hat sich in der ersten Runde
der Internationalen Tennis-Meister-
schaften der USA in Flushing Meadows
erst nach heftigem Kampf gegen die
17jährige Larissa Sawchenko
(UdSSR) durchsetzen können: 6:3, 5:7,
6:4.

Berit Walz zurückgefallen

Göteborg (dpa) - Bei der Weltmeis-
terschaft der Modernen Fünfkämpfer-
innen in Göteborg (Schweden) gab es
für die deutsche Mannschaft beim 200-
m-Freistil-Schwimmen nur mäßige
Resultate. In der Einzelwertung fiel
Berit Walz deshalb vom zweiten auf
den dritten Platz zurück. Sabine Krapf
ist jetzt Vierte. In der Mannschafts-
wertung rangiert Deutschland nun auf
Rang vier.

Gegen den englischen Meister

Basel (sid) - Der THW Kiel muß in
der Qualifikationsrunde des Hand-
ball-Europapokals 1983/84 gegen den
englischen Meister Kilbridge Bright-
on antreten. Die übrigen deutschen
Mannschaften VfL Gummersbach
(Meisterwettbewerb), TuSEM Essen
(Pokalsieger) und TV Großwallstadt
(IHF-Pokal) wurden gesetzt.



TENNIS

Meisterschaften der USA in Flushing Meadows, Herren, 1. Runde: Connors (USA) - Krishnan (Indien) 6:2, 6:4, 3:6, 6:2; McEnroe - Wankke (beide USA) 6:3, 5:7, 4:6, 6:1; Higuera (Spanien) - Anger (USA) 6:4, 6:4, 6:2; Vilas (Argentinien) - Edwards (Südafrika) 6:2, 6:2, 6:2; Damen, 1. Runde: Jäger - Nagelsen (beide USA) 6:0, 6:2; Wade (England) - Jollissaint (Schweiz) 6:3, 6:1; Mandlikova (CSSR) - Yegorina (USA) 6:0, 6:3.

FUSSBALL

Junioren-Länderspiel (U 17): Deutschland - Frankreich 1:3.

GALOPP / Internationale Woche Baden-Baden

Zukunfts-Rennen: Viel Geld, nur zwei deutsche Starter

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden
Mit 102 000 Mark (80 000 Mark dem
Sieger) ist das Zukunfts-Rennen von
Iffezheim das höchstdotierte Rennen
für zweijährige Galopper in Deutsch-
land. Man sollte meinen, der Drang
der Trainer, Besitzer und Jockeys zu
dieser Geldquelle sei riesengroß. Von
3233 Pferden, die 1982 an den Start
gingen, waren immerhin 441 im noch
zarten Alter von zwei Jahren.

Im Zukunfts-Rennen, das morgen
um 16.35 Uhr gestartet wird, laufen
fünf Pferde. Drei werden von Train-
ern aus England gesattelt, nur zwei
kommen aus Deutschland. Cham-
piontrainer Heinz Jentzsch schickt
die Stute La Colorado aus dem Ge-
stüt Fahrhof ins Rennen. Der in Iffez-
heim ansässige ungarische Trainer
Ervin Simko bietet mit Celeste eine
Stute auf, die bislang noch ohne Sieg
ist. Man hat den Eindruck, sie läuft,
um dem Veranstalter einen Gefallen
zu tun.

Immer wieder hat die Besitzver-

einigung die Abhaltung zahlreicher
Rennen für Zweijährige von den
Rennvereinen verlangt. Die Manager
der Vereine fürchten sie: wenig Star-
ter, entsprechend wenig Umsatz am
Toto-Schalter. In Iffezheim wird das
Rennen von der Champagnerfirma
Moët & Chandon gesponsert, das ver-
kleinert das finanzielle Risiko des
Veranstalters, ändert das Problem
aber nicht.

Die Siegesserie der Pferde aus Eng-
land setzte sich am Dienstag auch im
Oettingen-Rennen (Europa-Gruppe
III, 90 000 Mark, 50 000 Mark dem
Sieger, 1800 Meter) fort. Der Engländer
Drumalis mit Jockey John Mat-
thias siegte vor Lofly mit Paul Cook
und dem besten deutschen Pferd So-
larstern mit Lutz Mäder.

Heißer Favorit im Großen Preis
von Baden (300 000 Mark) am Son-
ntag ist Diamond Shoal aus England,
den Steve Cauthen reitet. Cauthen
war 1977 in den USA Sportler des
Jahres, seit vier Jahren reitet er er-
folgreich in England.

Von einem, der mit Borg spielte ...

Für die Fotografen - sie sind
wichtig, wo immer er auch auf-
taucht - setzte er sich in einen alten
Bugatti, Oldtimer im Oldtimer, das
ist werbetreibend. Oder darf Björn
Borg, Frührentner zwar, Wohnsitz
Monaco, aber erst 27 Jahre alt, über-
haupt Oldtimer genannt werden?
Es ist ja alles noch so frisch: Fünf-
mal hintereinander Sieger in Wim-
bledon, Inbegriff des modernen
Tennisports schlechthin, trotz
Connors, trotz McEnroe, trotz Noah
und allen Sternschnuppen wie Mats
Wilander, seinem Landsmann.

Björn Borg, der Superstar,
schlägt immer noch gegen den Ball.
Wie es seine Werbeverträge vor-
schreiben. Es ist rührend und trau-
rig zugleich, wie er - diesmal in
Köln - Kunden seiner Schlägerfir-
ma für ein paar Ballwechsel zur
Verfügung stellt. Diesen Kunden
soll ein neues Racket schmuckhaft
gemacht werden.

Ein nüchterner Geschäftsvor-
gang mit einem Weltstar als Ga-
lionsfigur - ein alltäglicher Vor-
gang. Und doch viel mehr, weil da,
auf der anderen Seite des Netzes,
Björn Borg steht.

Ich habe mich dazwischenge-
schummelt, als Nummer stehen auf
der langen Liste derjenigen, die mit
Borg spielen dürfen. Zehn Minu-
ten lang für jeden, hatte der Organi-
sator gesagt.

Da stehe ich nun in der Halle und
warte, wippe von einem Fuß auf
den anderen, kann immer noch
nicht ganz fassen, was geschehen
soll: Hier ich, Hobbyspieler wie Mil-
lionen andere auch, dort Björn
Borg, Legende schon zu Lebzeiten.
Wir beide werden Tennis spielen ...
Die Wartezeit ist lang. Immer wie-
der sage ich mir - Ort und Anlaß
des Ereignisses sind für mich un-
wichtig geworden - immer wieder
sage ich mir: Gleich muß es soweit
sein, da muß du parat sein. Warm
dich auf. Die Fehler, die dir beim
Aufwärmen unterlaufen, machst du
nicht mehr, wenn dir Björn Borg
gegenübersteht. Blödsinn. Als hätte
ich mit meinem besten Schlag eine
Chance gegen seinen Schwächsten.
Aber so ist es, der Vorstand sagt
Werbespieler, das Gefühl ist nur
auf den Sport gerichtet und auf
einen der größten Athleten aller
Zeiten. Das strengt an.

Ich bin dran, gehe auf das Spiel-
feld, mit weichen Knien, einem
trockenen, fürchterlich kratzenden
Hals. Mir gegenüber, nur durch das
Netz getrennt, steht Björn Borg.
Ohne Bart, den er sich immer in
Wimbledon wachsen ließ. Aber das
Stirnband hält immer noch seine
zotteligen Haare zusammen. Die
Erinnerungen an Fernseh- und
Fotos sind noch so frisch. Wirklich
schon Oldtimer?

Mit einem leichten Heben des
Kopfes bedeutet er mir anzufangen.
Ich versuche einen Aufschlag, glau-
be, der Ball landet in Björn Borgs
Feld. Er geht ins Netz. Der zweite
Ball tropfend ins Seitenaus. Björn
Borg verlangt wortlos ernst - lä-
cheln tut er nur bei Bällen, die er
selbst verschlägt, was selten vor-
kommt - einen dritten Versuch.
Dann entstand so etwas wie ein
Ballwechsel ...

Als ich alle Bälle, seine wie mei-
ne, verschlagen hatte, treffen wir
uns am Netz. Da spricht er mich an.
Ich müsse mit meinem Schläger
viel früher ausholen, wenn der Ball
die Netzkante passiere. Ich nickte
schüchtern zurück und kann dann
nicht mehr überprüfen, welcher guter
Trainer Björn Borg ist. Ich muß
vom Feld, der nächste ist dran.
Borg schüttelt mir noch die Hand,
ich entweiche wieder in die An-
onymität, in der Borg wohl nie le-
ben wird.

Einer von Borgs Partnern an die-
sem Tag sagt unter der Dusche:
„Ich bin seit 6.30 Uhr unterwegs,
fünf Stunden von Ulm aus. Ich
würde's noch mal machen. Auch bei
größerer Entfernung.“

Bei mir, so schön es war, gibt's
Wehmut: Björn Borg, nur noch
tauglich für Werbespielen mit
Leuten wie mir ...

ULRICH SCHMIDLA

IAA'83

Die neuen Autos...

Großer Sonderteil

9 Sept. 1983 5,- DM

rallye racing

magazin für auto + sport

Piquet war der große Pechvogel

27 Sonderseiten

IAA

Mehr PS im Porsche 928 und Carrera

Der Golf Nachfolger im Führer

Die neuen von Audi: B6 und B7

Audi Quattro: Der 100 Sport: 100 PS, 100 km/h in 10 Sekunden

Das IAA-Heft ist ab sofort bei Ihrem Zeitschriften-Händler und an vielen Tankstellen. DM 5,-

Kirchen-Appell an Kohl und Honecker

DW. Bonn
In einer gemeinsamen Erklärung haben die evangelischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR an die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin appelliert, gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf eine Lösung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen zu drängen.

In einem heute in Hannover und Ost-Berlin veröffentlichten Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl und an den „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker sprechen sich die Kirchenleitungen Evangelischer Kirchen in der DDR und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Eduard Lohse, indirekt gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa sowie für Abrüstungsschritte der Sowjetunion aus. Die „durch Abrüstung frei werdenden Mittel und Kräfte in Ost und West“ sollten „für die Beseitigung oder wenigstens Linderung des Hungers von Millionen Menschen in vielen Ländern zur Verfügung“ gestellt werden. Kohl und Honecker werden „auf das dringlichste“ gebeten, sich „im Rahmen des jeweiligen Bündnisystems mit aller Kraft“ für eine Verhandlungslösung einzusetzen, durch die eine „spürbare Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme“ erreicht wird.

DGB-Gespräch mit Bundesregierung

dpa, Düsseldorf
Der DGB und die Bundesregierung haben zu Fragen der Wirtschaftspolitik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit offenbar weiterhin unterschiedliche Auffassungen. Nach einem Gespräch, an dem bei Bundeskanzler Helmut Kohl auf Regierungsebene die Minister Otto Graf Lambsdorff, Gerhard Stoltenberg, Friedrich Zimmermann, Norbert Blüm und Werner Dollinger teilnahmen, verlautete aus DGB-Kreisen, es habe sich nichts bewegt. Gewerkschafter begrüßten jedoch das Gespräch, weil man ohne Schärfe in aller Offenheit und Klarheit miteinander geredet habe. Für den 21. November ist ein weiteres Treffen, auf DGB-Seite in anderer Besetzung, vorgesehen.

USA begrüßen Aufschub des Teilrückzugs

Wieder schwere Kämpfe in Beirut / Armee setzt Panzer ein

DW. Washington/Beirut
Mit Erleichterung hat Washington auf die Bereitschaft Israels reagiert, den Truppenrückzug aus den Schuf-Bergen bei Beirut um einige Tage zu verschieben. Gestern ging die libanesische Armee mit etwa 10 000 Soldaten unter heftigen Feuergefechten gegen die linksgerichteten moslemischen Milizen in Beirut vor.

Die israelische Armee hatte ursprünglich zu Beginn der Woche mit dem Rückzug auf eine Linie 40 Kilometer südlich von Beirut entlang des Awali-Flusses beginnen wollen. Der Aufschub des israelischen Rückzugs soll der libanesischen Regierung Zeit geben, mit den Drusen- und Schilitenführern eine Regelung über die zukünftigen Verhältnisse in den Schuf-Bergen auszuhandeln. Israels Premierminister Begin hatte, in einer Begegnung mit US-Sonderbotschafter McFarlane, in die Bitte von US-Präsident Reagan um Aufschub des israelischen Rückzugs eingewilligt.

Nach schweren Gefechten in Beirut, die die ganze Nacht andauerten, hatte die libanesische Armee die Menschen in den betreffenden Bezirken aufgefordert, die Schutzkunker aufzusuchen. In einer Erklärung, die im Rundfunk verlesen wurde, hieß

es, alle bewaffneten Männer würden ohne Warnung erschossen. Die schwersten Kämpfe fanden an der früheren „Grünen Linie“ statt, die das christliche Ost-Beirut vom moslemischen Westteil der Stadt trennte. Bewohner Ost-Beiruts berichteten, daß die Armee zur Unterstützung ihrer Truppen auch Panzer einsetzte. Der Rundfunksender der Falangisten meldete, bei den Kämpfen sei ein Kind ums Leben gekommen, 20 Menschen seien verwundet worden. Auch die amerikanischen, französischen und britischen Soldaten der internationalen Friedenstruppe lagen erneut unter Beschuß.

Nach Auskunft des französischen Verteidigungsministeriums wurden am Dienstag vier französische Soldaten der internationalen Friedenstruppe sowie ein Mitglied der paramilitärischen Polizei CRS bei Gefechten am Gebäude der libanesischen Botschaft getötet. Radio Beirut berichtete gestern, in der nordlibanesischen Stadt Tripoli seien zehn Personen getötet worden. Tripoli steht unter der Kontrolle syrischer Truppen, doch operieren dort auch linksgerichtete moslemische Kämpfer, die gegen die syrische Armee vorgehen.

Seite 2: Zögern mit Blut bezahlt

Nicht Altar gegen Altar

Bischof Moser zur Friedensdebatte in der Kirche

DW. Stuttgart
Der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser, hat an die Katholiken appelliert, im Streit um die Nachrüstung Gottesdienste nicht zu politischen Aktionen zu mißbrauchen. In einem Beitrag für die katholische Nachrichten-Agentur KNA schrieb Moser, es dürfe „niemals Altar gegen Altar gehandelt werden“. Gott für die eigenen Interessen zu gebrauchen zu wollen, „bedeutet ihn mißbrauchen“. Die Vater-unsere-Bitte „Dein Wille geschehe“ sei wesentlich, unverzichtbarer Grundzug jedes Gottesdienstes, „auch für den, der sich in einem Akt der Mitverantwortung im Bittgebet an Gott wendet“.

Der Bischof erinnerte an Berichte, wonach im Ersten Weltkrieg französische und deutsche Gemeinden in die Liturgie jeweils ihre politischen In-

teressen eingebracht und Gott dafür um seinen Segen gebeten hätten. Angesichts des heutigen Verhältnisses zwischen diesen beiden Völkern erscheine eine solche Haltung als absurd. Moser: „Und doch besteht heutzutage im eigenen Land und Volk die Gefahr, Ähnliches zu wiederholen. Auch in der heutigen politischen Auseinandersetzung dürfen Gottesdienste nicht zu Demonstrationen einseitiger Willensbildungen umfunktioniert und verzerrt werden.“ Das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ mache deutlich, daß in Fragen des Friedens unterschiedliche Urteile und Wege denkbar seien. „Nicht zur Diskussion stehen darf allerdings das Ziel: Erhalt und Wiederherstellung des Friedens.“ Moser war früher Präsident des deutschen Zweiges von „Pax Christi“.

Luftpiraten geben in Teheran auf

dpa/SAD, Teheran/Paris

Die vier arabischen Luftpiraten, die seit Sonntag eine Maschine der Air France auf dem Teheraner Flughafen Mehrabad festhielten, haben gestern nachmittags aufgegeben und um politische Asyl in Frankreich gebittet. Ihre letzte noch 15 Geiseln blieben unverletzt, wurden aber zur ärztlichen Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht. Maschiert und mit Sonnenbrillen getarnt, verließen die vier Männer die Boeing 727, feuerten mit ihren Waffen in die Luft und gaben am Fuß der Gangway eine kurze Pressekonferenz. Zuvor hatten sie mit zwei moslemischen Geistlichen verhandelt.

Die vier Entführer, deren Identität gestern noch immer nicht feststand, hatten die Maschine mit 111 Passagieren am vergangenen Samstag auf dem Flug von Wien nach Paris in ihre Gewalt gebracht und zur Landung im Mehrabad gezwungen, wo sie 37 Passagiere freiließen. Nach dem erneuten Start kreuzte die Maschine stundenlang über dem Mittelmeer, bis sie am späten Samstagabend in sizilianische Catania landete. Dort wurde die Mehrheit der Reisenden von Bord gehen. Nach einer weiteren Zwischenlandung in Damaskus setzte die Maschine dann am Sonntag nachmittags trotz Verbots in Teheran auf.

In mehreren Ultimaten verlangten die Entführer von Frankreich die Freilassung inhaftierter Araber und die Einstellung der französischen Hilfe für Irak, Libanon und Tschad. Am Dienstag zogen die iranischen Behörden eine bereits erteilte Startlaubnis zurück, als die Luftpiraten ankündigten, sie würden die Maschine mit den noch verbliebenen Geiseln im irakischen Luftraum sprengen.

Einige der Passagiere, die in Catania freigelassen worden waren, wollen auf Fotos in einem der vier Flugzeugentführer den palästinensischen Terroristen al Charif erkannt haben. Er hätte vor acht Jahren auf dem Pariser Flughafen Orly auf eine gerade startende Passagiermaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al geschossen. Der Schütze sowie zwei Komplizen nahmen nach Eingreifen der Polizei mehrere Geiseln. Diese aber nach langen Verhandlungen wieder frei. Alle drei durften später unbefolgt nach Irak ausfliegen. Der damalige Innenminister Michel Poniatowski wurde seinerzeit heftig wegen der Konzeptionen an die drei Terroristen kritisiert. Al Charif soll einer PLO-Gruppe angehört haben.

Kardinal widerlegt das Dementi Prags

Brief an CSSR-Kirchenamt in Bonn veröffentlicht

DW. Bonn

Der Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek hat die Darstellung der tschechoslowakischen Führung widerlegt, wonach es keine Proteste seitens des Erzbischofs gegen Unterdrückung der Religion und Diskriminierung der katholischen Kirche gegeben habe. Kardinal Tomasek wendete sich jetzt direkt an die katholische Nachrichten-Agentur in Bonn und übermittelte ihr den Text eines Protestschreibens an den Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Prag, Vladimir Janku. Zuvor hatte bereits die österreichische Agentur Kathpress ausführlich über den Brief berichtet (WELT vom 26. August).

Der Kardinal schrieb an Janku unter anderem: „Im Jahr 1984 wurde ein Rundschreiben des Innenministeriums, das die öffentliche Evidenz über konfessionellen Zugehörigkeit aufhebt, veröffentlicht. In der Praxis wird diese Anordnung jedoch systematisch gebrochen. In den Schulen und auf den Arbeitsplätzen herrscht dauernd religiöse Diskriminierung – im Gegensatz zu allen internationalen Vereinbarungen und der tschechoslowakischen Verfassung. Die Diskriminierungsmentalität hat sich in den

breiten Volksschichten bereits dermaßen eingebürgert, daß viele Eltern schon im Voraus die Hoffnung aufgeben, ihre Kinder dürften einmal studieren; andererseits staunt man offen über die „Freiheit“ auch der hervorragenden Studenten, die sich zum Studium an der Hochschule melden und dabei in die Kirche gehen.“

Für den einfachen Bürger bleibt also die Religionsfreiheit bei uns ein Problem. Wie kann es Religionsfreiheit geben, wenn die höchsten offiziellen Stellen zwar versichern, den Gläubigen für ihre gewissenhafte Arbeit Anerkennung auszusprechen, gleichzeitig aber versichern, ausdauernd und mit allen Mitteln gegen die Religion zu kämpfen? ... Die Gläubigen haben viele Erfahrungen mit den offiziellen Stellen, die Gesetze und internationale Abkommen in verschiedenen Rundschreiben eigenwillig auslegen, geheimnissvoll Bedingungen, denen X.Y. nicht entspricht, bestimmen und so weiter. So sind wir künstlich außerhalb des Rechtes und gegen das Gesetz gestellt. In dem Brief heißt es weiter, was die Kirche am meisten schmerze, sei, daß sie den Menschen bei ihrer Suche nach voller menschlicher Identität nicht dienen dürfe.

Mord in Chile verurteilt

Regierung will „Marsch zur Demokratie“ fortsetzen

DW. Santiago de Chile

Die chilenische Regierung ist entschlossen, trotz des Mordes an dem Gouverneur von Santiago, General Urzua, an ihrer Absicht, eine „demokratische Öffnung“ festzuhalten. Die Regierung Pinochets erklärte, die Rückkehr zu demokratischen Institutionen in Chile dürfe nicht durch Terrorismus gestoppt werden. Ihr Sprecher sagte, die Regierung werde bei ihrem „Vormarsch auf die völlige Demokratie, die von der großen Mehrheit der Chilenen gewünscht wird, nicht weichen“. Innenminister Sergio Onofre Jarra sagte, das Attentat zielt auf den Abbruch der Bestrebungen zu einer Rückkehr zur Demokratie ab. Die Regierung sei jedoch entschlossen, ihre Politik einer demokratischen Öffnung fortzusetzen.

Die chilenischen Bischöfe haben in einem öffentlichen Aufruf ihre

Landsleute nach der Ermordung General Urzuas zur „Mäßigung und Einsicht“ aufgerufen. Der Mordanschlag auf den General sei eine kriminelle Tat und ein Rückschlag für alle gewesen, die bemüht seien, „dem Land den Frieden wiederzugeben“, hieß es in der Bekanntmachung.

Zu dem Mord an General Urzua, seinem Fahrer und seinem Leibwächter bekannte sich inzwischen die linksgerichtete Untergrundorganisation „MIR“. In einem Kommuniqué der „MIR“ hieß es, General Urzua sei „hingerichtet“ worden. Gleichzeitig kündigte „MIR“ einen „Volkskrieg gegen das Militärregime als Vergeltung für die Taten bei den jüngsten schweren Zusammenstößen in Santiago zwischen Demonstranten und Militär an. Beim letzten „nationalen Protesttag“ waren in Santiago 24 Menschen ums Leben gekommen.

Genscher: FDP hat wieder Tritt gefaßt

hey, Bonn

Die FDP hat nach den Worten ihres Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher wieder Tritt gefaßt. In einer Bilanz ein halbes Jahr nach den Neuwahlen meinte er gestern in Bonn, der „Prozeß der Konsolidierung“ seiner Partei nach den monatelangen Richtungskämpfen wegen des Koalitionswechsels sei überstanden. Jetzt sei wieder ein „aufsteigender Trend“ zu erkennen. Diese positive Entwicklung sei auch auf den Generationswechsel in der Spitze ethischer Landesverbände zurückzuführen.

Vor Journalisten betonte Genscher ausdrücklich den Willen, in der Innen- und Außenpolitik „im Schulterschluss“ mit der Union den Wählerwillen zu erfüllen. Einem „kurzzeitigen Taktieren“ erteile er gleichzeitig eine Absage.

Der FDP-Vorsitzende äußerte weiter die Erwartung, daß in diesem und im nächsten Jahr das Konsolidierungsziel bei den öffentlichen Haushalten erreicht werde. Dieser Prozeß müsse aber auch darüber hinaus fortgesetzt werden. Gerade angesichts der leeren Kasse gebe es jetzt die Chance, notwendige Reformen einzuleiten. So müsse die Bürokratisierung zurückgedrängt werden. Außerdem müsse eine „Leistungsbeurteilung“ zum Beispiel durch die Steuerprogression abgebaut werden.

Kohl schreibt an Hungerstreikende

hey, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat drei Mitglieder der Aktion „Fasten für das Leben“, die eine atomare Abrüstung erzwingen wollen, zur Beendigung ihres Anfang des Monats begonnenen unbefristeten Hungerstreiks aufgefordert. In einem Brief an die Gruppe äußerte Kohl gestern seine „Betroffenheit“ über deren Beschluß. Dies sei ein „falscher Schritt“, auch wenn es um die richtige Sache gehe.

Kohl weist die drei, die sich wie zehn andere in Toronto, Oakland und Paris notfalls zu Tode hungern wollen, darauf hin, daß das, was in Jahrzehnten an Rüstung aufgebaut worden ist, nicht in wenigen Tagen verschwinden könne. Das gebe nur in vielen kleinen Schritten und langwierigen Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen.

REGIERUNGEN EINGELADEN

IHRE PROBLEME ZU LÖSEN

DIE WELTREGIERUNG DES ZEITALTERS DER ERLEUCHTUNG ERKLÄRT ihre Bereitschaft, die Probleme jeder Regierung zu lösen, ungeachtet des Ausmaßes und der Natur des Problems – ob politisch, ökonomisch, sozial oder religiös, und unabhängig von dem jeweiligen System – sei es Kapitalismus, Kommunismus, Sozialismus, Demokratie oder Diktatur.

Jede Regierung ist eingeladen, zur Lösung ihrer Probleme mit der Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung einen Vertrag abzuschließen, wobei die entstehenden Kosten erst zu erstatten sind, wenn das gesetzte Ziel erreicht ist.

1983 kann das Jahr der Erfüllung für jede Regierung werden.

- * Absolute Vertraulichkeit wird zugesichert.
- * Konsultationen, Diskussionen, Entsendung von Delegationen sowie Durchführbarkeitsstudien sollten nicht erforderlich sein, denn jeder Regierung ist bekannt, was erreicht werden muß, und die Weltregierung hat bereits Techniken entwickelt, die allen Anforderungen gerecht werden.
- * Die Regierung soll das Ziel festsetzen, die Stufen bestimmen und die Erfolgskriterien für jede Phase festlegen.
- * Die Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung wird das Projekt dementsprechend gestalten und durchführen.
- * Der erste Schritt soll eine schriftliche Absichtserklärung der Regierung an den Bildungsminister der Weltregie-

rung des Zeitalters der Erleuchtung, Seelberg, Schweiz, sein.

* Der Vertrag wird dann von einem beiderseits akzeptierten internationalen Anwaltsbüro in Zusammenarbeit mit einer internationalen Bank abgefaßt.

Es bleibt zu hoffen, daß jede Regierung dieses Angebot in demselben Geist absoluter Ernsthaftigkeit, Einfachheit und vollkommenen Vertrauens aufnimmt, in dem es – zum Schutz von Leben, Glück und Harmonie in der Völkerfamilie – öffentlich verkündet wird.

„Mit dem Segen Guru Devs steht das Leben auf Erden jetzt an der Schwelle des immerwährenden Sonnenscheins des Zeitalters der Erleuchtung.“

—Maharishi

Diese Einladung an alle Regierungen, ihre Probleme zu lösen, ist Ausdruck einer Woge der Erfüllung der Feierlichkeiten zum Silberjubiläum von Maharishi weltweiter Bewegung für Transzendente Meditation, 1957 – 1983.

Bildungsministerium der Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung, Seelberg, Schweiz



Seine Heiligkeit Maharishi Mahesh Yogi

Besucher der Wissenschaft der Kreativität und der Technologie des „Vereinheitlichten Feldes“ (1971 – 1982); Gründer der Maharishi European Research University, Schweiz (1975) und Deutschland (1982); Gründer der Maharishi University of Natural Law, England (1982); Gründer der Maharishi International University, USA (1974); Gründer der Maharishi Academy of Vedic Science, Indien (1980); Gründer der Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung (1976).

Die Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung ist eine nicht-politische, nicht-religiöse, weltweite Organisation, an der die Bevölkerung von über einhundert Ländern beteiligt ist. Sie bewacht nicht irgendeiner Funktion bestehender Regierungen, noch ersetzt sie diese in irgendeiner Weise.

Die Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung genießt Souveränität im Bereich des Bewusstseins, Autorität in der unbesiegbaren Kraft des Naturgesetzes, und ihre Aktivität gründet in der ewig dynamischen Stille des vereinheitlichten Feldes aller Naturkräfte, von dem aus die unendliche Vielfalt des Universums ohne Probleme in vollendeter Weise regiert wird.

Das vereinheitlichte Feld aller Naturgesetze ist von der Superzentralthese der Quantenphysik umrissen worden, und wie jüngst Maharishi ins Licht gebracht hat, ist das „vollständige Wissen“ darüber in der uralten Vedischen Literatur enthalten. Die Anwendung dieses unendlichen vollkommenen Wissens über die Funktionsweise der Natur führte zu Maharishis integriertem System der Erleuchtung, der Gesundheit, der Verwaltung, der Verteidigung und der Rehabilitation.

Neue Prinzipien und Programme, um alle Lebensbereiche des einzelnen und der Nation zu bereichern und zu verherrlichen, haben dem Leben überall einen neuen Horizont der Vollkommenheit eröffnet.

Auf dieses praktische Wissen gründet sich die Einladung der Weltregierung an alle Regierungen, zu einer neuen Ebene des problemfreien Regierens emporzureisen.

Die Maharishi-Technologie des Vereinheitlichten Feldes, auf das tägliche Leben angewandt, wird die evolutionäre Kraft des Naturgesetzes beleben, um das Leben in allen positiven Werten zu festigen. Der einzelne wird sich eines Lebens frei von Problemen und Leiden erfreuen; jede Nation wird ein integriertes nationales Bewusstsein, kulturelle Integrität, Eigenständigkeit und Unbesiegbarkheit genießen, und die ganze Völkerfamilie wird sich an dauerhaftem Weltfrieden erfreuen.

Modern eingerichteter mittelständischer Metallbearbeitungsbetrieb, Schwerpunkt Leichtmetallfenster-Fertigung, im Raum Bonn sucht finanziell starken, marktorientierten

Tollhaber.
Erforderliches Kapital DM 500 000,-
Angebot: arb. u. L. 9121 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

1000,- DM erfordert.
Repräsentanz für langjähriges international bewährtes amerikanisches Heizungsvergessungsprodukt in den Gebieten Düsseldorf, Köln, Bonn, Krefeld, Aachen u. andere zu vergeben. Überdurchschnittl. Einkünfte für solvente Handelsrepräsentanten gewährleistet. Schriftl. Bewerbung an:
Tyra-Care Vertrieb
Paalstrasse 124, 5102 Wülfrath

Übersetzungen
span./deutsch/engl., geschäftl. u. priv. Korrespondenz übers. Renate Mönning u. Gloria v. Paschke-Wietz, Wilsbergstr. 67, 31 Celle
Tel. 915 61/62/63

Ihr Büro in Bremen
Gut organisiertes Büro übernimmt Terminabsprachen, Auftragsabwicklung, etc.
Tel.: 64 21 / 32 06 39

Aktive Beteiligung
sucht Dipl.-Kfm., Mitte 30, langj. Erf. als Geschäftsführer mittelständischer Unternehmung im In- und Ausland, mehrsprachig, Kapital DM 300 000,-, bevorzugter Standort Hamburg.
Angebot unter V 9173 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein langjährig erfolgreich im Markt eingeführtes deutsches Unternehmen der Kunststofftechnik, unsere Arbeitsgebiete sind

Umweltschutz, Lufttechnik, Wärmerückgewinnung sowie chem. Apparate-, Behälter- u. Pumpenbau

Unsere Produkte sind in Industriebetrieben praktisch jeder Art und Größe eingesetzt. Neben chemischen und galvanotechnischen Unternehmen sind Firmen von der Automobil- bis zur Computerindustrie ebenso unsere Kunden wie Ingenieurbüros o. ä.
Wir suchen jeweils einen

selbständigen Handelsvertreter

(Ingenieur oder technisch versierter Kaufmann) für die Gebiete

1. Kassel/Göttingen (PLZ 34 und 35)
2. Berlin (West)
3. Großraum Hamburg – Kiel – Bremen (PLZ 2000)

Wir gehen davon aus, daß Sie unser Angebot zusätzlich zu Ihrem bisherigen Programm übernehmen, das grundsätzlich dazu passen sollte.

Unsere überdurchschnittlich interessanten Konditionen: Provision (für direkte und indirekte Aufträge) ist fällig bei Rechnungslegung; Gebietschutz; technische Unterstützung durch das Stammhaus. Bitte senden Sie unserer Geschäftsführung zur ersten Kontaktaufnahme aussagefähige Unterlagen, die auch über Ihr bisheriges Programm Auskunft geben.

Kunststofftechnik KG
Postfach 11 48, 5210 Troisdorf

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Hirsch
Deutschland-Korrespondent: Berlin: Hans-Jürgen Kersch, Klaus Götzel, Peter Westphal; Düsseldorf: Dr. Wilfried Schöck; Köln: Dr. Peter Pöhl; Frankfurt: Dr. Peter Pöhl; Hamburg: Dr. Peter Pöhl; München: Dr. Peter Pöhl; Stuttgart: Dr. Peter Pöhl; Westfalen: Dr. Peter Pöhl; Bayern: Dr. Peter Pöhl; Baden-Württemberg: Dr. Peter Pöhl; Rheinland-Pfalz: Dr. Peter Pöhl; Saarland: Dr. Peter Pöhl; Schleswig-Holstein: Dr. Peter Pöhl; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Peter Pöhl; Brandenburg: Dr. Peter Pöhl; Berlin (Ost): Dr. Peter Pöhl; DDR: Dr. Peter Pöhl; Ausland-Korrespondent: London: Dr. Peter Pöhl; Paris: Dr. Peter Pöhl; Rom: Dr. Peter Pöhl; Moskau: Dr. Peter Pöhl; Peking: Dr. Peter Pöhl; Tokio: Dr. Peter Pöhl; New York: Dr. Peter Pöhl; Los Angeles: Dr. Peter Pöhl; San Francisco: Dr. Peter Pöhl; Sydney: Dr. Peter Pöhl; Melbourne: Dr. Peter Pöhl; Auckland: Dr. Peter Pöhl; Wellington: Dr. Peter Pöhl; Christchurch: Dr. Peter Pöhl; Dunedin: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr. Peter Pöhl; Maseru: Dr. Peter Pöhl; Port Elizabeth: Dr. Peter Pöhl; Durban: Dr. Peter Pöhl; Cape Town: Dr. Peter Pöhl; Johannesburg: Dr. Peter Pöhl; Kapstadt: Dr. Peter Pöhl; Pretoria: Dr. Peter Pöhl; Harare: Dr. Peter Pöhl; Lusaka: Dr. Peter Pöhl; Windhoek: Dr. Peter Pöhl; Gaborone: Dr

Deutlicher Unterschied

Mk. - Deutlicher hätten sich die Unterschiede gar nicht offenbaren können: Während noch über das Thesenpapier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht diskutiert, der Kern seiner Aussagen für die mittel- und langfristige Orientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik jedoch als richtig bezeichnet wird, legt sich die Bundesregierung in der Agrarpolitik auf eine Linie fest, die dem widerspricht. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, müssten, so Albrecht, die Arbeitskosten real gesenkt werden, wobei in erster Linie an die hohen Lohnnebenkosten denkt. Eine Ansicht, mit der er nicht allein steht. So hat zum Beispiel der Sachverständigenrat die Rigidität der Löhne nach unten als ein wichtiges Hindernis auf dem Wege zur Vollbeschäftigung geortet. In der Agrarpolitik sollen solche Überlegungen nicht gelten. Obwohl die wachsenden Überschüsse die finanziellen Grundmauern der erschütterten, werden Preissteigerungen, die von Wissenschaftlern als das geeignete Mittel zur Drosselung der Produktion bezeichnet werden, kategorisch abgelehnt. Lieber wird dem Diktum in Form von Produktionsquoten geformt. Wie schwer Kürzungen fallen, zeigt der Streit um das Mutter-schaftsgeld. Trotzdem bleibt die Regierung auf ihrem Spatzen. Dabei geht es in der Agrarpolitik allein für

den Bundeshaushalt um Milliarden, nicht um Millionen. Die Differenz sind nicht ein paar Nullen, sondern ganze Welten. In einem Fall wird versucht, die Effizienz des Systems zu verbessern, um so die Schwierigkeiten zu meistern. Im anderen Fall sollen Aktivitäten behindert werden. Was dabei herauskommt, liegt auf der Hand.

Mehr Frischkost

In (London) - Die Edgewohnheiten der Briten haben sich in letzter Zeit merklich verändert: weg von tiefgefrorenen Mahlzeiten, dafür mehr gesunde Frischkost. Am stärksten profitieren von dieser neuen Welle die Hersteller von Joghurt, Frühstücksmehlspeisen, Cornflakes, Rice-Crisps und Fruchtsäften. Allein die Verkäufe von Joghurt sind zwischen 1978 und 1982 real um 27 Prozent gestiegen. Bis 1987 rechnet die Nahrungsmittelbranche mit einem weiteren Anstieg um 32 Prozent. Die Aufgabe traditioneller Insel-Edgewohnheiten lässt sich eigentlich nur mit den Reise-Erfahrungen der Briten erklären. Was im Auslands-Urlaub so gut und gesund geschmeckt hat, das will man auch zu Hause nicht vermissen. Tiefgefrorenes Geflügel und Gemüse, Weißbrot und Dosenpudding weichen unaufhaltsam frischem Fleisch und Frischgemüse, für die bis 1987 ein Verkaufszuwachs um 9,4 bzw. 5,5 Prozent vorausgesagt wird, während der gesamte Lebensmittelmarkt in diesem Zeitraum nur um 0,6 Prozent wachsen dürfte. „Frisch“ lautet die neue Devise.

Konjunktur für Miesmacher

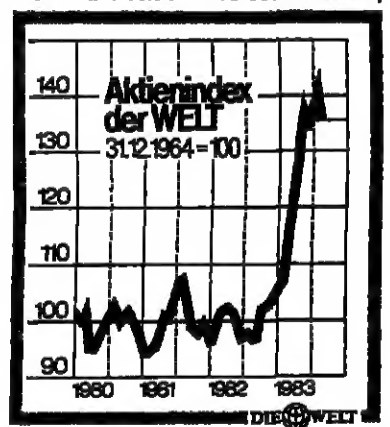
Von CLAUS DERTINGER

Die Gesichter der Börsianer werden von Tag zu Tag länger. Nichts geht mehr, klagen sie. Optimisten, die noch vor einem Monat von einem anhaltenden Höhenflug der Aktienbörse überzeugt waren, wechseln mehr und mehr ins Lager der Pessimisten über, seit die Kurse kontinuierlich nachgeben. Die Verluste einzelner Papiere an einzelnen Tagen mögen gering erscheinen. Doch für den ganzen August summieren sie sich - gemessen am Aktienindex der WELT - auf rund fünf Prozent. Damit ist das Kursniveau wieder auf den Stand von Mitte April zurückgegangen. Gegenüber dem Höchststand Anfang Juli bedeutet das einen Rutsch um rund sieben Prozent. Nach der vorangegangenen Hausse, die vor einem Jahr begann und die vielfach Gewinne von 50 Prozent und mehr gebracht hat, braucht man sich über eine solche Korrektur eigentlich nicht zu wundern. Es reizt einfach,

könnten noch weiter sinken“, erhaltene die Bankberater oft zur Antwort. „Wer weiß, ob die Konjunktur hält, was sie noch vor einigen Monaten zu versprechen schien“, so wird zu bedenken gegeben, seit einige Propheten für 1984 wieder eine Abschwächung des noch bescheidenen Wirtschaftswachstums verkünden. „Soll man da nicht lieber die Finger von der Aktienbörse lassen und abwarten, wie es weitergeht?“ Auch der Börsenprofi in den Banken bemerkt: „Sich zunehmend solche Gedanken. Da muß man sich nicht wundern, wenn die Börse zum Schlafsaal wird, wo das Geschäft dahindämmert und manche trüben Gedanken aufkommen. Die Börsianer, denen es nie an Begründungen für die eine oder andere Tendenz mangelt, wissen auch noch einiges andere ins Feld zu führen: Die steigenden Zinsen in den USA zum Beispiel, die auch unser Zinsniveau und den Dollarkurs mit in die Höhe ziehen. Aber war das nicht schon vor zwei Monaten so, als die deutschen Aktienkurse zum Gipfelsturm ansetzten?“

Der steigende Dollarkurs, der noch vor einigen Wochen als Stimulus für den deutschen Export und damit auch für die Konjunktur von vielen Börsianern nicht ungern gesehen wird, gilt heute als Börsenbremse. So ändern sich die Meinungen über Fakten, die heute noch die gleichen sind wie vor kurzer Zeit. Da kann man doch eigentlich nur noch zu dem Schluss kommen, das ganze Gerede nicht so schrecklich ernst zu nehmen und einen kühlen Kopf zu bewahren.

Wer sich nicht von der in Mode gekommenen Miesmacherei anstecken läßt und darauf vertraut, daß es in der Wirtschaft bei uns und in den USA weiter bergauf geht, wenn auch vielleicht nur langsam, der findet in flauen Börsenzeiten sicherlich gute Einstiegsmöglichkeiten. Ein Blick in die Halbjahresberichte vieler Aktien-gesellschaften zeigt, daß die Gewinne in einem viel rascheren Tempo steigen als das Konjunkturbarometer. Und das wird wohl auch in der zweiten Jahreshälfte so bleiben. Das ist für die Börse eine solide Grundlage, der man sich eines Tages wieder mehr erinnern wird, wenn störenden Einflüssen wie der von den USA angetriebenen Zinsentwicklung einmal nicht mehr so viel Gewicht beigemessen wird wie jetzt.



Kasse zu machen, und das ist inzwischen für immer mehr Anleger möglich, ohne daß sie den Fiskus an den Börsengewinnen beteiligen müssen, weil die Spekulationssteuerfrist abgelaufen ist.

Im Frühjahr, als die Kurse allzu stürmisch hochschossen, hätten viele Börsenexperten eine solche Beruhigungspause gern gesehen, um noch einmal billiger „einsteigen“ zu können. Doch jetzt beinhalten sie nervös zu werden, weil diejenigen Kunden, in denen die Banken noch vor einigen Monaten die potentiellen Käufer von morgen gesehen hatten, die Taschen zugemippt hatten. Besorgt stellt man die Frage nach den Motiven für diese Kursrückhaltung. Die Konsolidierungspause könnte noch länger anhalten, die Kurse

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / WELT-Gespräch mit Interfunk-Chef Seringer

Europäische Konzentration ist nötig im Wettbewerb mit den Japanern

Die Euphorie, die die Branche der Unterhaltungselektronik früher zu eigen war, ist einer realistischeren Betrachtungsweise mit einem Schuß Optimismus gewichen. Diese Einschätzung der Stimmung in dem vielbeachteten Wirtschaftszweig der Konsumelektronik bei Beginn der Internationalen Funkausstellung Berlin 1983 (2. bis 11. September) gab Interfunk-Chef Hermann Seringer in einem WELT-Gespräch. Er stellt im übrigen Tendenzen der inneren Festigung in der europäischen Unterhaltungselektronik-Industrie fest.

Die Konzentration in dieser Industrie, die sich vor allem in den „Blöcken“ Thomson-Brandt (Nordmende, Saba, Dual, Telefunken), dem Tandem Philips/Grundig oder auch in den ITT-Firmen manifestiert, sei nach Seringers Ansicht notwendig gewesen. Rücke man nicht zusammen, so gäbe es ähnlich wie in der Auseinandersetzung der Fotobranche mit den japanischen Anbietern eines Tages auch hier keinen starken Europäer mehr.

Seringer traut der europäischen Unterhaltungselektronik-Industrie die Kraft zu, nicht immer nur das nachzuvollziehen, was andere vorgeben. Die gestiegene Attraktivität des Sortiments europäischer Hersteller dokumentiert sich - so Seringer - auch darin, daß ihr Anteil am Angebotsprogramm brauner Ware der Interfunk eG, Ditzingen, dieser führenden Einkaufsgenossenschaft europäischer Rundfunkhändler, inzwischen wieder auf 30 Prozent angestiegen, der fernsehtische Anteil damit auf 20 Prozent zurückgegangen ist. Nicht übersehen werden darf dabei freilich, daß die hiesigen Produzenten in beträchtlichem Umfang Er-

zeugnisse wie Videorecorder, HiFi-Geräte und „Henkelware“ aus Fernost zukaufen, so daß sich die Ursprungsquote möglicherweise auf 50 Prozent stellt.

Im Hinblick auf das Zusammenrücken in der Industrieszene werden auch bei den Einkaufsverbänden entsprechende Schritte überdacht. Der Handel werde nach Meinung Seringers in seiner Gesamtheit einen Strukturwandel durchmachen. Dabei werde sich der Fachhandel an anderen Beispielen orientieren müssen, wofür das Fachmarkt-Prinzip einen Ansatzpunkt darstellen könnte.

Von der Berliner Funkausstellung verspricht sich der Rundfunk- und Fernsehhandel, der in der ersten Jahreshälfte mit einem realen Umsatzplus von 3,5 bis 4 Prozent abgezeichnet hat, belebende Kaufimpulse. Große Stücke hält Seringer von der Einführung des digitalen Fernsehens durch SEL, ein Schritt, den auch andere Anbieter nachvollziehen dürften. Darüber hinaus werde das Thema Bildschirmtext und seine Anwendung eine weitere Belebung erfahren.

Während sich im Audiobereich das

US-STEUERSYSTEM / Umfrage-Ergebnis

Höhere Verbrauchsabgaben werden eher akzeptiert

H.A. SIEBERT, Washington
Im Falle einer Steueranhebung würde die Mehrheit der amerikanischen Bürger höhere Abgaben auf den Verbrauch, in den USA „sales tax“ oder Umsatzsteuer genannt, vorziehen.

Das ergab die Umfrage einer Regierungskommission, die 1959 vom Kongreß zur Überwachung der Funktionsweise des föderalistischen Systems eingesetzt worden ist. Das überraschende Ergebnis kann zu weitreichenden Reformen führen.

Einmal läßt sich ohne neue Einnahmen das inzwischen dramatische Defizitproblem des amerikanischen Bundes nicht lösen; zum anderen wird in den Vereinigten Staaten schon seit langem über einen Abbau der investiven Steuern diskutiert. Die Belastung ist hier traditionell am größten, erschwert werden dadurch Kapitalbildung und Produktionsausweitung. Einflußreiche Gruppen plädieren bereits für die Einführung einer Mehrwertsteuer nach europäischem Muster.

Vor die Wahl gestellt, den Konsum oder das Einkommen stärker zu besteuern, sprachen sich 52 Prozent der Befragten für eine nationale Umsatzsteuer aus - Nahrungsmittel ausgenommen. Nur 24 Prozent votierten für eine Herabsetzung der Einkommensteuern. Eine nationale Umsatzsteuer gibt es in den USA bisher nicht; Abgaben auf den Verbrauch sind vielmehr die wichtigste Finanzquelle der 50 US-Bundesstaaten und

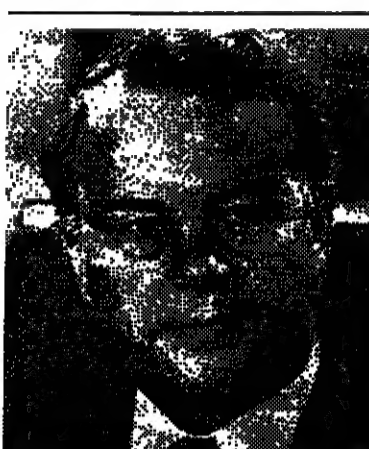
ihrer Gemeinden. Die Sätze selbst sind von Land zu Land höchst unterschiedlich. In New York macht der Preisaufschlag zum Beispiel acht, in Maryland fünf Prozent aus.

Nach Ansicht amerikanischer Steuerfachleute spiegelt die eindeutige Mehrheit die große Unzufriedenheit mit der steilen, zumeist inflationsbedingten Zunahme der direkten Steuern in den vergangenen Jahren wider. Präsident Reagan hat zwar die Einkommensteuern vom 1. Oktober 1981 bis zum 1. Juli 1983 in drei Phasen um insgesamt 23 Prozent gesenkt. Gegenüber 1973 ist die Last dennoch viel schwerer geworden. Das gilt auch für die Sozialversicherungsabgaben - in Amerika eine Steuer, die mehrfach heraufgesetzt worden ist.

Das Votum reflektiert aber auch die angenommenen Ungerechtigkeiten im US-Einkommensteuersystem sowie den Mangel an persönlicher Einflußnahme. Viele Befragte versprechen sich von einer größeren Belastung des Verbrauchs mehr Eigenkontrolle; das heißt, der Steuerumfang hängt von den Kaufentscheidungen ab. Weniger Konsum füllt automatisch die Spardbücher.

Hinzu kommt, daß in eine nationale Umsatzsteuer nur schwer Oasen eingebaut werden können. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich nur sechs Prozent für eine stärkere Besteuerung der Unternehmen aussprachen.

AUF EIN WORT



„Wenn man sich vorstellt, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter steigt, daß die CDU erfolgreich ist mit ihrem familienpolitischen Programm, daß wir die Menschen bei steigender Lebenserwartung früher in Rente schicken, dann kann man nur sagen: Der Sockel, auf dem die Finanzierung des gesamten Sozialsystems steht, wird immer schmäler.“

Dr. Ernst Albrecht, niedersächsischer Ministerpräsident
FOTO: RICHARD SCHULZ-VORBERG

Konjunktur: USA liegen vorn

AP, Alpbach
Die Wirtschaftsentwicklung in den westeuropäischen Staaten ist nach Ansicht von acht führenden internationalen Wirtschaftsexperten in der gegenwärtigen Konjunkturphase deutlich hinter den Vereinigten Staaten und Japan zurückgeblieben. Zu diesem Ergebnis kamen die Experten der nationalen Wirtschaftsforschungsinstitute der Weltbank, der OECD und des Internationalen Währungsfonds in einer im Trierer Ort Alpbach erstmals gestellten Weltwirtschaftsprognose. In der Bundesrepublik wird der gemeinsamen Prognose zufolge das reale Wirtschaftswachstum 1983 etwa ein Prozent betragen.

FRANKFURTER HERBSTMESSE

Klare Konjunktursignale sind noch ausgeblieben

INGE ADHAM, Frankfurt
Keine eindeutigen Konjunktursignale für die Konsumgüterindustrie hat die Herbstmesse Frankfurt gebracht, die gestern nach fünfjähriger Dauer zu Ende ging. Globale Beurteilungen der Geschäftslage in den einzelnen vertretenen Branchen sind nahezu unmöglich. Dicht nebeneinander wie Kirsch und Kirsche auf dieser größten Konsumgütermesse der Welt liegen auch positive und negative Urteile der einzelnen Firmen.

Denn es hat auf dieser Messe durchaus erfolgreiche Anbieter gegeben, die mit wohlgefüllten Auftragsbüchern zurückkehren. Aber eben auch solche, die nur über ein sehr schwaches Messeschicks berichten. Dabei war nach dem Urteil der Aussteller der Besuch schwächer als im Vorjahr.

Kaum ein Thema waren auf dieser Messe Preiserhöhungen. Angesichts

der nur relativ schwach ausgeprägten Orderbereitschaft des Handels wurden, wie es bei einem Anbieter heißt, selbst eigentlich notwendige Preiserhöhungen verjagt. Gleichwohl gab es harte Verhandlungen, um Konditionen nämlich, mit denen die Einkäufer jenen kleinen Vorsprung vor den Mitbewerbern herausholen wollen, der es ermöglicht, im Endverkaufspreis ein wenig günstiger zu liegen als die Konkurrenz.

Generell rechnen die Aussteller mit einem sehr kurzfristigen Nachordergeschäft, das nach einhelliger Ansicht die Lager im Handel weitgehend überlastet knappen werden und den Handel dazu tendieren, das Lagerisiko auf die Hersteller abzuwälzen. „Unnötigerweise“ zusätzlich verunsichert wurden die Einkäufer nach Ansicht zahlreicher Aussteller auch durch Berichte zu Messebeginn, die ein sich wieder leicht verschlechterndes Konsumklima signalisierten.

VOLKSREPUBLIK CHINA

DIW: Importe bleiben hinter den Planvorgaben zurück

Die Volksrepublik China muß zur Erfüllung ihrer außenwirtschaftlichen Planvorgaben die Kooperation mit ausländischen Partnern und das Projektmanagement verbessern, die begonnenen Reformen in die Tat umsetzen und vor allem die Behinderungen des Importhandels abbauen. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Analyse zum chinesischen Außenhandel. Trotz überwiegend günstiger Voraussetzungen sei das neue Importprogramm nicht den Planvorgaben gemäß verlaufen, erklärt das DIW. Grund dafür sei eine zu schwerfällige Planbürokratie, die nicht auf kurzfristige Veränderungen der Wirtschaftspolitik oder der gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen flexibel reagieren könne. Im sechsten Fünfjahr-

resplan (1981 bis 1985) hatte die Volksrepublik für den chinesischen Außenhandelsumsatz ein durchschnittliches Wachstum von jährlich real 8,7 Prozent geplant. Die Einfuhr sollte dabei sogar jährlich um 9,2 Prozent überdurchschnittlich zunehmen.

Nachdem 1981 der chinesische Außenhandel sehr rasch expandierte - die Einfuhr wurde real um 18, die Exporten um fünf Prozent gesteigert und die Handelsbilanz praktisch ausgeglichen - wuchs der Außenhandel 1982 nur noch verhalten. Die Einfuhr sei nominal 12,7 Prozent, die Exporten um 7,7 Prozent gewachsen. Bei Exporten von 41,4 Milliarden Yuan und Importen von 38,8 Milliarden Yuan habe sich ein Rekordüberschuss von 5,6 Milliarden Yuan ergeben. Dies entsprach in Dollar gerechnet einem Saldo von rund drei Milliarden US-Dollar, schreibt das DIW.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Dollinger fordert: Sich den Herausforderungen stellen

HANS-J. MAHNKE, Bonn
„Die Automobilindustrie selbst muß das Wohlwollen der Bürger erhalten, wenn das Auto auch in Zukunft seine maßgebende Rolle spielen will.“ Dies erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in den Verkehrspolitischen seines Hauses. Die Zukunft des Automobils werde nicht in erster Linie von der Verkehrspolitik geprägt. Vor allem müsse sich die Automobilindustrie den Herausforderungen in den Bereichen Kraftstoffeffizienz, Umweltschutz und Sicherheit stellen.

Die Konkurrenz erzwingt in der Marktwirtschaft zwar eine Kraftstoffeffizienz, die sogar über die freiwillige Zusage der Industrie hinausgeht. Aber ebenso wie bei der Verringerung der Schadstoffemissionen müsse noch mehr erreicht werden. Die Einführung von bleifreiem Ben-

zin sei ein wesentlicher Schritt. Angesichts der unsicheren Entwicklungen in den Erdölförderländern müssen nach Ansicht Dollingers aussichtsreiche und versorgungssichere Ergänzungs-kraftstoffe vorbereitet werden. Nach einer Untersuchung des Verkehrsministeriums wäre die Einführung des Elektro-Pkw eine geeignete Therapie gegen eine Ölkrise. Allerdings würden solche Fahrzeuge heute noch keine Käufer finden. Vielmehr wären laufende Subventionen von mindestens 3000 Mark pro Fahrzeug erforderlich, um eine Breitenwirkung zu fördern. Dies hält die Bundesregierung noch nicht für sinnvoll. Elektro-Pkw seien heute technisch realisierbar. Sie erreichten als doch schlechteren Fabrikatungen als die gängigen Autos, bei denen der Energiekostenanteil jedoch doppelt so hoch wie beim Elektro-Wagen liege.

BÜROKRATIE / Auflagen der Gewerbeaufsicht für Hortens Friseursalons

Die Sozialkommunikation des Friseurs

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Erfolgreich und mit einem Umsatzplus von 17 Prozent in 1982 hat die Horten AG, Düsseldorf, in ihren Warenhäusern mit dem Kooperationspartner Essanelle, mit über tausend Geschäften in zehn Ländern größten Friseursalon-Kette der Welt, Friseursalons eingerichtet. Deren bis 1982 auf 28 gewachsene Zahl soll in diesem Jahr um 14 steigen. Welche geradezu abenteuerlichen Hürden bürokratischer Gewerbeaufsicht dabei mitunter übersprungen werden müssen, schilderte der Horten-Vorstandssprecher in der Hauptversammlung des Unternehmens an drei Beispielen und mit dem Fazit, daß hier der Gesetzgeber schleunigst zum Wohle der Schaffung neuer Arbeitsplätze Abhilfe schaffen sollte.

„Halten Sie es bitte nicht für eine Posse: In unserem Düsseldorf Haus verlangte die Gewerbeaufsicht ernsthaft die Schließung des Salons und damit die Entlassung von 15 Mitarbeitern, weil aus bautechnischen Gründen keine Außenfenster für den Friseursalon zu brechen waren und so, wie es hieß, die soziale Kommunikation des Friseurs mit der Außenwelt verhindert werde. Der Blick in die Verkaufsräume des Warenhauses genüge nicht.“

Um die gewünschte soziale Kommunikation zu fördern, bauten wir in einer anderen Stadt (mit zweistelliger Arbeitslosenquote) dann einen Salon mit breiter Fensterfront nach draußen. Da war dann die soziale Kommunikation zu stark. Eine Gardine mußte her, um den Einblick der Passanten auf die Arbeit des Friseurs zu verhindern. Als sie hing, behinderte sie wieder die soziale Kommunikation von drinnen nach draußen, weil sie zu dicht war. Die nächste, etwas dünnere Gardine schließlich fand Gnade bei der Gewerbeaufsicht. In einer dritten Stadt schließlich

(mit ebenfalls zweistelliger Arbeitslosenquote) verlangt die Gewerbeaufsicht, daß die Mitarbeiter des Friseursalons nicht unsere in reicher Zahl vorhandenen Mitarbeiter-Toiletten benutzen, sondern eine separate Toiletten-Anlage erhalten. Auch die Garderobenschranke des Friseursalons Personals dürften nicht im gleichen Raum mit denen der Horten-Mitarbeiter stehen.

Schwache Handelsumsätze

Düsseldorf (P.V.) - Der deutsche Facheinzelhandel hat das Umsatzplus vom Juni im Juli nicht halten können. Aus dem regelmäßigen Betriebsvergleich des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln geht hervor, daß der Einzelhandelsumsatz um zwei (preisbereinigt um etwas mehr als drei) Prozent unter dem Vorjahresmonat lag. Besonders schlecht schnitten Tapeten, Beleuchtungs- und Möbelschmuckhandel (minus 13,11 und 10 Prozent) ab. Drogerien und Sportartikel sowie Bücher lagen im Durchschnitt des Handels, während Uhren mit Gold- und Silberwaren sowie Textilien und Schuhe Zuwächse zwischen 1 und 3 Prozent verzeichneten. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lag der Einzelhandelsumsatz um ein (real zwei) Prozent niedriger als im Jahr zuvor.

Bund erhöht Renditen

Frankfurt (dpa/VWD) - Das Bundesfinanzministerium erhöht die Renditen für seine Daueremissionen. Wie die Bundesbank mitteilte, wird ab heute für die fünfjährige Bundesobligation mit einem Nominalzins von acht Prozent der Ausgabeakturs auf 99,40 (bisher: 100) Prozent zurückgenommen, wodurch sich die Rendite auf 8,15 (acht) Prozent erhöht. Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes wird bei einem Jahr Laufzeit die Rendite auf 6,10 (5,85) Prozent und bei zwei Jahren Laufzeit auf 7,27 (7,09) Prozent angehoben.

Autotagegeld erhöht

Bonn (AP) - Wer bei einem unverschuldeten Unfall auf den ihm eigentlich zustehenden Mietwagen verzichten muß, bekommt von der Versicherung deutlich mehr Geld als bisher. Wie der HUK-Verband der Autoversicherer mitteilt, wird das sogenannte Autotagegeld, die Nutzungsausfall-Erstattung, ab sofort um Beträge zwischen 2,50 und elf Mark je nach Fahrzeugtyp angehoben. Nach der Neubewertung liegen die Tagessätze jetzt zwischen 22,50 und 115 Mark in Abhängigkeit von der Autogruppe. Begründet wird die Erhöhung mit gestiegenen Kosten für Neu- und Mietwagen und für den Unterhalt der Autos.

Auftragrückgang in USA

Washington (Sb.) - In den USA sind die Industrieaufträge im Juli um 1,7 Prozent auf 175,5 Milliarden Dollar gesunken, verglichen mit einer Zunahme um sieben Prozent im Juni. Zugleich stiegen die Lagerbestände um 0,4 Prozent, was auf ein erstes Nachlassen der Verbrauchernachfrage hindeutet. Dennoch glaubt das US-Handelsministerium nun an eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Gegenüber dem Vormonat sanken die Verkäufe von Einfamilienhäusern in Amerika um sechs Prozent auf 663 000 Einheiten. Verglichen mit Juli 1982 betrug das Plus jedoch 70 Prozent. Der durchschnittliche Verkaufspreis betrug 75 000 (1981: 68 900) Dollar.

„Exporthilfe keine Lösung“

Hamburg (trf) - Auch mit Auftrags-hilfen der Bundesregierung werden die deutschen Werften nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ihre Kapazitäten nicht auslasten können. Den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick forderte er in einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit“ erneut auf, für die von Schließung bedrohten Werften in seinem Bundesland noch vor der Bremer Bürgerschaftswahl am 25. September ein Überlebenskonzept vorzulegen. Die Forderungen der Werften und der Senate von Bremen und Hamburg nach Exporthilfen des Bundes sollen in der nächsten Woche im Bundeskabinett beraten werden. Das Problem der Werften liege - so Lambsdorff - im Mangel an Aufträgen und nicht an der japanischen Konkurrenz und den staatlichen Schiffbau-subsidien in anderen Ländern.

FRANKREICH / Autonomie leicht abgeschwächt

Verluste der „Ausländer“

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Automobilnachfrage hat sich in den letzten Monaten insgesamt abgeschwächt. Dies lag vor allem an dem allgemeinen Verbrauchsrückgang infolge des Austri-Plans. Verhältnismäßig günstig behaupteten sich die nationalen Hersteller dank ihrer neu auf den Markt gebrachten Modelle.

Bei den ausländischen Wagen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Insgesamt stieg ihr Absatz im ersten Halbjahr um 10,9 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 302 038 Einheiten. Das waren 31,54 (28,5) Prozent aller Neuzulassungen, wobei allerdings ihr Marktanteil seit der letzten Franc-Abwertung (21. März) etwas zurückging.

Es scheint, daß darunter und unter der gleichzeitigen D-Mark-Aufwertung die deutschen Wagen besonders stark zu leiden hatten. So verminderte sich der Frankreich-Absatz der VAG-Gruppe im Halbjahresvergleich um 6 Prozent auf 62 184 Einheiten, dabei um 8,9 Prozent auf 46 233 Volkswagen, während der Audi-Absatz um 5,2 Prozent auf 13 951 Einheiten zunahm. Diese auch in Frankreich sehr erfolgreiche Marke rangiert stückzahlmäßig jetzt zwischen BMW und Mercedes, die Absatzverluste von 1,9 und 5,2 Prozent verbuchten.

Spitzenreiter unter den „Ausländern“ wurde die Ford-Gruppe mit einem Verkaufsanstieg von 23,8 Prozent auf 75 626 Einheiten, was einem Marktanteil von 7,14 Prozent entsprach, während der von VAG auf 5,85 (6,26) Prozent zurückging. Noch stärker, nämlich um 68,8 Prozent, konnte General Motors (dank Opel) seinen Frankreich-Absatz ausweiten. Mit 40 733 Einheiten blieb die Gruppe aber deutlich hinter VAG. Seinen dritten Platz behauptete Fiat mit einem Absatz von 47 509 Einheiten (minus 0,9 Prozent). British Leyland dagegen fiel weiter ab auf 15 615 Einheiten (minus 7,6 Prozent).

Für die nächsten Monate erwartet der französische Autoimporteurverband, daß BMW und Mercedes dank ihrer neuen Modelle, die hier erst jetzt auf den Markt kommen, etwas aufholen. Auch im sozialistischen Frankreich gelte die Regel, daß sich Luxuszeugnisse in der Krise behaupten.

NAMEN

Theodor Langohr ist nach über 40jähriger Tätigkeit in leitender Funktion auf eigenen Wunsch aus der W. & E. Höbner Hamn, Straßen- und Tiefbau, ausgeschieden.

John F. Devaney (37) ist zum Generaldirektor der Perkins-Gruppe ernannt worden. Er ist Nachfolger von Jim Felker, der zum Präsidenten Traktoren und Landmaschinen der Massey-Ferguson Ltd. ernannt worden ist.

Dr. Günther Letschert, Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekbank, übergab wegen seines bevorstehenden Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute an Klaus Flachmann, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekbank.

Dagobert Knoess (40) ist seit dem 1. August 1983 Geschäftsführer der Deutschen Wienerwald GmbH. Er leitet die Bereiche Verwaltung, Finanzen und Beschaffung.

Dr. Franz Bathiany hat als Nachfolger von Dr. Alfons Wagenhofer sein Amt als österreichischer Handelsdelegierter in Düsseldorf angetreten.

Dr. Herbert Hollmann, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Chemische Industrie Niedersachsen, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: ultimo sportswear GmbH; Bad Burg: Rhinolith Isolierbaustoffe Verwaltungen u. Beteiligungsge. mbH; Hiltner: Rhinolith Isolierbaustoffe GmbH & Co. KG; Hiltner: Berlin Charlotteburg: Nachl. d. Hans-Joachim Kretschmann, Kraftfahrer; Bielefeld: Nachl. d. Horst Fischbach, vorm. alleiniger Geschäftsführer der Fischbach, Lagertechnik GmbH; Mainz: Nachl. d. Karl Walter Josef Hahn, Mainz-Mombach; Mannheim: Nachl. d. Erna Frieda Fertig geb. Stoppel, Mannheim-Schönau; Marburg (Lahn): Kurt Gräber (ing. grad.) GmbH & Co. KG; Kurt Gräber GmbH, Elektroanlagen u. Elektrodienst; München: Video Shop 88 GmbH; Nachl. d. Heiner Koch; Osnabrück: Gerhard Rende Floristenbedarf-GmbH & Co. KG; Hasbergen: Reutlingen: Hölle GmbH, Baunternehmung; Syke: Elschoff GmbH, Bassum; Wiesbaden: City Kaufhaus Verwaltungen, mbH; Mainz-Kastel: Wuppertal: Nachl. d. Sit Sitharma Peruvemba.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamburg: Stuppenhagen & Rubbert, Hamburg (Neckar): Lauser GmbH, internationale Spedition; Vergleich beantragt: Beckum: Complett Möbel GmbH, Oelde-Stromberg; Bielefeld: Interplan Internationales Planungsbüro f. Förder- u. Lagertechnik GmbH, Schenefeld.

Paris: Geldbuße für Boehringer-Tochter

J. SCH. PARIS

Die französische Filiale der deutschen Pharma-Gruppe C. H. Boehringer, Ingelheim, ist wegen des Mißbrauchs ihrer dominierenden Position auf dem Markt bestimmter Arzneimittel spezialitäten mit einer Geldbuße von 2,5 Mill. Franc (0,83 Mill. DM) belegt worden. Dies verfügte das Pariser Finanzministerium auf Antrag der Wettbewerbskommission. Der Firma wird vorgeworfen, auf ihre französischen Konkurrenten unzulässigen Druck ausgeübt zu haben, um diese zu veranlassen, den Absatz bestimmter Medikamente, die mit Boehringer-Medikamenten konkurrieren, einzustellen. Es soll sich dabei um solche unter Verwendung von „Dipyridamol“ handeln.

Die Preise für zwei der „dominierenden“ Boehringer-Armeen wurden von dem Ministerium zwangsweise um 5 Prozent herabgesetzt. Die Konkurrenzkommission beantragt außerdem eine generelle Überprüfung der Preispolitik des Pharma-Konzerns.

OPEC-STAATEN / Industrialisierung wurde weiter vorangetrieben – RWI-Studie

Gefahren für die deutschen Exporte

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Zeiten, in denen die Bundesrepublik durch den wachsenden Handel mit den meisten der reichen Länder der Organisation erdöl-exportierender Staaten (Opec) für gute Beschäftigung der heimischen Industrie und ansehnliche Überschüsse in der Handelsbilanz sorgte, sind – zumindest vorerst – vorüber.

Das ist nicht allein die Folge der besonders seit Mitte letzten Jahres sinkenden Ölpreise. Gefahr für den deutschen Handel mit den Opec-Staaten des Nahen Ostens, Afrikas und Südamerikas droht vielmehr durch die Industrialisierung dieser Länder. Sie versuchen nicht nur, den Import deutscher Waren durch eigene Produkte das Wasser abzugrahen, sondern auch auf den Weltmärkten der deutschen Konkurrenz Paroli zu bieten.

Auf kurze Sicht bietet der Opec-Markt in Zeiten wirtschaftlicher Probleme in den westlichen Industrieländern ausgleichende Export- und Beschäftigungsmöglichkeiten, auf lange Sicht aber könnte die dort entstehende neue Industriestruktur und

der angestrebte Export industrieller Produkte für manche Branchen der traditionellen Industrieland zur ernsthaften Konkurrenz werden.

Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Immerhin hatte die Bundesrepublik von 1970 bis 1979 ihre Produktionsstrukturen auf den Bedarf der Opec-Länder in kapitalintensiven Produktionsverfahren und technologisch hochwertigen Investitionsgütern zugeschnitten. Ende der 70er Jahre machten Investitionsgüter (Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge) fast 50 Prozent der Opec-Gesamtexporte aus. Aus der Bundesrepublik stammten knapp 45 Prozent, den deutschen Export trugen sie zu 60 Prozent. Die deutsche Wirtschaft steigerte ihren Marktanteil am Opec-Handel von 13,1 auf 16,1 Prozent, 1982 lag er bei 13,8 Prozent.

Die Bundesrepublik profitierte nach Ansicht des RWI unter den Wettbewerbern durch die Diversifikation der eigenen Produktpalette von der Opec-Industrialisierungswel-

le. Sie rangiert im Handel mit Opec-Staaten überall auf den vordersten Plätzen. Innerhalb von elf Jahren (bis 1981) stiegen die deutschen Exporte dorthin auf 15 Milliarden Mark.

Der Versuch der Opec-Länder, bisher importierte Güter durch heimische Produkte zu ersetzen und die eigene Produktpalette für den Export breiter zu fächern, ist – so das Institut – bislang nicht gelungen. Die durch die Opec-Einnahmen bewirkte hohe Bewertung ihrer Währungen hat die relative Wettbewerbsposition ihrer Nicht-Öl-Exporten ständig verschlechtert. Das würde zwar in absehbarer Zeit nicht zu einer spürbaren Beeinträchtigung des deutschen Exports auf dem Weltmarkt durch Opec-Erzeugnisse führen, wohl aber könnten immer mehr Investitionsprogramme in diesen Ländern in Frage gestellt werden und so den deutschen Export negativ beeinflussen.

Unter den Branchen, die von der derzeitigen tendenziellen Abnahme der Exporterlöse dieser Länder kurzfristig am meisten betroffen sind, gehören der Stahlbau, Schiffbau sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lufthansa zufrieden

Köln (dpa/VWD) – Ungesichert der allgemein schwierigen Lage im Weltluftverkehr zieht die Deutsche Lufthansa, Köln, eine günstige Halbjahresbilanz. Die gesamte verkaufte Leistung sei gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 8,7 Prozent auf rund zwei Milliarden Tonnenkilometer angestiegen. Im Frachtkontingent seien 17 Prozent, im Passagierverkehr 2,3 Prozent mehr verkauft worden, heißt es in dem gestern veröffentlichten Aktionärsbrief. Ohne genaue Zahlenangaben wird die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 1983 erfreulicher eingestuft als im Vorjahr. Die Erträge seien stärker als die Kosten gestiegen. Auch für das Gesamtjahr erwarte man ein positives Ergebnis.

Deutscher Ring gut voran

Düsseldorf (Py.) – Die positive Geschäftsentwicklung des Vorjahres hat sich bei Deutscher Ring Lebensversicherung AG, Hamburg, im 1. Halbjahr 1983 fortgesetzt. Das Neugeschäft lag um 15 Prozent über dem Niveau des Vorjahres, die Beitragseinnahmen stiegen um 10 Prozent auf 270 Mill. DM. Auch bei Deutscher Ring Sachversicherungs-AG haben sich die ersten Monate dieses Jahres gut angelassen.

Groth scheidet vorzeitig aus

Hannover (dosi) – Claus Groth, der Mitte 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung bei der Düsseldorf-Messe-

gesellschaft NOWEA übernehmen wird, scheidet bei der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG in Hannover bereits Ende dieses Jahres aus. In einer gemeinsamen Erklärung des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums und der Messe-AG heißt es, die vorzeitige Beendigung des Vertragsverhältnisses sei einvernehmlich erfolgt. Die Aufsichtsratsvorsitzende der Messe-AG, Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, habe bereits Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, „den Vorstand wieder zu komplettieren“.

Berliner Werk ausgebaut

Berlin (Wz.) – Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat in ihrem Berliner Werk mit einer Investitionssumme von über 37 Mill. DM eine neue Produktionsstätte errichtet. Wie Vorstandspräsident Werner Niefer mitteilte, ist der Neubau für die erweiterte Fertigung von Aggregaten für Pkw-Motoren bestimmt. Außerdem wird die Produktion von hochwertigen Triebwerksteilen der Acht-Zylinder-Motoren nach Berlin verlagert.

ITALIEN / Mehr Freiheit für Außenhandelsfirmen

Liberales Devisengesetz

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die für Devisenbestimmungen zuständigen vier italienischen Ministerien wollen schon im September einen gemeinsamen Textvorschlag zur Änderung des aus dem Jahre 1976 stammenden Devisengesetzes vorlegen. Eine entsprechende Reformabsicht war von Ministerpräsident Craxi in seinem Regierungsprogramm angekündigt worden.

Mit der Liberalisierung der geltenden Devisenbestimmungen will die Regierung „mehr Freiheit für die italienischen Außenhandelsunternehmen auf den internationalen Märkten schaffen“.

Das sogenannte Kapitalfluchtgesetz (Lex 159) war im Jahre 1976 unter dem Eindruck der zweiten großen Lira-Krise erlassen worden und sollte der illegalen Kapitalabfuhr den Riegel vorschieben. Im Unterschied zu der vorangegangenen liberalen Gesetzgebung führte es erstmals in der Nachkriegszeit wieder den Tatbestand des strafrechtlichen Verstoßes gegen das Devisengesetz ein. Mit Gefängnis kann bestraft werden, wer ohne Genehmigung der Devisenbehörden über 5 Millionen Lire (etwa 8750 Mark) ausführt.

Mit der jetzt geplanten Änderung soll die gesamte Materie laut Außenhandelsminister Nicola Capria „progressiv“ liberalisiert werden. Es ist vorgesehen, den Kapitalexportbetrag, bei dem strafrechtliche Maßnahmen an die Stelle einfacher Verwaltungsgebühren treten, von jetzt 5 auf 100 Millionen Lire zu erhöhen. Ferner soll der heutige Grundsatz, daß alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, dem Verbot unterliegt, durch das umgekehrte Prinzip ersetzt werden, nämlich daß alles, was nicht verboten ist, erlaubt ist.

Um die Liberalisierung straf- und fiskalrechtlich abzusichern, ist eine Amnestie geplant, die alle Personen von Strafen befreit, die das vor und nach dem Inkrafttreten des Kapitalfluchtgesetzes illegal ausgeführte Ka-

pital repatriieren. Diese Amnestie wird sich auch auf die Tausende von Devisenverfahren beziehen, mit denen derzeit die Gerichte beschäftigt sind. Zur Erleichterung dieser Repatriierung soll eine Auslandsanleihe aufgelegt werden. Sie wird allerdings voraussichtlich nur den kleinen und mittleren Kapitalexporteuren vorbehalten sein.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellzettel

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lüpfen Sie bitte auf Anfrage, eventuelle Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

USA über den IWF verstimmt

H.A. SIEBERT, Washington

Eine kleine Insel in der Karibik – Grenada – hat zu neuen Verstimnungen zwischen den USA und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geführt. Mitglieder des Kongresses werfen der multilateralen Organisation vor, sie unterstütze massiv ein sozialistisches Regime, das mit der Sowjetunion und Kuba paktiere. Besorgt wird darauf hingewiesen, daß Grenada dabei ist, eine Landepest für Großflugzeuge zu bauen, die Moskau für Aktionen in Mittel- und Südamerika benutzen könnte.

Ausgebrochen ist der Streit über einen dreijährigen Bereitschaftskredit in Höhe von 13,5 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 37,8 Millionen Mark), den das Direktorium des Fonds gegen das Votum der USA genehmigte. Im Kongress beklagt man sich über das mangelnde politische und strategische Fingerspitzengefühl im IWF, und wie es aussieht, wird sich die Entscheidung nachteilig auf die ohnehin umstrittenen amerikanischen Zahlungen an den Fonds – 8,4 Milliarden Dollar im Zusammenhang mit der Quotenerhöhung und Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen – auswirken.

Nach der Sommerpause müssen der Senat und das Repräsentantenhaus endgültig darüber befinden. Gegen die Angriffe des Kapitols, in die unter der Hand auch Mitglieder der Reagan-Administration einstimmen, wehrt sich der IWF mit Hinweisen auf seine Satzung. Danach ist es ihm untersagt, die Kreditvergabe von politischen Überlegungen abhängig zu machen.

Kammergericht zu Rheinmetall / WMF

PETER WEERTZ, Berlin

Im Kartellstreit zwischen dem Bundeskartellamt und der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, muß jetzt der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts entscheiden. Das Kartellamt hatte Rheinmetall die schon vollzogene Übernahme der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF), Geislingen (Steige) untersagt. Gegen diese Entscheidung legte Rheinmetall Beschwerde beim Kammergericht ein.

Bei seinem Beschluß war das Kartellamt davon ausgegangen, daß die Finanzkraft von Rheinmetall die Marktposition von WMF spürbar verstärkte. Vor dem Kartellsenat bestritten die Rechtsvertreter beider Unternehmen diese Ansicht. Für Rheinmetall sei der Erwerb von WMF lediglich eine Verstärkung ihres Gebrauchsgütersektors. Zugleich wurde moniert: Bislang habe über die tatsächliche Finanzkraft des Unternehmens und ihre Auswirkungen auf den Markt keine Diskussion stattgefunden. Außerdem werde von der Kartellbehörde Umsatz mit Ertragskraft verwechselt.

Der Maßstab für die Finanzkraft eines Unternehmens sei jedoch der Gewinn, ein Zusammenrechnen der Umsätze führe nicht weiter. Es komme vielmehr darauf an, was in Wirklichkeit an Finanzkraft disponibel sei. Auch die Berücksichtigung der Minderheitsbeteiligungen lehnten die Unternehmen ab. Vor dem Kartellsenat bestritt daher Rheinmetall, daß WMF seine marktbeherrschende Stellung nach dem Erwerb durch Rheinmetall verstärkt habe.

MEXIKO / Hohe Inflation verschlechtert Lebensstandard – Schnelle Besserung der Wirtschaftslage nicht in Sicht

Regierung sagt Schwarzhändlern den Kampf an

FRIEDLÄNDER/dpa, Mexiko-Stadt

„Ixtapalapa“ ist für Nicht-Mexikaner ein schwer aussprechbares Wort, aber die Mexikaner wären froh, wenn es ihnen nur phonetische Probleme bringen würde. Ixtapalapa ist ein Vorort der Stadt Mexiko, in dem die Regierung Lopez Portillo das sogenannte „Centro de Abastos“ errichtete, die Markthallen der Großhändler für die gesamte Lebensmittelversorgung von der Stadt. Bisher wurde die Versorgung von dem mitten in der Hauptstadt gelegenen Stadtteil „La Merced“ aus vorgenommen. Die günstige Lage erlaubte es auch vielen weniger Bemittelten, dort billig einzukaufen, nicht zuletzt, weil die Verkäufer es mit dem Zahlen der Steuern nicht allzu genau nahmen. Die bürgerliche „Mordida“, wie die Geldgeschenke heißen, die Beamte dafür einstreichen, daß sie gelegentlich in eine andere Richtung blicken, machte eine wirksame Kontrolle schwer.

So beschloß die Regierung den Bau des Centro de Abastos in Ixtapalapa, 30 Ladenstraßen mit je 200 Lokalen für den Kauf und Verkauf der Lebensmittel. Das Centro von Ixtapalapa

ist ein von Schlagbäumen umgebenes Getto. Die Bauern, die ihre Ware in die Stadt bringen, müssen nun eine Steuer zahlen, wenn sie ins „Centro“ kommen. Sie müssen beim Entrichten der Steuer den Beamten auch mitteilen, welche Großhändler sie aufsuchen, so daß die Steuer eine ungefähre Kenntnis davon hat, was diese Kaufleute umsetzen.

Die kleinen Kunden, die bisher ihren Bedarf billig beim Grossisten decken konnten, haben dazu keine Gelegenheit mehr. Ixtapalapa schuf neue preisstützende Faktoren, die zu Mexikos Inflation beitragen. 1982 betrug sie 99,8 Prozent, und sie wird in diesem Jahr nicht viel geringer sein. In den ersten sieben Monaten des Jahres war die Teuerungsrate bereits bei 47 Prozent angelangt.

Als der mexikanische Peso zusammenbrach, nachdem er während vieler Jahre dank künstlicher Notierungen von 12,50 DM auf nur 48 zum Dollar gesunken war, und dann bei 150 sein wirkliches Niveau fand, schien Mexiko international gesehen ein überaus billiges Land geworden zu sein. Aber die Preise stiegen rasch,

und manche Gebrauchsartikel haben bereits wieder die Höhe der benachbarten USA erreicht. Nur Löhne und Gehälter wurden nicht angeglichen. Der Mindestlohn wurde im vergangenen Januar um 25 Prozent und im Juni noch einmal um 15 Prozent angehoben. Er ist damit auf 523 Pesos (288 DM) im Monat angelangt. Der Unterschied zwischen Armen und Angehörigen des Mittelstandes ist astronomisch. Eine vierköpfige Familie des Mittelstandes verbraucht etwa 4000 DM im Monat.

Mit einiger Spannung erwarten die Mexikaner den Rechenschaftsbericht, den der Präsident heute dem Parlament und der Nation über die zurückliegenden Monate gibt. Ein „Knüller“, wie ihn Ex-Präsident José Lopez Portillo vor zwölf Monaten mit der Verstaatlichung der Banken lieferte, wird nicht erwartet. Dennoch findet der erste Bericht Miguel de la Madrids mehr Aufmerksamkeit als gewöhnlich. 70 Millionen Mexikaner warten darauf, aus der schweren Wirtschaftskrise herausgeholt zu werden, die allein 1982 mindestens 1,5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz gekostet hat.

Unzufriedenheit mit der Regierung hat sich bemerkbar gemacht. Im Juli siegten bei Provinzwahlen zum erstenmal oppositionelle Kandidaten in 5 Staaten und 12 Städten, eine in 54 Jahren Herrschaft des „PRI“ (Partei der Institutionalisierten Revolution) nie erlebte Niederlage. Der Sieger war die rechts vom Zentrum stehende Partei des PAN (Nationale Aktion). Es war eine wenig beachtete Lehre für die „Sachverständigen“, die glauben, daß die Not die Massen in die Arme der Linken treibt.

Mexiko hatte in den letzten Wochen eine günstige internationale Presse, die wirtschaftliche Fortschritte errechnet. Es handelt sich dabei in erster Linie um Wunschträume der nordamerikanischen Banken, die eine langfristige Neueregung der mexikanischen Auslandsschuld von 85 Milliarden Dollar dem nordamerikanischen Publikum schmackhaft machen muß. Wer in Mexiko lebt, denkt meistens ganz anders. Die zunehmende und in allen Kreisen Mexikos bemerkbare Auswanderungslust spricht deutlicher als Zahlen. (SAD)

AUF ALLEN ADIG-KONTEN WERDEN DIE ERTRÄGE KOSTENLOS WIEDER ANGELEGT.

Eine Investment-Anlage entwickelt sich längerfristig dann am besten, wenn man von den Erträgen neue Anteile kauft.

Bei den ADIG-Konten geschieht das kostenlos und automatisch. Damit mehr Anteile in Zukunft noch mehr Erträge bringen.

Fragen Sie uns.
ADIG-INVESTMENT
Von-der-Tann-Straße 11
8000 München 22



ADIG-Fonds: ADIFONDS, ADIRENTA, ADIPOPA, ADIVERBA, FONDAX, FONDIS, FONDRA, PLUSFONDS.
ADIG-Depotbanken: Commerzbank, Bayerische Vereinsbank, Bank für Gemeinwirtschaft.
ADIG-Gesellschafter: Bankhaus Aulhäuser, Baden-Württembergische Bank, Bank für Gemeinwirtschaft, Bayerische Raiffeisen-Zentralbank, Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Bankhaus Gebrüder Bethmann, Commerzbank, Commerz-Credit-Bank Europartner, Deutsche Beamten-Versicherung, National-Bank, Simontbank, Südwestbank, Fürst Thurn und Taxis Bank, Vereins- und Westbank, WVK Lebensversicherung.

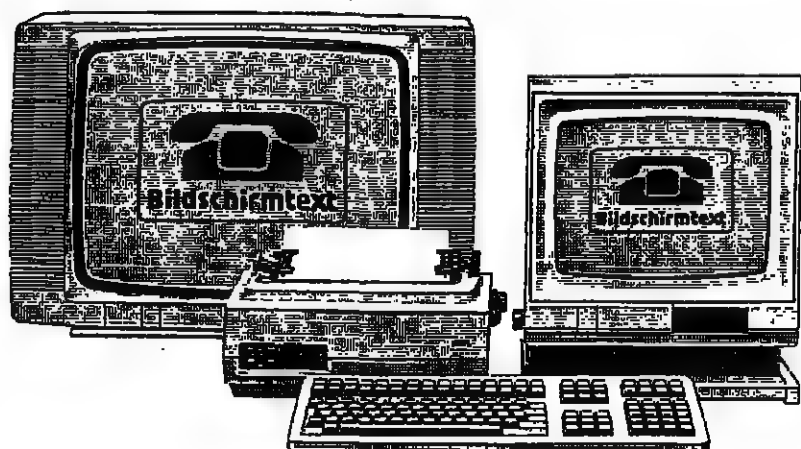
ADIG-INVESTMENT. Sparen für Fortgeschrittene.

Sehr geehrter
Herr Bundespostminister,

Sie und wir haben heute einen
guten Grund zur Freude.

Sie starten das Kommunikations-
System der Zukunft: den neuen
Bildschirmtext.

Wir bieten das erste und einzige
komplette Geräteprogramm,
mit dem man es nutzen kann.



Dazu gehören professionelle Editier-
Arbeitsplätze, Dialog-Monitore,
Drucker und Farbfernseher mit
Abruf-Fernbedienung oder Dialog-
Tastatur. Alle Loewe Btx-Geräte
verarbeiten den neuen inter-

nationalen CEPT-Standard – und
natürlich auch die alte Prestel-Norm.
Mit dieser innovativen Erstleistung
können Sie Ihrem Unternehmen
den frühzeitigen Einstieg in das
Kommunikations-System der Zukunft

sichern – und damit einen
wichtigen Wettbewerbs-Vorsprung.
Und Loewe festigt mit dieser weg-
weisenden Entwicklung seinen Ruf
als Pionier bei neuen anspruchs-
vollen Technologien.

LOEWE.

Loewe Opta GmbH, Industriestr. 11,
8640 Kronach, Btx-Nr. 705 #

KHD / Zufriedenstellendes Ergebnis in Aussicht gestellt

Keine Impulse vom Export

HARALD POSNY, Düsseldorf
Ohne schon jetzt eine endgültige Aussage über das Ergebnis 1983 zu machen, glaubt die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, aufgrund der seit einigen Jahren durchgeführten Kostensenkungsmaßnahmen für das laufende Geschäftsjahr wieder ein „zufriedenstellendes Ergebnis“ in Aussicht stellen zu können. Für 1982 hatte KHD die Dividende auf 7,50 (7) DM je 50-DM-Aktie aufgestockt.

In ihrem Aktionärsbrief per 30. 6. 1983 beklagt der KHD-Vorstand zwar, daß weder vom Export noch vom Binnenmarkt zur Zeit belebende Impulse auf den Investitionsgüterbereich ausgehen, doch wird in der Hoffnung auf einen leichten Aufwärtstrend im 2. Halbjahr der Gesamtumsatz der KHD AG voraussichtlich nicht wesentlich unter den Vorjahreswerten liegen.

Während sich in der Gruppe der Gesamtumsatz des 1. Halbjahres um 7,4 Prozent auf 2,5 Mrd. DM verringert hat, lag er bei der AG mit 1,84 Mrd. DM um 9 Prozent unter den außergewöhnlich guten Vergleichswerten des Vorjahres. Dabei mußten

erwartungsgemäß im Export 918 Mill. DM (minus 13 Prozent) größere Einbußen hingenommen werden als im Inlandsgeschäft (minus 4 Prozent). Die Umsatzrückgänge betragen sowohl Serienzeugnisse als auch Industrieanlagen. Der Exportanteil am Umsatz ging leicht auf 56 (58) Prozent zurück. Im Unternehmensbereich Antriebe war der Umsatz der Sparte Mittel- und Großmotoren im In- und Ausland rückläufig. Der Bereich Landtechnik hat sich dagegen mit einem Plus von 7 Prozent zufriedenstellend entwickelt.

Der Auftragseingang der AG ging um 17 Prozent auf 1,78 Mrd. DM zurück. Auch hier fiel das Auslandsgeschäft (minus 27 Prozent auf 1,02 Mrd. DM) ungleich stärker zurück als der Auftragseingang aus dem Inland (minus 1 Prozent). Der Auftragsbestand aus dem Inland weist noch mit 644 Mill. DM ein leichtes Plus von 5 Prozent auf, während das Minus im Ausland von 11 Prozent auf 2,66 Mrd. DM den Auslandsanteil auf 81 (83) absenkte. Die verschlechterte Kapazitätsauslastung zwang in mehreren Bereichen zu verstärkter Kurzarbeit. Die Belegschaft verringerte sich seit Jahresbeginn um 1030 auf 21.576.

MECKLENBURGISCHE / Bisher bester Abschluß

Verstärktes Neugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Mecklenburgische Versicherungsgruppe, Hannover, die im Geschäftsjahr 1982 lediglich ein Prämienwachstum von 3,8 Prozent auf 179 (173) Mill. DM verzeichnete, rechnet für 1983 mit einem „mindest marktkonformen Wachstum“ von über 6 Prozent auf 190 Mill. DM. Den stärksten Zuwachs erwartet der Vorstand in der Lebensversicherung mit einem Zuwachs von voraussichtlich 15 Prozent. Aber auch in den anderen Branchen sei ein verstärktes Neugeschäft zu verzeichnen. Hinsichtlich der Ertragslage werde es keine wesentlichen Änderungen gegenüber der günstigen Entwicklung 1982 geben.

Ihren bislang besten Abschluß präsentiert für 1982 die Obergesellschaft Mecklenburgische Versicherungs-Gesellschaft a. G. Bei einer Beitrags-einnahme von 143 (141) Mill. DM ergab sich ein versicherungstechnischer Überschuss von 3 Prozent der

Nettoeinnahme. Diese Entwicklung wurde vor allem durch die um 8,4 Prozent gesunkene Schadenhäufigkeit in der Kfz-Haftpflicht begünstigt. Der Jahresüberschuss von 3,5 (1,8) Mill. DM wurde den Rücklagen zugeführt.

Bei der Mecklenburgischen Lebens stiegen der Versicherungsbestand um 11,2 Prozent auf 713 (641) Mill. DM und die Beitragseinnahmen um 11,8 Prozent auf 28,7 (25,6) Mill. DM. Die um 40,7 Prozent auf 7,59 Mill. DM erhöhten Vermögenserträge ließen den Rohüberschuss auf 7,34 (4,72) Mill. DM ansteigen. Er wurde zu 86,3 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückstellungen zugeführt.

Grundlegend verbessert hat sich auch die Ertragslage bei der Rechtsschutz-Versicherung, deren Beitragseinnahme um 13,9 Prozent auf 6,8 (6) Mill. DM wuchs. Der ausgewiesene Verlust von 0,14 (0,78) Mill. DM sei auf aperiodische Zusatzkosten für eine Vertragsumstellungs-Aktion zurückzuführen.

WELLA / Stimmrechtslose Vorzugsaktien werden für 340 Mark angeboten

Konsortialbanken wollen breite Streuung

INGE ADHAM, Frankfurt
Eine faire Chance zur Kursentwicklung nach oben sieht Deutsche-Bank-Chef Wilfried Guth bei der Aktie des Darmstädter Hartkosmetik-Unternehmens Wella AG. Vom 2. bis 27. September werden die stimmrechtslosen Vorzugsaktien von einem Bankkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank im Nennbetrag von 27,1 Mill. DM für 340 DM je 50-DM-Aktie zur Zeichnung angeboten. Sie sind rückwirkend ab 1. Juli dieses Jahres dividendenberechtigt, die Dividende ist zwei Prozent höher als die der Stammaktien, beträgt mindestens jedoch 5 Prozent. Die Aufnahme der amtlichen Notiz in Frankfurt ist für den 12. September vorgesehen. Besonders am Herzen liegt den Konsortialbanken, wie Guth betonte, eine breite Streuung der Wella-Aktien.

Nach dem Gang an die Börse wird das traditionsreiche Unternehmen (Gründungsjahr 1880) über 112 Mill. DM Grundkapital verfügen, davon entfallen 75,8 Prozent (in Stammaktien) auf die Nachkommen der Gründerfamilien, die per Familienvertrag schon 1976 auf aktives Management

im eigenen Unternehmen verzichtet haben, und 24,2 Prozent auf die jetzt angebotenen Vorzugsaktien.

Bei der Vorlage des Börsenprospektes in Frankfurt wiesen Vertreter der Inhaber darauf hin, daß der Gang an die Börse ebenso wie der Familienvertrag vor dem Hintergrund des Zieles, die Eigenständigkeit des Unternehmens zu wahren, gesehen werden muß. Aktueller Kapitalbedarf bestehe nicht. Gleichzeitig solle die breitere Kapitalbasis dafür, Wachstumschancen auf den Weltmärkten wahrzunehmen. Möglich wurde die lange durch Familie und Banken vorbereitete Börseneinführung durch eine Umstrukturierung der Wella-Gruppe: Auslandsbeteiligungen, die bisher von der Schweizer Holding der Ströher-Gruppe gehalten wurden, sind unter dem Dach einer Schweizer Holding nunmehr direkt an die Wella AG abgegeben, die für diese Übernahmen im Laufe der letzten Jahre nach Angaben von Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki 120 Mill. DM aufgewendet hat. Dazu kommen 10 inländische und 46 ausländische Beteiligungen, sowie

drei weitere über eine amerikanische Holding.

Die jetzt erstmals vorgelegte Welt-Bilanz zeigt die Wella-Gruppe, deren Umsätze nicht mit denen der früheren Ströher-Gruppe identisch sind, da Firmen, die das eigentliche Wella-Geschäft nicht betreiben, nicht übernommen wurden, als Gruppe mit 1,32 Mrd. DM Welturnsatz und 52 Mill. DM Jahresüberschuß; die Eigenkapitalquote liegt bei gut 33 Prozent, wird aber mit der Börseneinführung schon traditionellen 40 Prozent wieder übersteigen. Für das erste Halbjahr dieses Jahres weist die Gruppe ein fünfprozentiges Umsatzplus aus, der Gewinn nach Steuern wird mit 27 Mill. DM angegeben (plus 6 Prozent).

Für das gesamte Jahr werden 1,4 Mrd. DM Umsatz erwartet, die Umsatzerlöse soll wieder zwischen 4 und 5 Prozent liegen. Für 1982 waren wie für die Vorjahre 14 Prozent Dividende ausgeschüttet worden. Grundsätzlich bekannte sich Krutzki aber zur Dividendenflexibilität: „Steigende Gewinne bedeuten bei uns steigende Ausschüttung, aber auch steigende Rücklagendotierung.“

BBC / Im ersten Halbjahr mit höherem Umsatz

Auftragseingang gestiegen

rr, Mannheim
Das Elektrounternehmen Brown, Boveri & Cie AG (BBC) hat im ersten Halbjahr seinen Außenumsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um rund 14 Prozent auf 2,10 (Vorjahr: 1,84) Mrd. DM gesteigert. Wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte, sei es durch weitere Kosteneinsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen gelungen, eine Ergebnisverbesserung zu erzielen. Für das gesamte Jahr 1983 erwartet das Unternehmen einen Umsatzzuwachs in einer Größenordnung von 5 Prozent.

In den ersten sechs Monaten erhöhte sich der Inlandsumsatz gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3 Prozent, während der Auslandsumsatz bei rückläufigem Seriengeschäft durch die Abrechnung größerer Anlagenaufträge um 29 Prozent wuchs. Der Auftragseingang habe insgesamt einen Wert von rund 2,81 Mrd. DM erreicht, was 2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum gesei. Im Inland sei der Auftragseingang um 1 Prozent und im Ausland um 4 Prozent gestiegen. Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts basiere auf einer niedrigen Vorjahres-

basis und spiegele, so das Unternehmen weiter, noch nicht die derzeit schwierige Exportsituation wider.

Die Erhöhung der Personalkosten und Materialeinstandspreise seien im laufenden Jahr zwar geringer als im Vorjahr gewesen. Der harte Wettbewerb habe jedoch eine volle Weitergabe der Mehrbelastung an den Markt verhindert. Daneben hätten die Kosten der Unterbeschäftigung das Ergebnis belastet, schreibt das Unternehmen weiter. Die unter-schiedliche Beschäftigungslage in den einzelnen Sparten habe sich insgesamt noch nicht verbessert. Insbesondere bei den Serienmaterialfabriken sei auch im ersten Halbjahr 1983 wieder kurzgearbeitet worden, jedoch mit zunächst abnehmender Tendenz. Beim Industrieofen-Geschäft in Dortmund seien strukturelle Veränderungen – 200 Arbeiter werden entlassen – eingeleitet worden. Die Zahl der Mitarbeiter lag mit 38 069 am 30. Juni um 833 unter dem Stand vom Jahresende 1982. Während in den Monaten Januar und Februar noch etwa 4000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen waren, sei die Zahl der Kurzarbeiter bis Juni auf etwa 600 gesunken.

Stoevesandt mit hohem Lagerbestand

dos Bremen

Mit einer weiteren Verschlechterung des Betriebsergebnisses und einem Umsatz in Vorjahreshöhe rechnet die Gebrüder Stoevesandt AG, Rinteln. Der Vorstand des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Glasflaschen befaßt, wies vor der Hauptversammlung in Bremen darauf hin, daß die Lagerbestände sich in den Sommermonaten trotz Produktionseinschränkung noch aufgebaut haben und überdurchschnittlich hoch seien. Immerhin sei aber der Umsatz in den ersten sieben Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 2,6 Prozent auf 22,3 Mill. DM gestiegen.

Im Geschäftsjahr 1982 mußte Stoevesandt einen Umsatzrückgang um 5,5 Prozent auf 41,5 (43,9) Mill. DM hinnehmen. Deutlich verringert habe sich das Betriebsergebnis. Das bessere neutrale Ergebnis und niedrigere Ertragssteuern ließen jedoch den Jahresüberschuß auf 0,73 (0,48) Mill. DM ansteigen und ermöglichten die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 12 Prozent auf 4 Mill. DM Grundkapital. Darüber hinaus wurden 0,25 Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen.

HORTEN-HV / Kunden werden optimistischer

Mit Ergebnis nun zufrieden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Einzelhandelskunde ist zwar wieder optimistischer in seinen Zukunftserwartungen geworden. Aber er wandelt (die fast unverändert hohen Sparguthaben zeigen es) den seit Jahren aufgestauten Nachholbedarf bei langfristigen Gebrauchsgütern wie Elektrogeräten, Radio, Fernsehen, Möbeln und Heimtextilien nur zögernd in konkrete Nachfrage um. Was Vorstandssprecher Bernd Heberling in der Hauptversammlung der Horten AG, Düsseldorf, so als Wendebeginn im Konsumklima andeutete, konnte er für das erste Halbjahr 1983/84 (28. 2.) der Horten AG mit einem Umsatzplus von 2,2 Prozent und auf vergleichbarer Fläche von 3,2 Prozent belegen.

Dazu der Hinweis, daß die im zweitmonatigen Rumpffahr 1983 sehr deutlich eingetretene Ertragsumkehr ins Positive bislang anhalte. Bleibe das so, dann könne man für 1983/84 „eine sichere Ausschüttung“ ankündigen. Mehr als diesen „vorsichtigen Optimismus“ ließ sich Heberling auch von den Aktionären nicht entlocken. Wohl aber wüßte er seinen Rechenschaftsbericht mit einer statlichen Fülle von Beispielen der Kostensenkung und Strukturverbesserung dieses Warenhauskonzerns.

Die Versammlung (400 Aktionäre repräsentierten 87,05 Prozent von 350

Mill. DM Aktienkapital) war davon so beeindruckt, daß die Kritik an dem Dividendenausfall für 1982 und für das Rumpffahr 1983, den Horten seien 47 000 Aktionären erstmals zumutete, in der langen Diskussion weit überwiegend sehr milde ausfiel. Lob erntete der Vorstand nicht zuletzt dafür, daß er mit einer bei deutschen Unternehmen nicht alltäglichen Offenheit auch den mutmaßlichen Umfang stiller Reserven in der Bilanz andeutete. Dies auch unter dem Gesichtswinkel, daß man 1982 und im Rumpffahr 1983 die Substanz weiter gestärkt und der Versuchung zur Bilanzfrisur zwecks Dividendenzahlung widerstanden habe.

Eine naheliegende Versuchung. Denn immerhin steht den Immobilien-Buchwerten von 660 Mill. DM bei Horten ein Feuerversicherungswert von gut 1,8 Mrd. DM gegenüber. Der Quadratmeter Verkaufsfläche steht nur mit 1200 DM zu Buch gegenüber 3500 DM Neubauwert. Der Buchwert der Warenhausgrundstücke ist mit 400 DM/qm bilanziert, „also sicher weit unter den Preisen, die heute für Gewerbegrundstücke in guten und besten Innenstadtlagen zu zahlen sind“. Dazu passenden Trost aus dem Dividendenausfall schöpfen die Aktionärsprecher aus dem seit Anfang 1983 fast 50prozentigen Kursanstieg der Horten-Aktie.

KAEHLBLE-GMEINDER / Liquiditätsengpaß

Konzept zur Sanierung


MANFRED FUCHS, Backnang

Für die in einen Liquiditätsengpaß geratene Kaelble-Gmeinder GmbH, Backnang und Mosbach, Hersteller von Sonderfahrzeugen, Baumaschinen, Lokomotiven und Getrieben hat der Stuttgarter Unternehmensberater Prof. Hellmuth Fischer ein Sanierungskonzept erstellt, das mit Hilfe der Banken, der Gesellschafter und der Landesbank Baden-Württemberg das Unternehmen nach Fischers Angaben retten soll. Kaelble-Gmeinder, die zusammen 1150 Mitarbeiter beschäftigt, war durch eine Stornierung von Baumaschinen-Aufträgen aus Libyen in Höhe von 30 bis 40 Mill. DM in einen Liquiditätsengpaß geraten, der 1983 zu einem Umsatzrückgang auf etwa 120 (155) Mill. DM führen wird.

Die Liquiditätslücke von insge-


samt 15 Mill. DM wird durch Zuführungen der Gesellschafter, Auflösung von 2 Mill. DM Rückstellungen, 6 Mill. DM Lagerabbau und durch 6 Mill. DM Bankkredite, wovon die Hälfte von der Landesbank Baden-Württemberg gesichert ist, ausgeglichen. Außerdem soll das alte Werk I in der Stadtmitte von Backnang in das neue Werk II am Ortsrand verlagert werden. Wenn die Auftragslage sich nicht verbessert, sind laut Fischer Personalreduzierungen nicht auszuschließen. Dazu werden Gespräche mit Gewerkschaft und Betriebsrat geführt.


Anteilseigner sind seit 1981 mit 50 Prozent libysche Gesellschafter über die Contrust Vermögensverwaltungs-GmbH Karlsruhe, mit je 10 Prozent die jordanischen Gebrüder Khoury, Amman und Karlsruhe, und die Familie Kaelble, die von Bärbel Kaelble-Roesch repräsentiert wird.



JUNGHEINRICH GABELSTAPLER GMBH & CO. KG

Produktbereich: Yale - Postfach 5620 Velbert 1 - Telefon (0205) 600-1 Telex 851838


JUNGHEINRICH


JUNGHEINRICH

1. September 1983 – durch die Übernahme der Vertriebs- und Serviceaktivitäten für Yale Gabelstapler im Inland wird Jungheinrich neuer Partner der Yale- und BKS-Kunden. Jungheinrich zählt zu den führenden Herstellern gleisloser Flurförderzeuge in der Welt.

Die Gabelstapler mit Elektro-, Diesel/Treibgasantrieb des Produktbereiches Yale ergänzen das angestammte Jungheinrich-Lieferprogramm des Produktbereiches Ameise: Batterie-elektrische Hubwagen, raumsparende Stapler und induktiv geführte Flurförderzeuge. Ameise und Yale – zwei Markenamen unter einem Dach, die überall auf der Welt für gute Qualität und ausgereifte Technik stehen.

Der Erfolg von Jungheinrich liegt auch begründet in der leistungsstarken und kundennahen Vertriebs- und Service-Organisation.

Das dichte Netz der Jungheinrich Verkaufshäuser und Niederlassungen mit den kundennahen Monteurstützpunkten wird durch die Übernahme der Yale Vertriebs- und Serviceorganisation verstärkt und weiter ausgebaut. Mit der Einrichtung stationärer Stapler-Werkstätten in Kundennähe wurde begonnen.

Ein breitgefächertes Lieferprogramm, mit dem auf internationalen Märkten gewonnenen Know-how, eines großen, finanzstarken Herstellers, gewährleistet anwenderorientierte Lösungen für den innerbetrieblichen Transport – in Qualität und Leistung. Deshalb: Ihr "Ja zu Yale" auch ein "Ja zu Jungheinrich".

Ausländische Aktien

Page: 1/1

10ER SERIE
Die Marathon-Kopierer. Technik mit Ausdauer.
Offizieller Ausrüster
BERLIN '83 25. September
Meldeschluß 10. September

Xerox und Bar-Xerox sind eingetragene Warenzeichen.

Xerox 1075.

kommen. Er hat sie alle glänzend bestanden und brennt nun darauf, ihnen das zu beweisen. Er ist ein Vorbild an Zuverlässigkeit. Darum heißt er auch Marathon-Kopierer.

RANK XEROX®

ebenheiten am
min-Depots am
e 6 Monate
s 6,18/5,98
s 0,45/0,50
D 2,60/7,20
175/150
unken am 31. 8.:
id 5,4-5,5 Pro-
ent. Privatfi-
SS G bis 4,60 B
-3,50 Prozent.
8. 5 Prozent;
August 1988 am)
chmannen Zwei-
tliche Bestände
-6,50 (5,35) - 8,25
n. Ausgabe 1983/
33) - 9,00 (6,98) -
derungsmaßstäbe
ehr 8,10, 2 Jahre
verfügungen in

Warenpreise - Termine

Nabezu unverändert schlossen am Dienstag die Gold-Notierungen. Silber und Kupfer tendierten schwächer. Kaffee ging zumeist fester aus dem Markt, bei Kakao gab es durchweg Aufschläge.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	28.8.	29.8.
Weizen (Trocken)	201,00	201,00
Gerste (Trocken)	181,00	181,00
Hafer (Trocken)	151,00	151,00
Mais (Trocken)	121,00	121,00
Sojabohnen (Trocken)	241,00	241,00
Erbsen (Trocken)	191,00	191,00
Linsen (Trocken)	171,00	171,00
Wicken (Trocken)	161,00	161,00
Bohnen (Trocken)	181,00	181,00
Gerste (Trocken)	181,00	181,00
Hafer (Trocken)	151,00	151,00
Mais (Trocken)	121,00	121,00
Sojabohnen (Trocken)	241,00	241,00
Erbsen (Trocken)	191,00	191,00
Linsen (Trocken)	171,00	171,00
Wicken (Trocken)	161,00	161,00
Bohnen (Trocken)	181,00	181,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	28.8.	29.8.
Sojabohnenöl	211,00	211,00
Rapsöl	191,00	191,00
Leinöl	171,00	171,00
Wasserschmalz	151,00	151,00
Speck	131,00	131,00
Butter	111,00	111,00
Ei	91,00	91,00
Fischöl	71,00	71,00
Wollfett	51,00	51,00
Seife	31,00	31,00
Parfüm	11,00	11,00
Kosmetik	1,00	1,00
Wasser	0,00	0,00
Luft	0,00	0,00
Feuer	0,00	0,00
Strom	0,00	0,00
Wasser	0,00	0,00
Luft	0,00	0,00
Feuer	0,00	0,00
Strom	0,00	0,00

Metalle

Waren	28.8.	29.8.
Gold	381,00	381,00
Silber	161,00	161,00
Kupfer	141,00	141,00
Zinn	121,00	121,00
Wismut	101,00	101,00
Antimon	81,00	81,00
Platin	61,00	61,00
Rhodium	41,00	41,00
Palladium	21,00	21,00
Neodym	1,00	1,00
Europium	1,00	1,00
Gadolinium	1,00	1,00
Terbium	1,00	1,00
Dysprosium	1,00	1,00
Ytterbium	1,00	1,00
Scandium	1,00	1,00
Strontium	1,00	1,00
Baryum	1,00	1,00
Kalium	1,00	1,00
Natrium	1,00	1,00
Calcium	1,00	1,00
Magnesium	1,00	1,00
Aluminium	1,00	1,00
Zink	1,00	1,00
Nickel	1,00	1,00
Kobalt	1,00	1,00
Mangan	1,00	1,00
Eisen	1,00	1,00
Stahl	1,00	1,00
Werkzeugstahl	1,00	1,00
Automobilstahl	1,00	1,00
Flussmittel	1,00	1,00
Werkzeugmaschinen	1,00	1,00
Elektromotoren	1,00	1,00
Werkzeuge	1,00	1,00
Werkzeugmaschinen	1,00	1,00
Elektromotoren	1,00	1,00
Werkzeuge	1,00	1,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	28.8.	29.8.
Wolle	211,00	211,00
Fasern	191,00	191,00
Kautschuk	171,00	171,00
Latex	151,00	151,00
Styrol	131,00	131,00
Acrylnitril	111,00	111,00
Butadien	91,00	91,00
Isopren	71,00	71,00
Neopren	51,00	51,00
Butylkautschuk	31,00	31,00
Polysulfid	11,00	11,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00
Urethan	1,00	1,00
Acrylnitril	1,00	1,00
Butadien	1,00	1,00
Isopren	1,00	1,00
Neopren	1,00	1,00
Butylkautschuk	1,00	1,00
Polysulfid	1,00	1,00
Epoxidharz	1,00	1,00



Möglicherweise ein neues Traumpaar im deutschen Fernsehen: die festsche Uschi Glas und der pfiffige Elmar Wepper

ZDF-Serie mit Uschi Glas und Elmar Wepper

München in der Hauptrolle

Wenn jemand zum zweitenmal heiratet, ist das der Sieg der Hoffnung über die Erfahrung, verkündet keck Uschi Glas als „Elfi-maus“ und wagt den Schritt – in den Sechsteiler „Unsere schönsten Jahre“. Man muß keine hellseherischen Gaben besitzen, um jetzt schon zu prophezeien, daß das bayerische Trio Glas/Wepper/Fischer großen Erfolg mit dieser Serie haben wird.

Wieder spielt Helmut Fischer, in enger Anlehnung an den „Monaco-Franze“, einen ebenso leichtsinnigen wie sinnlichen Mann namens „Berti“, der das Abenteuer braucht, wie der Radi das Salz. Dieser Schauspieler

Unsere schönsten Jahre – ZDF, 19.30 Uhr

scheint inzwischen die Rollen seines Lebens gefunden zu haben. Mit wehleidigem Charme und windiger Eleganz münzt er den Part des guten Verlierers in diesem Dreierstück.

Als neues „Traum“-Paar treten Uschi Glas und Elmar Wepper auf. Die Glas gibt sich hier schlagfertig wie einst in ihren besten Anfangszeiten. Eine, die ihr Herz locker auf der Zunge trägt, die eher handelt als daß sie lange nachdenkt. Eine selbständige, lebensstüchtige junge Frau, die die Zuschauer nicht allein durch ihr hübsches Aussehen gewinnt, sondern vor allem auch durch diese ganz eigene, bayerische Mischung aus Charme und Realitätssinn, mit der sie ihren Alltag meistert. Ihr ebenbürtiger Partner Elmar Wepper als Tischlermeister aus der Münchner Vorstadt; ein quinker Jungunternehmer, der weiß, wo's längs geht.

Die Geschichte selbst klingt nicht nur banal, sie ist es auch: Elfi, Verkäuferin in einem Münchner Sportgeschäft, die bislang immer an die

falschen Männer geriet, hat es endgültig satt, ihre Wochenenden allein zu verbringen, wenn ihr Freund sich seiner Familie widmen muß. Sie beschließt, diesen unerfreulichen Zustand zu ändern und trifft just auf den geschiedenen Tischlermeister Sommer. So rankt sich Episode auf Episode zu einer heiter-melancholischen Liebesgeschichte hoch. Doch wie leichtsinnig wurden hier Dialoge geschrieben und ins Bild gesetzt von Autor und Regisseur Franz Geiger (er schrieb auch beim „Monaco-Franze“ mit). Mit Ironie jongliert er in Trivialmustern. Das Komische bleibt hier stets spritzig, wird nie derb.

Die Serie dürfte besonders beim bayerischen Publikum einschlagen, das hochvergnügt die lokale Szenerie wiedererkennt. Denn die weißblaue Metropole mit ihren weiten Plätzen, Alleen, Parks und Biergärten bildet den Schauplatz, belebt von „typischen“ Münchner Leuten ohne Exzentrik – aber voller Eigenheiten. Menschen, denen man tagtäglich in der U-Bahn oder am Viktualienmarkt begegnen kann, Figuren, die zur Identifikation taugen, weil sie Marotten pflegen, die uns allen wohlvertraut sind. Nur hier, in dieser seltsamen Münchner Mischung, dem Flair vom angeblich leichtlebigen Schwabing bis hin zum alten Franzosenviertel mit holprigem Asphalt und kleinen Hinterhöfen, wo immer der Malschgeruch der nahen Brauereien in der Luft hängt – nur hier konnten solche Typen gedeihen. Da ist selbst den gebrochenen Existenzen der Witz zur zweiten Natur geworden.

Und hinter den Sätzen, da rumort mitunter haarsträubender Nonsens – fast wie bei Valentin.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Unerträgliche Übertreibung

Der französische Produzent von Boulevard-Lustspielen namens Robert Lamoureux ist doch wahrhaftig ein Genie. Sein Stück „Mensch, Teufel noch mal“ (ZDF), von der Komödie am Berliner Kurfürstendamm einstudiert, weist es aus. Der Mann bringt es tatsächlich fertig, präzise zu beschreiben, wie Literaturpreise vergeben werden. Er rückt sogar in den Blick, daß der Literatur-Nobelpreis – es geht mit dem Teufel zu – an aber auch jeden hergelaufenen Schreiberling verliehen werden kann. Die Liste der Preisträger – Namen will man ja gar nicht nennen – setzt ihn jederzeit ins Recht.

Sogar wenn Lamoureux seine eigene Produktion beurteilt, ist seine prophetische Hellsichtigkeit enorm. „Dein Teufel würde ja nur ein Teufelchen werden, der nichts erreicht“, sagt Frau Gilberte in schlechtem Deutsch zu ihrem schriftstellernden Ehemann, „eine Zweitbesetzung.“ Damit ist der schauspielerische Gewaltakt von Günter Pfitzmann in der Tat umfassend beschrieben. So billig, so outriert war er noch nie. Aber das unerträgliche Übertreiben und Drücken ist spürbar die Signatur der Inszenierung von Jürgen Wölfer, der das so entbehrliche Stück auch über setzt. Man sah es an den darstellenden Damen, vor allem an der aperten Doris Gallat, die man aus differenzierten Charakterrollen weitaus intensiver kennt.

Das Schlimmste an diesem Fernsehabend aber war gar nicht die Minderwertigkeit der Darbietung, sondern der frenetische Beifall des Berliner Publikums.

KATHRIN BERGMANN

Eine Menge Meinungen

Eine Menge Meinungen hat die „Sendung „Standpunkte“ der NATO-Doppelbeschlüsse“ (ZDF) vermittelt. Das war wohl auch die Absicht des redaktionellen Konzeptes. Trotzdem blieb die Frage unbeantwortet, worin letztlich die entscheidenden Gründe zu sehen sind, die dazu führten, daß die westliche Allianz zu diesem bemerkenswerten „Doppel“-Beschluss über die Aufstellung von Mittelstreckenraketen und ihrer etwaigen Disposition zur Streichung fand. Der kurze historische Abriss von Helmut Schmidts Londoner Rede 1977 über das Guadeloupe-Treffen der Vier Ende 1978 bis hin zur NATO-Dezember-Sitzung 1979 mußte den kaum informierten Zuschauer so ratlos lassen wie vorher. Es bleibt festzuhalten, daß es bislang noch kein „runder“ TV-Beitrag geschafft hat, diese Informationslücke im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu schließen.

Was die Meinungsbeiträge der Politiker wie Wörner (CDU), Genscher (FDP) und Vogel (SPD) angeht, so boten sie kaum überraschende Nuancen, allenfalls die, daß der Verteidigungsminister in aller Klarheit die sicherheitspolitische Bedeutung der Pershing 2 herausstrich, sein Koalitionspartner, der Außenminister, indes so tat, als seien andere schuld, daß dieses Thema wochenlang nur Irritationen erzeugte, statt zuzugeben, daß er zu dieser Verwirrung erheblich beigetragen hat.

Was schließlich auffiel: Bei keiner politischen Gruppe schien derart starke Sympathie der Redaktion für die geäußerten Meinungen durch wie bei denen der „Friedensbewegung“.

RÜDIGER MONIAC



Den Anträgen von elf privaten Programmveranstaltern zur Teilnahme an dem Versuch mit Breitbandkabel hat die Versammlung der Anstalt für Kabelkommunikation am Dienstag in Ludwigshafen zugestimmt.

Nachdem die im rheinland-pfälzischen Landesgesetz über einen Versuch mit Breitbandkabel festgeschriebene „Erlaubnis-Hürde“ genommen ist, können das Bischöfliche

Ordinariat in Speyer, die Erste Private Fernsehgesellschaft (EPF) in Ludwigshafen, die Frankfurter-Studiogesellschaft in Erlangen, die Otto Maier Verlags GmbH in Ravensburg, die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) in Frankfurt und die „Rheinpferd“-Verlag und Druckerei GmbH in Ludwigshafen sowie fünf weitere private Veranstalter aus Neunkirchen/Saar, Rülshausen, Köln, Neustadt an der Weinstraße und Hamburg ihre Vorbereitungen für die künftige Programmgestaltung intensivieren. (dpa)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.00 heute 12.05 ARD-Sport extra Fußball-Bundesliga/Intern. Leichtathletik-Sportfest Koblenz 12.05 Umschau	12.25 Unser Kosmos 12.10 Bilanz 12.55 Presseschau 13.00 heute
13.25 Der Mann in den Bergen Himmelsstürmer 14.10 Tagesschau 14.15 Proseussgeschichte Ingolf von Bergen „... und trotzdem singe ich“ Film von Heide Nollmeyer 17.00 Matt und Jenny 2. Folge: Jannys neue Kleider 17.25 Der weiche Mann und der glückseligste Regenbogen Eine indische Legende aus Kanada 17.50 Tagesschau (Anschl. Regionalprogramme) 20.00 Tagesschau Anschl.: Der 7. Sinn 20.18 Was bla bla ist? Heiteres Berichterstattung mit Robert Lembo 21.00 Konzert frei Haus Agnetha Fältskog präsentiert „The heat is on“ Erste Solo-Show der ABBA-Sängerin 21.30 Die Fernseh-Diskussion Thema: Welchen Kurs steuert die SPD? Teilnehmer: Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Journalisten Gesprächsleitung: Rudolf Mühl-feld 22.50 Tagesschau 23.00 Das heiße Herz Fernsehspiel von John Patrick Mit Dagmar Mettler, Peter Dirschauer, Sigmar Solbach, u. a. Regie: Michael Kehlmann (Wh. v. '82) In einem Militärhospital in Südost-asien: Der schwerkranke McLach-lan wird in ein Zimmer mit Leicht-verwundeten gelegt. Der Schotte geht nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefühlen.	14.55 ZDF – Ihr Programm 15.00 Gefragt – geantwortet – gewonnen Länderquiz mit Hans Rosenthal Heute: Berlin 16.00 heute 16.04 Musik und Technik 4. Teil: Live-Elektronik Anschl.: heute-Schlagzeilen 16.35 Yankes Doodle Amerikan. Zeichentrickfilm von Chuck Jones 17.00 heute/Aus den Ländern 17.15 Funkausstellung Berlin 1983 Tele-illustrierte Informatives und Unterhaltendes Anschl.: heute-Schlagzeilen 18.20 Der Paragraphe Gutermann gegen Gollath 18.57 ZDF – Ihr Programm 19.00 heute 19.30 Unsere schönsten Jahre Sechsteilige Serie 1. Teil: Wochenende und Sommer-schein 20.15 Kennzeichen D Themen: Neues Rezept gegen die Finanz-plätze der Städte: Arbeits-einsatz für Sozialhilfeempfänger / Christen streiten um Frieden und Nachrüstung – Gespräch mit dem BDK-Vorsitzenden Bischof Eduard Lohse / Von der Ost-Küste zum West-Erfolg – Ehemalige „DDR“-TV-Stars zwischen Berlin und Hol-lywood (mit Nina Hagen, Veronika Fischer und Armin Müller-Stahl) Moderation: Ernst Elitz 21.00 heute-Journal 21.30 Funkausstellung Berlin 1983 Liederkreis Ein internationales Chansonfest zu Ehren von Edith Piaf 22.00 Das Broadway Melodrama Der First Musical von Cole Porter (Wh. v. '81) 00.35 heute



Milva ist einer der Stars im „Liederkreis“, der als internationales Chansonfest zu Ehren der Piaf aufgezogen wird – ZDF, 21.30 Uhr

III.

WEST
18.00 Jim Knopf und die wilde 13
Spiel mit der Augsburger Puppen-
kiste
4. Folge: Von China nach Jamballa
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und die wilde 13
19.00 Götter und Helden der Antike
Der Trojanische Krieg
19.15 Wunder der Erde

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Der Herr der sieben Meere
Amerikan. Spielfilm (1940)
Mit Errol Flynn, Claude Rains,
Brenda Marshall, Alan Hale, u. a.
21.00 Tausend
Regie: Michael Curtiz
Karl Marx und seine jüngste To-
chter Eleanor
Dokumentation von Lutz Mohler-
wein
22.00 Zwischen Alltag und Anstalt
Reportage über eine psychiatri-
sche Tagesklinik
Von Gert Monheim
22.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendnachrichten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendnachrichten
Für Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt-SG:
19.30 Nachrichten
19.35 Im Westen nichts Neues
Engl. Spielfilm (1979)
Nach dem Roman von Erich Maria
Remarque
Mit Richard Thomas, Patricia Neal,
Ernest Borgnine, u. a.
Regie: Delbert Mann
Anschl.:
Willy Roschi zeichnet ein Porträt
des 1970 in Locarno gestorbenen
Dichters
22.00 „Das Schauspiel sei die Schlinge“
Der Theaterfachmann Siegfried
Methlinger im Gespräch mit Nor-
bert Behrhorst

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
Selbstbetrachtungen eines römi-
schen Kaisers
19.05 Berühmte Erzähler
Frühlingsernt
Von Volker Jansy
Nach einer Novelle von Iwan S.
Turgenjew
Mit Don Maatocan, Senta Berger,
Sabine Wenand, u. a.
Kamera: Igor Luther
20.05 Rundschau
21.00 Heut' ahead ...
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Hilde Krath
21.45 Sportsonett
22.30 Dailies
Auf Messers Schneide (2)
22.15 Rundschau

Wir trauern um unseren Hauptgeschäftsführer

Dr. Luis Gassmann

† 24. 8. 1983

In den letzten Jahren hat er in der Geschäftsführung die Entwicklung unseres Vereins entscheidend mitgeprägt. Mit der Fülle seiner Kenntnisse und Erfahrungen sowie seinem persönlichen Vorbild hat er Maßstäbe für den Verein gesetzt. Sein besonderes Einfühlungsvermögen und seine lebenswerte, persönliche Ausstrahlung werden wir vermissen.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem guten Freund.

IBERO-AMERIKA VEREIN e. V. Hamburg

Der Präsident
im Namen des Vorstandes und der Mitglieder

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, mitteilen zu müssen, daß Herr

Diplom-Volkswirt Horst Grundmann Hauptgeschäftsführer

am 29. August 1983 im 47. Lebensjahr verstorben ist.

Er hat die Neuorientierung und Profilierung unseres Berufsstandes entscheidend mitgestaltet.

Dafür sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet.

Der Mensch Horst Grundmann wird in unserer Erinnerung weiterleben.

Bundesverband des Deutschen Bier- und Getränkefachgroßhandels e. V.
Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationen im Getränkefachgroßhandel
Fachverband des Bier- und Getränkefachgroßhandels Nordrhein-Westfalen e. V.
Verband des Bier- u. Getränkefachgroßhandels Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.
Werner Zielasko, Präsident

Die Beerdigung findet Freitag, den 2. September 1983, um 11.40 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofs in Düsseldorf statt.

Anstelle zugedachter Kranzspenden wird um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe e. V., Deutsche Bank, Bonn, Konto 90 90 90 (BLZ 380 700 59), gebeten.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angebo-
renen Behinderungen
lassen sich vermeiden oder
doch wesentlich bessern

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt das Risiko, ein behindertes Kind zu werden. Sie rufen einen auf Vererbung beruhenden Schaden aus oder entstehen während der Schwangerschaft oder unter der Geburt. Schade, denn es zu vermeiden gilt. Rauszeitige Vorsorge und Früherkennung vor dem Zustand dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern. Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich durch gezielte Vor-sorge-maßnahmen angeborene Schäden und Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonto: Postbank Frankfurt
Konto-Nr. 250 100 000 000, Bank für Ge-
samtbank AG Frankfurt 100 000 000
BLZ 250 100 000. Die Spenden sind steuerlich
abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorhabenprogramm
für gezielte Eltern informieren möchten,
fordern Sie mit dem Coupon die Fabel an
und lassen Sie sie zu.
Die Empfängerinnen der Fabel erhalten die
Chancen, ein gesundes Kind zu bekommen.
Sie sagen ihnen durch gezielte Vorsorge-
maßnahmen angeborene Schäden und
Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Coupon:

Name:

Adresse:

Postleitzahl:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Stempel:

Leute, die was zu sagen haben, schreiben in der FUNK UHR



Das Fernsehmagazin Programm vom 10. bis 16. September 83

Vorsicht, graue Schatteln!

Woe Jürgen Matthies an diesem Thema: ...

FUNK UHR

Ich bleibe hier!

Diese Woche mit einer Hauptrolle im Fernsehen – die Schauspielerin, von der alle begeistert sind

NUR 1,- DM und alles drin

Die Fernseh-Funk-Freizeit-Frauen-Familien-Zeitschrift

Video-Seite
Stimmungs-Tipps
Kurz-Krimi
Jackson für den Herbst
Sonderheft zur Funk-Funktion

Verbrechen an C. G. Jung

gl. - Morris L. West, dieser ziemlich zuverlässige Lieferant gepflegter Konsumromane, der uns Einblick in den Alltag von Päpsten, Botschaftern, machtbessenen Industriemolchen und internationalen Bankiers, ist mit Familie ins heimliche Australien zurückgekehrt. Er hat aber dem alten Europa noch einen alteuropäischen Roman hinterlassen, bei dem man sich nun wirklich fragt, was der Dichter sich dabei wohl gedacht habe. Auf dem Klappentext steht, mit „In einer Welt von Glas“ (Droemer Knauer, München, 445 S., 38 Mark) sei West „auch das längst erwartete Meisterwerk“ gelungen, eine hübsche kleine Fehlleistung! Der Mann hat Millionen eingebracht, und währenddessen haben also die Verleger dauernd auf ein Meisterwerk gelaugt. Dientlich mag da eine andere Klappentextstelle sein, die von West sagt: „Beklemmend stellt er die Frage nach dem Schuldigen, wenn das dunkle Element die Herrschaft im Menschen übernommen hat.“

Dermaßen schlecht ist das Buch nun auch wieder nicht. Kurz gesagt, es handelt sich um eine feurige Erzählung und Gestaltsgeschichte („die attraktive, emanzipierte und sinnlichen Gefühlen freizügig zugewandte Witwe“) namens Magda, welche im Europa des Jahres 1913 ausgiebig ihre einschlägigen Bedürfnisse befriedigt und zum Beispiel einem greisen Preußenoberst dermaßen haut, daß derselbe beinahe an Herzschmerzen noch vor dem Ersten Weltkrieg stirbt.

Als bald konsultiert Magda in Kissen nach den berühmten Carl Gustav Jung, Freud den Zweiten, der sich gerade von Freud löst. Kaum hat Jung mit hellstichigem Scharfsinn ermittelt, daß Magda einst von ihrem Herrn Vater entführt wurde, da sagt sich der große Seelenarzt: Das muß es wohl gewesen sein, und macht sich daran, ihr den Komplex aus der Seele zu schnippen.

Das Buch besteht zum größten Teil aus Kapiteln, in denen wechselseitig die Dame Magda und ein Popanz namens C. G. Jung monologieren, mit stichendem Ernst, hohlem Schwachsinn und massenweise pathetischer Schlüpfrigkeit. Morris West aber ist weit über sechszig und gewiß begitert. Lieferanten von Konsum-Lesestoff drängen auf seinem Weg in Massen nach. Er wäre weise, würde er ihnen den Weg freigeben.

Watzold-Festschrift

Wie „tauscht“ man denn Kultur aus?

Ohne noch einmal die Forderungen der „DDR“ auf Auslieferung bedeutender Kunstwerke der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und die bekannte und solide rechtliche Argumentation der Bundesregierung gegen dieses Begehren ausführlich zu wiederholen, hat der Präsident der Stiftung, Professor Werner Knopp, jetzt darauf hingewiesen, daß „man über den Ausgleich besonders widersinniger, in beide Richtungen erfolgter Zerteilungen einzelner Zusammenhänge sehr vernünftig miteinander reden“ könnte. Dem stünden zur Zeit u. a. noch immer die „Boykottversuche“ der „DDR“ gegen die Beteiligung der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz an in- und ausländischen Ausstellungen entgegen.

Knopp Anmerkungen finden sich in einem Sonderband der Jahrbuch-Reihe Preussischer Kulturbesitz, der jetzt ausgeliefert wird. Die Ausgabe ist dem langjährigen früheren Generaldirektor der staatlichen Museen und ehemaligen Leiter der Kunstabteilung, Professor Stephan Watzold, gewidmet, dessen Engagement für die 14 Museen immer wieder in den verschiedenen Aufsätzen zur Sprache kommt.

Knopp hat bei dieser Gelegenheit noch einmal die „ernsten Sorgen“ auf dem Erwerbsektor zur Sprache gebracht. Tatsächlich gefährdet der permanent niedrige Ankaufstakt auf Dauer die Position der Berliner Museen in der Spitzengruppe internationaler Museen. Auf längere Sicht könnten erstrangige Fachleute ihr Interesse an leitenden Posten in Berliner Museen verlieren.

Zu den wichtigsten Beiträgen des Jahrbuches gehören Aufsätze über „Die neue Gemäldesammlung“ und „Historische Wurzeln des Berliner Kunstgewerbemuseums“, nicht zu letzt aktuell durch den bevorstehenden Umzug des Instituts aus der provisorischen Unterbringung in Schloß Charlottenburg in den Neubau am Tiergarten. (Jahrbuch Preussischer Kulturbesitz, Sonderband 1. Einblicke - Einsichten - Aussichten. Aus der Arbeit der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin. Stephan Watzold, zum 60. Geburtstag, 319 S., zahlr. Abb., 48 Mark, Gebr. Mann Verlag, Berlin).

Sri Lanka zum Beispiel - A. Burgess über die Dummheit von Völkern

Guerrilla-Krieg im Paradies

Es war der englische Schriftsteller Horace Walpole, der als erster den Begriff „Serendipity“ prägte - womit die Fähigkeit gemeint ist, durch reinen Zufall schöne und angenehme Dinge zu entdecken. Es war ebenfalls ein Zufall, daß er das Wort von „Serendib“ ableitete, der alten Bezeichnung für Ceylon, das wir heute Sri Lanka nennen müssen.

Serendib heißt Paradies, und Ceylon, ein großer Garten mit ein oder zwei Bergen darin, galt schon immer als paradiesisches Gelände. Hier wachsen Tee und exotische Blumen, der Zahn Buddhas glänzt weiß in einem Tempel von Kandy, und in den Hotels von Colombo fliegen Raben durch die geöffneten Fenster, um den Gästen die Ananascheiben vom Frühstücksteller zu stehlen. Aber seit 1948, als Ceylon aus dem britischen Imperium entlassen wurde, überziehen Kriese die tropische Insel.

Eine der Krisen hat rassische Ursprünge. Die Singhalesen hassen die Tamilen, und die Tamilen zählen aus vollem Herzen heim. Der typische Singhalese ist von brauner Hautfarbe mit ansprechenden arischen Gesichtszügen. Er wirkt so, wie man sich den gutaussehenden Inder vorstellt - ein Sohn, Neffe oder Bruder von Indira Gandhi. Seine Sprache leitet sich vom Sanskrit her, und in der Religion ist er Buddhist.

Nun schauen wir uns einen Tamilen an: Er ist fast purpurn in seiner extremen Schwärze. Wenn amerikanische Neger von den Schwarzen reden, meinen sie sich selbst; aber sie wissen eben nichts von den Tamilen. Keine Rasse kann schwärzer sein als sie, und trotzdem sind sie nicht neigend. Sie behaupten nicht, von den afrikanischen Söhnen Hams abstammten, und sie reden eine Sprache, die zur südindischen dravidischen Gruppe gehört. Auch darin steckt viel Sanskrit.

Der am weitesten verbreitete Witz über sie ist dieser: Eines Tages schenkte Gott allen Rassen, die er geschaffen hatte, ihre eigene Sprache. Ermüdet von der harten linguistischen Arbeit, zog er sich in sein Heiligtum zurück und nahm eine Flasche Whisky aus dem Regal. Da zupfte plötzlich jemand an seinem Ärmel. Der Herr blickte nieder und sah unter sich einen kleinen schwarzen Mann. „Wer bist du?“, fragte Gott. „Ich bin ein Tamil, und du hast vergessen, mir eine Sprache zu geben.“ Der Herr sagte: „Verzeih mir.“ Er leerte den Inhalt der Flasche in den Ausguss. Das klang wie „glückselig“, und der Herr sagte: „Da hast du deine Sprache.“

Der Witz ist unfair, aber niemand ist den Tamilen gegenüber je fair gewesen. Die Malayen nennen sie „talk Adam“ oder Adams Scheiße, weil sie so schwarz sind. Ihre Familiennamen werden belächelt, weil sie phallisch sind. Sie lauten Sundralingam oder Mahalingam, wobei „sundra“ schön und „maha“ groß bedeutet, und alle wissen, daß „lingam“ den einschlägigen männlichen Körperpartei bezeichnet.

Mit Ausnahme weniger christlicher Konvertiten sind sie alle Hindus, ein brillant begabtes Volk von hoher Intelligenz, was den Neid der anderen hervorruft. Es gibt aber heute noch eine andere Art der Tamilen. Dies sind arme Analphabeten aus dem Süden Indiens. Sie arbeiten auf den Äckern oder in den Tee- und Gummipflanzungen und ernähren sich von der berauschenden Wirkung des Palmweins, den sie „Todi“ nennen. Sie bedrohen niemanden, und sie sind deshalb jedermanns Freund.

Man läßt gegenwärtig in Sri Lanka die eingewanderten indischen Tamilen in Ruhe, verfolgt und getötet werden die Jaffna-Tamilen, die mit ihrem Fleiß und ihrer Intelligenz die Singhalesen herausfordern. Die eigentliche Ursache ist, daß die Singhalesen, obgleich nicht minder begabt, wenig von harter Arbeit halten.

Verallgemeinerungen sind immer gefährlich, das weiß ich. Aber während meiner Aufenthalte in Sri Lanka (das jedermann nach wie vor Ceylon nennt) habe ich bis in die unmittelbare Gegenwart nirgendwo Anzeichen von Fleiß oder Spuren von Energie entdeckt. Die Singhalesen schlafen oder traumwandeln; sie dämmern halb verhungert vor sich hin. Zuweilen schreiben sie nach Brot, einem Nahrungsmittel, das ihnen fremd war, bis die Amerikaner es ihnen im Zweiten Weltkrieg als Nötigung, als Ersatz für den gewohnten Reis, importierten. Inzwischen verdorren ihre eigenen Reisfelder.

Das führt uns zum verurteilten Begriff des Kolonialismus. Natürlich hat jede Nation das Recht auf Selbstbestimmung, aber wie definiert man genau eine Nation? In Südostasien gibt es eine eingeborene Bevölkerung mit einer alten Sprache und Kultur, die sich den Segnungen der amerikanischen Coca-Cola-Kultur verschließt. Die Synthese ist von den buddhistischen Singhalesen abgelehnt worden.

Zeithistorisch war es indes gerade eine solche Synthese, wenn auch eine recht lockere, die das britische Imperium funktionieren ließ. Die Briten

behandelten alle rassisch und kulturell unterschiedlichen Elemente gleich - obwohl sie gelegentlich Gewalt anwenden mußten, um die streitenden Parteien unter einen Hut zu bringen. Das Ziel war jedenfalls, demokratische Ideen des Westens zu verbreiten, wobei man sich selbstverständlich derjenigen Gruppen bediente, die ein Gespür dafür verließen. In Ceylon waren und sind es die Tamilen und die Chinesen.

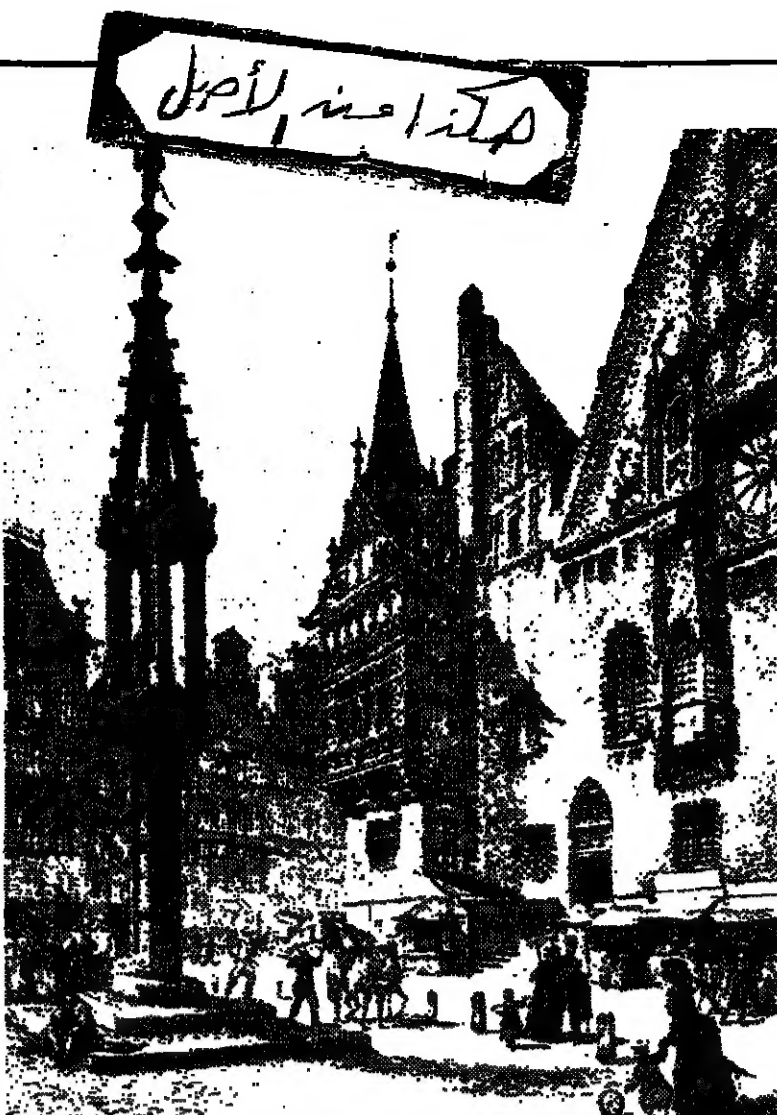
Die englische Kolonialmacht ist von der Szene abgetreten. Sie hat ein Vakuum hinterlassen, in dem der Nationalismus grassiert. Die Tamilen leiden gegenwärtig, weil sie Talente besitzen, die der Denkweise fortschrittlicher Staaten entsprechen, und weil sie den Anspruch auf eine angemessene politische Repräsentation in ihrem Land erheben. Deshalb werden sie benachteiligt und gehaßt. Es ist eine traurige, eine typisch nachkoloniale Geschichte.

Sentimentale junge Amerikaner, die für die rassistischen Sünden ihrer Eltern büßen möchten, verbreiten gern die Legende, daß in den afrikanischen Sprachen das Wort „schwarz“ ein Synonym für „gut“ und „weiß“ ein Synonym für „böse“ sei. Unsinn! Schwarz ist überall böse, weil es die Farbe der Nacht ist, in der die Schrecken lauern. Die Singhalesen praktizieren einen Rassismus, der angeblich aus dem Westen stammt; in Wirklichkeit benutzen sie die schwarze Hautfarbe der Tamilen, um ein intelligentes und fleißiges Volk zu verdammern.

Die separatistische Bewegung der Tamilen hat jetzt ihr Zentrum in London. Es mutet wie eine geschichtliche Ironie an, daß die Metropole des mythischen weißen Unterdrückers immer mehr zum Refugium von Asiaten wird, die der Tyrannei anderer Asiaten zu entkommen suchen.

Die exilierten Tamilen sehen ihr einziges Heil in einem Guerrilla-Krieg. Die Tamilen in Indien wollen den Krieg gegen Sri Lanka, aber der indische Außenminister hat ihnen zu verstehen gegeben, daß seine Regierung nicht eingreifen wird. Die Tamilen stehen allein da, vor einem immer wieder drohenden Massaker. Das ist nicht nur unter humanitären Aspekten eine Tragödie. Die Sikhs könnten alle Probleme Indiens, die Chinesen alle Probleme Malaysias lösen, und die Tamilen könnten ohne Zweifel Sri Lanka auf den Weg des Wohltats bringen. Wie es jedoch scheint, werden immer mehr begabte Völker von den faulen und gewalttätigen verfolgt.

ANTHONY BURGESS



Wettstufte mit Prag: Breslauer Kathos mit St. Barbara, Zeichnung von B. Manfeld (1776), aus der Regensburger Ausstellung FOTO: KATALOG

„Breslauer Ansichten aus sechs Jahrhunderten“

Melancholische Suche

Der Städte König“ nannte der Barockdichter Martin Opitz einst Breslau. Denn jahrhundertlang hatte die Stadt einen Rang, der nur mit Prag Stellung in Böhmen zu vergleichen war. Und bis zu ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg war Breslau nicht nur eine der wichtigsten Industrie- und Handelsstädte, sie war auch eine Stätte der Wissenschaft und Kunst. Daran erinnert die Ostdeutsche Galerie in Regensburg mit der Ausstellung „Breslau - Ansichten aus sechs Jahrhunderten“.

Daß diese beeindruckende und reiche Übersicht zustande kommen konnte, ist der Sammlertätigkeit des schlesischen Industriellen Haselbach zu verdanken. Und so kann man nun in Bildern, Graphiken, Holzschnitten und auf alten Postkarten - die als teures Gut über Krieg und Vertreibung getrieben wurden - die Geschichte der Stadt anschaulich miterleben. Das beginnt mit der ältesten Darstellung von 1483 und endet bei Heiligens Triptychon „Festung Breslau“. Dazwischen sieht man barocke Guckkastenbilder oder biedermeierliche Stiche von zarten Damen mit Muff und Herren in Uniformen, die gradlos über die versteinerten Gassen gleiten. Man erlebt die Ankunft vor dem Stadtheater oder die Parade des Militärs vor dem Reiterdenkmal Friedrich des Großen. Es fehlen nicht die frühen Photographien aus dem vorigen Jahrhundert, die Ansichtspostkarten aus den zwanziger Jahren und die Bilder der Zerstörung schließlich.

Parallel dazu läßt sich die Geschichte der Stadt verfolgen, der Aufstieg im 14. Jahrhundert als 20 000 Menschen in ihren Mauern lebten und es dreißig Zünfte gab, die Auseinandersetzungen während der Reformation und der Gegenreformation, als hier barocke Paläste, Kirchen und Klöster der Jesuiten, Kapuziner, Franziskaner und Ursulinen entstanden, bis hin zum zwanzigsten Jahrhundert, als die Stadt, inzwischen auf eine halbe Million Einwohner angewachsen, durch die Oderregulierung und den Bau des Umgehungskanals als Großschiffahrtsweg im Osten zusätzlichen Auftrieb als Handels- und Industriezentrum gewann.

Im Zweiten Weltkrieg galt Breslau jahrelang als der „Luftschuttkeller des Dritten Reiches“, weil Schlesien außerhalb der Reichweite britischer und amerikanischer Bomber lag. Das Ende war um so schrecklicher. Zur „Festung“ erklärt, starb hier in den drei letzten Kriegsmoenten rund 80 000 Menschen und auf 90 000 wird die Zahl der Breslauer geschätzt, die auf der Flucht umkamen. 70 Prozent der Stadt waren zerstört, vierhundert bedeutende Baudenkmäler lagen in Trümmern, als am 9. Mai 1945 die polnische Fahne über der Stadt gehißt wurde.

Die Ausstellung schließt die Gegenwart nicht aus. Sie notiert, was aus bekannten Gebäuden, markanten Plätzen geworden ist. Aber das Schwerkrieg bildet die Erinnerung an das, was einst war. Und so bleibt für den, der die Stadt kannte, nur das Suchen in den Bildern: War das nicht der Königsplatz, die Schweidnitzer Straße? Ach, ja, so sahen das Rathaus aus, so die Oper. Es ist eine wehmütige wichtige Ausstellung. (Bis 2. Oktober, Katalog 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Sommerakademie Stuttgart mit Brahms und Bach

Behagliche Liebeslieder

Zwei Ereignisse beeindruckten Brahms tief: die Gründung des Deutschen Reiches und das Erscheinen der Bach-Gesamtausgabe. Auf die Bände war Brahms abonniert. Während seiner pianistischen Laufbahn hat er viele Stücke Bachs gespielt. An der Spitze der Wiener Singakademie ist er auch als Dirigent für Bach eingetreten.

Der Komponist Brahms stand Bach näher, als die Werke vermuten lassen. Allerdings zeigt sich Bachs Einfluß selten in auffälligen Angewohnheiten und Anklängen. Bachs konstruktivistische Tendenzen scheinen der hauptsächliche Bezugspunkt für Brahms gewesen zu sein. Es war daher nicht abwegig, die 5. Stuttgarter Sommerakademie unter das Motto „Bach und Brahms“ zu stellen.

Zwei Wochen lang wurde der Leitgedanke in Vorträgen und Interpretationskursen, in Arbeitsgemeinschaften und öffentlichen Konzerten mit Werkeinführungen beleuchtet. Rund 300 Studierende kamen aus Osteuropa, Westeuropa und Übersee. Auffallend ist nur das Desinteresse in England und Italien. Nicht überraschend ist dagegen der Besucherschwund aus Japan, weil dort die Bach-Akademie im April eine Dependence eröffnet hat. Weitere Filialen gibt es in den USA und Argentinien.

Der Andrang zu den Konzerten ist ungebrochen. Die meisten Veranstaltungen sind ausverkauft, manche so gerammelt voll, daß viele Besucher auf dem Boden sitzen oder im Vorraum bei geöffneten Türen zuhören müssen. Wie ein Magnet zieht Helmut Rilling, der künstlerische Leiter der Stuttgarter Bach-Akademie, die Menschen von nah und fern an.

Was bewegt Leute aller Altersklassen, am späten Nachmittag in die Stille der Kirche zu strömen, um geistliche Kantaten Bachs in bescheidener Übergabe zu hören? Auch hier scheint Rilling die Attraktion zu sein,

seine ungezwungene Art, die Kantaten allgemeinverständlich zu erläutern, die ein breites Publikum anspricht. Zuverlässige Stütze vieler Konzerte waren Rillings zwei Hausensembles: die Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart. Sieben Programme dirigierte Rilling selbst. Den Auftakt bildete Bachs „Johannespassion“, die er mit nie erlahmender Konzentration und musikalischer Leidenschaft als ein auftrumpfendes Drama darbot. Das abschließende „Deutsche Requiem“ von Brahms, dessen eindringliche musikalische Sprache nicht andächtig stimmte, sondern betroffen machte, wurde zu einem grandzioßen Chorwerk von einer geradezu theatralischen Wirklichkeit. Heter und entspannt verlief dagegen der Abend, an dem Rilling dem wienischen Brahms huldigte. Die „Liebesliederwalzer“ für vierstimmigen Chor und Klavier zu vier Händen wurde von der Gächinger Kantorei mit unsachmaler Eleganz und hinreißender Beschwingtheit gesungen.

Am Pult des gastierenden Radio-Sinfonieorchesters Frankfurt dirigierte Bernhard Klee die vier Brahms-Sinfonien an zwei Abenden. Seine Interpretation ist emotional gefärbt, nicht analytisch ermittelt. Klee Brahms ahmt jener jovialen, gemütvollen Figur, die in der Vorstellung vieler Musikfreunde lebt. In dieser Darstellung klingen die Sinfonien durchweg behaglich, manchmal auch behäbig, sehr abgerundet und deshalb perspektivarm.

Mit Bachs weltlichen Kantaten Nr. 207 und 215 stellte sich der Leipziger Thomas-Kantor Hans-Joachim Rotzsch vor. Er gehört zu den akademischen Typen, die solide und überlieferungsgetreu arbeiten, ihre künstlerische Phantasie bändigen und dadurch die persönliche Ausstrahlung reduzieren.

GERTHE-WOLFGANG BARUCH

JOURNAL

Orchesterstreik in New York beendet

dpa, New York
Der vor 54 Tagen ausgebrochene Streik des Orchesters der New York City Opera ist mit der Ratifizierung eines neuen Tarifvertrags beendet worden. Die 69 Musiker hatten mit ihrer Aktion die ursprünglich für den 7. Juli vorgesehene Eröffnung der neuen Spielzeit verhindert. Der verspätete Saisonbeginn wurde jetzt für den 21. September angekündigt. Der neue Tarifvertrag sieht unter anderem eine Anhebung der Musikergelöhner um jährlich 6,5 Prozent vor.

Ältestes Fachwerkhaus soll Museum werden

dpa, Limburg
Das älteste Fachwerkhaus der Bundesrepublik, ein rund 700 Jahre altes Gebäude in Limburg, sollte nach Ansicht der hessischen Denkmalschutzbehörde künftig als Museum genutzt werden. Der Leiter des Landesamtes für Denkmalschutz, Prof. Gottfried Kiesow, sieht darin die Chance, die frühere Bürgerkultur in einem Baudenkmal höchsten Ranges darzustellen. Das Haus sollte der Öffentlichkeit mit einer Dokumentation über die Fachwerkbauten in Limburg zugänglich gemacht werden. Eine Marburger Arbeitsgruppe für Bauforschung kam zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem in Ständerbauweise errichteten Fachwerkhaus aus dem Jahre 1289 um eines der wichtigsten Dokumente mittelalterlicher Baukunst des 13. Jahrhunderts handelt, für das es bisher in der Bundesrepublik kein vergleichbares Beispiel gibt.

Rotterdam veranstaltet „Umwelt-Film-Festival“

DW, Rotterdam
„Der Mensch und das Wasser“ ist das Thema des „Zweiten Europäischen Umwelt-Film-Festivals“, das vom 28. September bis zum 2. Oktober in Rotterdam stattfindet. 37 Filme aus 18 europäischen Ländern bewerben sich um einen Preis; 39 weitere Filme laufen auf einer Konkurrenz in einem Informationsprogramm. Aus der Bundesrepublik stehen unter anderem „Vater Rhein - Dreck allein“ von Jürgen Wesche und „Wassermangel“ von Wolf-Dieter Ebersbach auf dem Programm. Parallel veranstaltet die Stadt Duisburg eine Ausstellung mit dem Titel „Wasser, ein Lebenselement“.

Werk des Bildhauers Cesar nach Amerika

AFP, Nizza
Das letzte Werk des französischen Bildhauers Cesar wird im Rahmen der „Französischen Wochen“ im September in den USA ausgestellt werden, bevor es zur Versteigerung bereitsteht. Ausgangspunkt des Werkes ist ein Stuhl im Stil Ludwigs XV. Nach eigenen Angaben hat der Künstler dieses für den französischen Geschmack „typische“ Möbelstück ausgewählt, um die zeitgenössische französische Bildhauerei in den USA zu repräsentieren. Der Stuhl ist unter anderem mit Früchten, Schnecken, Puppen, einem Wasserhahn und einem Camembert sowie einem Porträt Charles de Gaulles dekoriert.

THEATER- KALENDER

- Berlin, Freie Volksbühne; Shakespeare: Komödie der Irrungen (R: Schroeter)
- Hamburg, Thalia Theater; Hauptmann: Michael Kramer (R: Noelle)
- Darmstadt, Staatstheater; Schiller: Kabale und Liebe (R: Trautmann)
- Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Mennicken: Starker Hans (R: Neiler)
- Berlin, Berliner Festwochen; Majakovski: Wladimir Majakovski Tragedie (R: Zischler)
- Bremen, Bremer Theater; Bronnen: Väter und Söhne (R: List)
- Bonn, Bühnen der Stadt; Hebbel: Maria Magdalena (R: Eschberg)
- Berlin, Berliner Festwochen; Brecht: Furcht und Elend des Dritten Reiches (R: Treusch)
- Wiesbaden, Staatstheater; Schiller: Die Räuber (R: Pfeiffer)
- Basel, Komödie; Martin: Hören Sie mal (DB) (R: Quetes)
- Göttingen, Deutsches Theater; Schiller: Laokoon (U) (R: Fleckenstein)
- Zürich, Schauspielhaus; Shakespeare: Hamlet (R: Besson)
- Berlin, Berliner Festwochen; Gall: Einmal Moskau und zurück (DB) (R: Poltra)
- Köln, Schauspiel; Marivaux: Der Streik (R: Korn)
- Graz, steirischer Herbst; Bekkelt: Was Wo (U) u. Katastrophe (R: Schindler)
- Graz, steirischer Herbst; Achternbusch: Mein Herbert (U) (R: Buchhammer)
- Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Shakespeare: Ein Sommernachtstraum (R: Rudolph)
- Graz, steirischer Herbst; Bauer: Ein frühlicher Morgen beim Friseur (U) (R: Bauer)
- Bonn, Bühnen der Stadt; Kaiser: Mit dem Rücken zur Wand (U) (R: Pfeiffer)
- Basel, Komödie; Schiller: Maria Stuart (R: Beyer)
- Hamburg, Ernst-Deutsch-Theater; Klef: Waisow (U) (R: Schiller)
- Wuppertal, Bühnen; Fugard: Die Insel (R: Reible)

Stieftöchter der Emanzipation (X): Marie Curie, die das Radium entdeckte

Sie war auf den Nobelpreis abonniert

Die Emanzipation und alles das, was wir heute mit diesem so modisch gewordenen Begriff verbinden, haben die größte Wissenschaftlerin unseres Jahrhunderts (und nicht nur unseres Jahrhunderts) wohl kaum angefochten. Mit ihrer unbändigen wissenschaftlichen Neugierde und Genialität hat sie sich bei ihren brillanten Forschungen überhaupt nicht darum gekümmert, ob sie „emanzipiert“ war. So ging Marie Sklodowska Curie hin und errang den Nobelpreis gleich zweimal - im Abstand von nur 8 Jahren. Und „Madame Curie“ - wie sie schon seit langem genannt wurde - machte auf dem praktischen Feld der Männer beherrschten noblen Nobelpreis in Stockholm eine großartige Figur, vor allem wegen ihres herrlich bescheidenen Wesens.

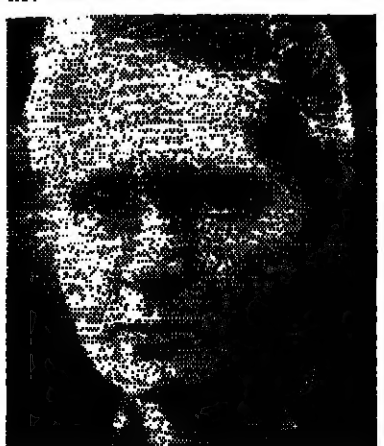
Das soll natürlich überhaupt nicht heißen, daß die männlichen Wissenschaftler die begabte, zielstrebige junge Forscherin nicht - sagen wir einmal - mit erhobenen Brauen et was „bestaunen“. Maria Sklodowska (so wurde sie mit dem Vornamen in ihrer Familie genannt) hatte in Warschau bereits als 16jährige das Abitur (so würden wir heute sagen) gemacht und widmete sich zunächst an dem dortigen Physikalischen Institut dem Studium der Physik. Dann - auch das gab es vor hundert Jahren schon - sympathisierte sie mit einer revolutionären Studentenbewegung und zog nach Paris aus. Im Jahre 1891 setzte sie ihr Studium an der Sorbonne in Paris fort. Sie war damals 24 Jahre alt.

Schon als junge Frau zeichneten sie jene hervorragenden Eigenschaften aus, ohne die ein Wissenschaftler auf Dauer die Position der Berliner Museen in der Spitzengruppe internationaler Museen. Auf längere Sicht könnten erstrangige Fachleute ihr Interesse an leitenden Posten in Berliner Museen verlieren.

Ihrer Heirat, 1895, entdeckte Wilhelm Conrad Röntgen in Würzburg die nach ihm benannten durchdringenden Strahlen; ein Jahr später entdeckte der französische Physiker Antoine Henri Becquerel die ebenfalls durchdringenden spontanen Strahlen des Urans. Es ist hier nicht der Platz, den mühsamen und entbehrungsreichen Weg zu schildern, auf dem Marie Curie dann jene Eigenschaften bestimmter Elemente erforschte, die sie „Radioaktivität“ nannte. Dieser heute so überaus wichtige Begriff geht auf in seiner Bezeichnung auf Madame Curie zurück. Nur eines darf nicht vergessen in dieser Schilderung: es gelang ihr, durch langwierige Fraktionen einer großen Menge von Pechblende (einer unheilvollen Substanz) zunächst ein weit stärker radioaktives Element zu isolieren, das sie nach ihrem Heimatland „Polonium“ nannte. Dann hat sie aus sechs Tonnen rohen Pechblende in mühseliger Arbeit ein einziges Gramm des bis dahin stärksten radioaktiven Elements herauskristallisiert: das berühmte „Radium“ war entdeckt.

Als Marie in den ersten beiden Jahren nach ihrer Heirat dem Radium bereits auf der Spur war, packte ihren Mann Pierre auch das Jagdfieber. Er entschloß sich, seine gerade laufenden Untersuchungen über Kristalle augenblicklich liegen zu lassen und beteiligte sich voll an den Arbeiten seiner Frau. Ihr Gatte, und damals auch noch offiziell ihr „Chef“, wurde unter ihrer Direktive zu ihrem Mitarbeiter. Um die „Emanzipation“ brauchte sich Marie wirklich keine Gedanken zu machen!

Im Jahre 1897 wurde Maries erste Tochter geboren: Irène. Sie heiratete 1926 den Physiker Frédéric Joliot, der Assistent bei ihrer Mutter war.



Sicheres Gefühl für Ursache und Wirkung: Marie Curie FOTO: DPA

Das Ehepaar Joliot-Curie entdeckte 1934 die sogenannte künstliche Radioaktivität. Dafür bekamen sie zusammen 1935 den Nobelpreis. Marie bekam ihn - zusammen mit ihrem Mann Pierre und mit Becquerel - zum ersten Mal im Jahre 1903; Marie allein noch einmal im Jahre 1911.

Im Jahre 1904 kam die zweite Tochter zur Welt: Eve. Sie wurde eine begabte Pianistin und Schriftstellerin; sie schrieb auch die Biographie ihrer Mutter. Wenn man einer Tochter auch zubilligen darf, ihre eigene Mutter lebenswichtig zu beschreiben, so taucht doch in diesen Zeilen eine Maria Sklodowska Curie auf, die trotz ihres „unmöglichen“ Intellekts eine liebevolle Gattin und eine gefühlvolle Mutter war. Sie war eine Frau.

Madame Curie hat auch die Gefahr der radioaktiven Strahlen für die Gesundheit auf sich selbst entdeckt. Durch das jahrelange Handeln von radioaktiven Substanzen erlitt sie Verbrennungen an ihren Fingern und - nügen. Ihre Tochter Irène starb 1966 an Leukämie, verursacht durch den dauernden Aufenthalt in radioaktiv verunreinigten Laboratorien. Heute damals ein heutiger Beamter für Strahlensicherheit das alte Radium-Institut der Pariser Universität untersucht, so hätte er das Gebäude sofort abreißen lassen und die Trümmer in einem dauernd bewachten Salzstock deponiert.

Schon in den ersten Jahren des Jahrhunderts wurden die biologischen Wirkungen radioaktiver Strahlen entdeckt und erforscht. Dabei fand man aber auch, daß diese Strahlen bestimmte Arten von Tumoren heilen konnten. So widmete sich Madame Curie während der letzten Jahre ihres Lebens bis zu ihrem Tode 1934 der bald aufkeimenden Strahlenheilkunde, die schon viele Menschenleben gerettet hat. Auch das gehört zu ihrem Charakter als mitfühlende Frau.

Madame Curie war übrigens nicht die einzige Naturwissenschaftlerin unseres Jahrhunderts, die an den großen Entdeckungen in Physik und Chemie entscheidenden Anteil hatte. Erinnert sei an die amerikanische Astronomin Henrietta Leavitt, an Li-se Meitner, an die englische Röntgenographin Rosalind Franklin und die Ozeanographin Mary Tharpe. Alle diese Frauen waren und sind Vorfürsprecherinnen in jeder Beziehung. Sie hatten es nicht leicht. Indessen, große Frauen kommen eben schon emanzipiert auf die Welt.

HEINZ HABER

Interessanten können jeweils einen solchen Umschlag unter Hinzufügen eines Schecks im Dollar-Wert von 15,35 Dollar ausschließlich schriftlich einbringen. Die Anschrift: Shuttle Flight Folder, Philatelic Sales Division, Washington, D. C. 20285-8897. Berücksichtigt aber werden nur Briefe, die nicht vor dem Tage der *Lantune* (5. September) der *Challenger*